

Ministerium
für Inneres, ländliche Räume und Integration
des Landes Schleswig-Holstein



Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein

Ausgabe Nr. 13

Kiel, 26. September 2019

| | | |
|-----------|--|-----|
| 2.9.2019 | Gesetz über die Zustimmung zum Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes. | 328 |
| | Artikel 1 Gesetz über die Zustimmung zum Staatsvertrag über die Hochschulzulassung GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 221-41 | |
| | Artikel 2 ändert Ges. i.d.F.d.B. vom 5. Februar 2016, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 221-28 | |
| 4.9.2019 | Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens für die Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege (Pflegeberufe-Ausbildungsfonds-Errichtungsgesetz – PflBAFondsErG). | 339 |
| | GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2122-10 | |
| 13.9.2019 | Gesetz über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG. | 341 |
| | GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 206-3 | |
| 1.8.2019 | Landesverordnung zur Änderung der Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung. | 345 |
| | Ändert Zuständigkeitsverz. i.d.F. vom 14. September 2004, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 454-1-5 | |
| 3.9.2019 | Landesverordnung zur Änderung der Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung | 345 |
| | Ändert LVO vom 6. Juni 2016, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 200-0-40 | |
| 4.9.2019 | Landesverordnung über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen | 346 |
| | GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 870-2-1 | |
| 5.9.2019 | Landesverordnung zur Festlegung der Zentralen Orte und Stadtrandkerne einschließlich ihrer Nah- und Mittelbereiche sowie ihre Zuordnung zu den verschiedenen Stufen (Verordnung zum Zentralörtlichen System) | 348 |
| | GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 230-2-4 | |
| 10.9.2019 | Landesverordnung zur Änderung der Verwaltungsgebührenverordnung | 374 |
| | Ändert Allg. Gebührentarif vom 26. September 2018, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2013-2-58 | |
| 13.9.2019 | Landesverordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur Straßenwärtermeisterin oder zum Straßenwärtermeister und zur Meisterin oder zum Meister kommunaler Bauhof in Schleswig-Holstein (Bauhof/Straßenwärter-Meisterprüfungsverordnung – BHStrwPrüfungsVO SH) | 380 |
| | GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 91-1-1 | |
| 16.9.2019 | Landesverordnung zur Änderung der Versammlungsstättenverordnung | 395 |
| | Ändert LVO vom 11. September 2014, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2130-14-15 | |

1799/2019

**Gesetz
über die Zustimmung zum Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Änderung
des Hochschulzulassungsgesetzes**

Vom 2. September 2019

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz

**über die Zustimmung zum Staatsvertrag
über die Hochschulzulassung**

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 221-41

§ 1

Dem Staatsvertrag zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Hochschulzulassung vom 4. April 2019 wird zugestimmt.

§ 2

Anl. Der Staatsvertrag wird in der Anlage veröffentlicht.

§ 3

Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 19 Absatz 1 Satz 1 in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein bekannt zu machen.

Artikel 2

Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes*)

Das Hochschulzulassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Februar 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 75), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juni 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 342) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Im ersten Abschnitt wird die Angabe „§ 7 Serviceverfahren, Delegation der Durchführung von Auswahl- und Vergabeverfahren“ durch die Angabe „§ 7 Dialogorientiertes Serviceverfahren, Delegation der Durchführung von Auswahl- und Vergabeverfahren“ ersetzt.
- b) Im zweiten Abschnitt wird nach der Angabe „§ 14 - Zuständigkeiten und Ermächtigungen“ die Angabe „§ 15 - Regelungen während des technischen Übergangszeitraums“ eingefügt und die Angabe „§ 15 - Übergangsbestimmung“ wird durch die Angabe „§ 16 - Übergangsbestimmung“ ersetzt.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 werden die Worte „gemäß Abschnitt 3 des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung (Staatsvertrag) vom 5. Juni 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 304)“ durch die

Worte „gemäß Abschnitt 3 des Staatsvertrages über die Hochschulzulassung (Staatsvertrag) vom 4. April 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 328)“ ersetzt.

3. § 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Den Bewerberinnen und Bewerbern dürfen keine Nachteile entstehen

1. aus der Erfüllung von Dienstpflichten nach Artikel 12a des Grundgesetzes und der Übernahme solcher Dienstpflichten und entsprechender Dienstleistungen auf Zeit bis zur Dauer von drei Jahren,
2. aus der Ableistung eines freiwilligen Wehrdienstes als besonderes staatsbürgerliches Engagement nach dem Soldatengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2387),
3. aus der Ableistung eines Bundesfreiwilligendienstes nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 687), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722),
4. aus dem Entwicklungsdienst nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz vom 18. Juni 1969 (BGBl. I S. 549), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228),
5. aus der Ableistung eines Jugendfreiwilligendienstes im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes vom 16. Mai 2008 (BGBl. I S. 842), geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854), in der jeweils geltenden Fassung oder im Rahmen eines von der Bundesregierung geförderten Modellprojektes,
6. aus der Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder einer pflegebedürftigen Person aus dem Kreis der sonstigen Angehörigen bis zur Dauer von drei Jahren.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nummer 2 werden die Worte „A-, B-, C- oder D/C-Kader“ durch die Worte „Olympiakader, Ergänzungskader, Nachwuchskader 1 oder Nachwuchskader 2“ ersetzt.

b) In Absatz 5 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„Es können Unterquoten nach Ländern und Ländergruppen gebildet werden, innerhalb

*) Ändert Ges. i.d.F.d.B. vom 5. Februar 2016, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 221-28

derer die Auswahl nach den Kriterien nach Satz 1 bis 3 erfolgt.“

5. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 7

Dialogorientiertes Serviceverfahren,
Delegation der Durchführung von
Auswahl- und Vergabeverfahren“

b) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Hochschulen können die Stiftung damit beauftragen, sie nach Maßgabe des Landesrechts bei der Durchführung der örtlichen Zulassungs- und Anmeldeverfahren nach Artikel 4 des Staatsvertrages zu unterstützen (Dialogorientiertes Serviceverfahren).“

6. In § 10 werden die Worte „der Verordnung“ durch die Worte „des Gesetzes“ ersetzt.

7. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) In der Quote nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Staatsvertrages ver- gibt die jeweilige Hochschule die Studien- plätze

1. nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studieneignungstests,
2. nach der Art einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder Berufstätigkeit in einem anerkannten Ausbildungsberuf, die über die fachspezifische Eignung Auskunft gibt,
3. nach besonderen Vorbildungen, praktischen Tätigkeiten, außerschulischen Leistungen oder außerschulischen Qualifikationen, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben.

Die Hochschule entscheidet nach einem dieser Maßstäbe oder einer Verbindung aus diesen, wobei das Ergebnis eines fachspezifischen Studieneignungstests nach Satz 1 Nummer 1 mindestens einzubeziehen ist.“

b) Folgende Absätze 3 bis 8 werden angefügt:

„(3) In der Quote nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Staatsvertrages ver- gibt die jeweilige Hochschule die Studien- plätze

1. nach folgenden Kriterien der Hochschul- zugangsberechtigung:
 - a) Ergebnis der Hochschulzugangsberechtigung für das gewählte Studium (Note und Punkte),
 - b) gewichtete Einzelnoten der Hochschul- zugangsberechtigung, die über die

fachspezifische Eignung Auskunft ge-
ben;

2. nach folgenden Kriterien außerhalb der Hochschulzugangsberechtigung:

- a) Ergebnis eines fachspezifischen Stu- dieneignungstests,
- b) Ergebnis eines Gesprächs oder anderer mündlicher Verfahren, die von der Hochschule mit den Bewerberinnen und Bewerbern durchgeführt werden, um Aufschluss über deren Eignung für das gewählte Studium und den ange- strebten zu Beruf zu erhalten,
- c) Art einer abgeschlossenen Berufsaus- bildung oder Berufstätigkeit in einem anerkannten Ausbildungsberuf, die über die fachspezifische Eignung Aus- kunft gibt,
- d) besondere Vorbildungen, praktische Tätigkeiten, außerschulische Leis- tungen oder außerschulische Qualifi- kationen, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben.

In die Auswahlentscheidung ist neben dem Ergebnis der Hochschulzugangsbe- rechtigung nach Satz 1 Nummer 1 min- destens ein schulnotenunabhängiges Kri- terium einzubeziehen; im Studiengang Medizin ist zusätzlich mindestens ein wei- teres schulnotenunabhängiges Krite- rium zu berücksichtigen. Mindestens ein schul- notenunabhängiges Kriterium ist erheb- lich zu gewichten. In die Auswahlent- scheidung fließt mindestens ein fachspe- zifischer Studieneignungstest nach Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a und die Art ei- ner abgeschlossenen Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, die über die fachspezifische Eignung Aus- kunft gibt nach Satz 1 Nummer 2 Buch- stabe c, ein.

(4) In der Quote nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Staatsvertrages sind Unterquoten zulässig.

(5) In den Studiengängen Medizin und Zahn- medizin sind im Falle einer Berücksichtigung von Kriterien nach Absatz 2 Nummer 2 und Nummer 3 und Absatz 3 Nummer 2 Buch- stabe c und d berufliche Vorerfahrung nach Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe c insgesamt höher zu gewich- ten als andere nach Absatz 2 Nummer 3 und Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe d mögliche Vorerfahrungen.

(6) Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilneh- mer am Auswahlverfahren nach Artikel 10

Absatz 3 des Staatsvertrages kann begrenzt werden. In diesem Fall ist eine Vorauswahl nach in Absatz 3 genannten Kriterien oder nach dem Grad der Ortspräferenz zulässig. Im Falle einer Vorauswahl nach den in Absatz 3 genannten Kriterien sind das Ergebnis der Hochschulzugangsberechtigung, das Ergebnis eines fachspezifischen Studieneignungstests und die Art einer abgeschlossenen Berufsausbildung in die Vorauswahl einzubeziehen. Eine Vorauswahl nach dem Grad der Ortspräferenz darf nur für maximal 50 Prozent der in der Quote nach Artikel 10 Absatz 3 des Staatsvertrages zu vergebenden Studienplätze und nur zur Durchführung aufwändiger individualisierter Auswahlverfahren erfolgen. Besteht im Falle einer Vorauswahl nach den in Absatz 3 genannten Kriterien Ranggleichheit, bestimmt sich die Rangfolge nach dem Los. Besteht im Falle einer Vorauswahl nach dem Grad der Ortspräferenz Ranggleichheit, bestimmt sich die Rangfolge nach den in Absatz 3 genannten Kriterien. Satz 3 gilt entsprechend. Besteht danach noch Ranggleichheit, entscheidet das Los.

(7) Besteht in den Fällen des Artikels 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 des Staatsvertrages Ranggleichheit, wird vorrangig ausgewählt, wer dem Personenkreis nach Artikel 8 Absatz 3 Satz 1 des Staatsvertrages angehört. Besteht danach noch Ranggleichheit, entscheidet das Los.

(8) Der Senat der jeweiligen Hochschule regelt das Nähere des Auswahlverfahrens durch Satzung, insbesondere

1. welcher fachspezifische Studieneignungstest nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a anzuwenden ist,
2. welche abgeschlossenen Berufsausbildungen oder Berufstätigkeiten in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe c berücksichtigt werden; für die Berufstätigkeiten ist eine Mindestdauer festzulegen,
3. welche besonderen Vorbildungen, praktischen Tätigkeiten, außerschulischen Leistungen oder außerschulischen Qualifikationen in Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe d berücksichtigt werden,
4. die Durchführung der Auswahlgespräche und anderer mündlicher Verfahren nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b,

5. die Auswahl und Gewichtung der jeweiligen Kriterien in Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und 2,
 6. den Umfang von Unterquoten nach Absatz 4,
 7. die Vorauswahl nach Absatz 6 einschließlich der Auswahl und Gewichtung der hierbei anzuwendenden Kriterien sowie der Hilfskriterien bei Ranggleichheit.“
8. § 14 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 1 Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. die Einzelheiten zur Durchführung des Dialogorientierten Serviceverfahrens und die Teilnahme der Hochschulen am Dialogorientierten Serviceverfahren nach § 7,“
 - b) Folgender Satz 3 wird angefügt:

„Das Ministerium kann durch Rechtsverordnung insbesondere Näheres regeln

 1. zu der Gewichtung der Kriterien nach § 12 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 1,
 2. zu den inhaltlichen Anforderungen an die Kriterien bezüglich deren Relevanz für die fachspezifische Eignung nach § 12 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2,
 3. zu der nach Artikel 10 Absatz 5 des Staatsvertrages geltenden Anforderung einer standardisierten, strukturierten und qualitätsgesicherten Anwendung von Auswahlkriterien nach § 12 Absatz 2 und 3.“
9. Folgender neuer § 15 wird eingefügt:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 15
Regelungen während des technischen
Übergangszeitraums“
 - b) Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Für die Zeit, in der die technischen Voraussetzungen für die Anwendung der Kriterien und Verfahrensgrundsätze nach Artikel 9 und 10 des Staatsvertrages nicht im vollen Umfang gegeben sind, wird das Ministerium zur Gewährleistung der effizienten und rechtssicheren Durchführung der Zulassungsverfahren ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu regeln:

 1. Einschränkungen bei der Anwendung von Kriterien nach Artikel 9 und 10 Absatz 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 6 des Staatsvertrages und § 5 Absatz 5 Satz 4, § 12 Absatz 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 6,
 2. die Dauer der Einschränkungen nach Nummer 1.

(2) Das Ministerium wird ermächtigt, für den Studiengang Pharmazie durch Rechtsverordnung festzulegen,

1. von der Anwendung des Artikel 10 Absatz 3 Satz 3 und 4 des Staatsvertrages und § 12 Absatz 3 Satz 3 und 4 abzusehen,
2. für Verfahren nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Staatsvertrages und § 12 Absatz 2 festzulegen, dass Studienplätze nach den Regelungen des Artikels 10 Absatz 3 des Staatsvertrages und § 12 Absatz 3 unter Anwendung von Nummer 1 vergeben werden.

Absatz 1 Nummer 1 bleibt unberührt.“

10. Der bisherige § 15 wird zu § 16.

Artikel 3 Übergangsvorschrift

Bis zum Zeitpunkt seines Außerkrafttretens nach Artikel 19 Absatz 1 Satz 3 des Staatsvertrages über die Hochschulzulassung vom 4. April 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 328) ist der Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008 (GVOBl.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 2. September 2019

D a n i e l G ü n t h e r
Ministerpräsident

K a r i n P r i e n
Ministerin
für Bildung, Wissenschaft und Kultur

M o n i k a H e i n o l d
Finanzministerin

Anlage

Staatsvertrag über die Hochschulzulassung Vom 4. April 2019

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,

das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
(im Folgenden: „die Länder“ genannt)
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Abschnitt 1 Aufgaben der Stiftung

Artikel 1

Gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung

(1) ¹Die Länder betreiben im Zusammenwirken mit der Hochschulrektorenkonferenz eine gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung. ²Die gemeinsame Einrichtung ist nach dem Recht des Landes Nordrhein-Westfalen als Stiftung des öffentlichen Rechts durch das Gesetz zur Errichtung einer Stif-

Schl.-H. S. 304) weiter anzuwenden. Bis zum Zeitpunkt nach Satz 1 sind Artikel 1 und 3 des Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung und zur Änderung des ZVS-Gesetzes vom 27. Juni 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 304) und das Hochschulzulassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Februar 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 75) weiter anzuwenden.

Artikel 4 Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 2 Nummer 1, 2, 5, 7, 8 und 9 an dem Tag in Kraft, an dem der in Artikel 1 § 1 bezeichnete Staatsvertrag nach seinem Artikel 19 Absatz 1 Satz 1 in Kraft tritt. Gleichzeitig tritt das Gesetz zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung und zur Änderung weiterer hochschulrechtlicher Vorschriften vom 10. Juni 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 342) mit Ausnahme von Artikel 2 Nummer 3, Artikel 3, 4 und 6 Absatz 1 außer Kraft.

tung „Stiftung für Hochschulzulassung“ vom 18. November 2008 (GV. NRW. S. 710, zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 2012, GV. NRW. S. 90, im Folgenden: Errichtungsgesetz) mit Sitz in Dortmund errichtet.

(2) Die Stiftung trägt die Bezeichnung „Stiftung für Hochschulzulassung“ (im Folgenden: Stiftung).

Artikel 2

Aufgaben der Stiftung; Dialogorientiertes Serviceverfahren

(1) Die Stiftung hat die Aufgabe,

1. nach Maßgabe des nachfolgenden Abschnitts 2 die Hochschulen bei der Durchführung der örtlichen Zulassungsverfahren und der Durchführung von Anmeldeverfahren in zulassungsfreien Studiengängen zu unterstützen (Serviceleistungen),
2. nach Maßgabe des nachfolgenden Abschnitts 3 das Zentrale Vergabeverfahren durchzuführen.

(2) ¹Nach Maßgabe einer Rechtsverordnung nach Artikel 12 führt die Stiftung die in den Verfahren nach Absatz 1 abgegebenen Zulassungsanträge der Bewerberinnen und Bewerber in ihrem Webportal zusammen und führt den Abgleich von Mehrfachzulassungs- und Mehrfachstudienmöglichkeiten für die Verfahren nach Absatz 1 in einem gemeinsamen Verfahren durch (Dialogorientiertes Serviceverfahren). ²Für das Dialogorientierte Serviceverfahren wird insbesondere geregelt:

1. die Beschränkung der Anzahl der Zulassungsanträge je Bewerberin oder Bewerber, wobei die Zahl von bundesweit zwölf Zulassungsanträgen nicht unterschritten werden darf; Artikel 8 Absatz 1 Satz 3 bleibt unberührt,
2. die Festlegung einer verbindlichen Reihenfolge der Zulassungsanträge der Bewerberinnen und Bewerber unter Berücksichtigung ihrer Präferenzen,
3. der Ausschluss der Bewerberinnen und Bewerber, die ein Zulassungsangebot angenommen oder eine Zulassung erhalten haben, von der weiteren Teilnahme am Dialogorientierten Serviceverfahren,
4. Fristen für Entscheidungen der Bewerberinnen und Bewerber zu Zulassungsangeboten.

(3) Zulassungsanträge und Zulassungsangebote im Sinne dieses Staatsvertrages schließen die entsprechenden Anträge und Angebote in Anmeldeverfahren für zulassungsfreie Studiengänge ein.

Artikel 3

Organe der Stiftung

¹Die Organe der Stiftung, ihre Zusammensetzung, Aufgaben und Verfahren regelt das Errichtungsgesetz. ²Dabei muss gewährleistet sein, dass

1. dem Entscheidungsorgan alle Länder angehören und die Hochschulen mit derselben Anzahl von Mitgliedern vertreten sind,
2. in Angelegenheiten nach Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 Beschlüsse, mit Ausnahme solcher nach Artikel 13 Absatz 1 Nummer 1, nicht gegen die Mehrheit der Hochschulen zustande kommen,
3. in Angelegenheiten nach Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 allein die Länder stimmberechtigt sind.

Abschnitt 2

Serviceleistungen

Artikel 4

Dienstleistungsaufgabe

Nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts unterstützt die Stiftung die sie beauftragenden Hochschulen bei der Durchführung der örtlichen Zulassungs- und Anmeldeverfahren insbesondere durch den Betrieb eines Bewerbungsportals mit Information und Beratung der Studienbewerberinnen und -bewerber, Aufbereitung der Bewerberdaten, Abgleich der Mehrfachzulassungs- und Mehrfachstudienmöglichkeiten sowie Vermittlung von nichtbesetzten Studienplätzen.

Abschnitt 3

Zentrales Vergabeverfahren

Artikel 5

Aufgaben im Zentralen Vergabeverfahren

(1) Im Zentralen Vergabeverfahren hat die Stiftung die Aufgabe

1. Studienplätze für das erste Fachsemester an Hochschulen in Auswahlverfahren in den Quoten nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1, 2 und 4 sowie Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und, soweit die Stiftung zuständig ist, nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 zu vergeben,
2. die Hochschulen bei der Durchführung der Auswahlverfahren nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 und, soweit die Hochschulen zuständig sind, nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 zu unterstützen,
3. für einheitliche Maßstäbe zur Festsetzung von Zulassungszahlen zu sorgen.

(2) ¹Die Vergabe der Studienplätze erfolgt für Deutsche sowie für ausländische Staatsangehörige und Staatenlose, die Deutschen gleichgestellt sind. ²Deutschen gleichgestellt sind Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union sowie sonstige ausländische Staatsangehörige und Staatenlose, die eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung besitzen. ³Verpflichtungen zur Gleichstellung weiterer Personen mit Deutschen auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen sind zu berücksichtigen.

Artikel 6

Kapazitätsermittlung und Festsetzung von Zulassungszahlen

(1) ¹Für die Vergabe von Studienplätzen in Studiengängen, die in das Zentrale Vergabeverfahren einbezogen sind, sind Zulassungszahlen nach Artikel 12 Absatz 1 Nummer 8 und nach Maßgabe des Landesrechts festzusetzen. ²Zulassungszahl ist die Zahl der von der einzelnen Hochschule höchstens aufzunehmenden Bewerberinnen und Bewerber in einem Studiengang. ³Sie wird auf der Grundlage der jährlichen Aufnahmekapazität festgesetzt. ⁴Zulassungszahlen dürfen nur für einen bestimmten Zeitraum, höchstens für die Dauer eines Jahres, festgesetzt werden.

(2) ¹Die Zulassungszahlen sind so festzusetzen, dass nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der räumlichen und fachspezifischen Gegebenheiten eine erschöpfende Nutzung der Ausbildungskapazität erreicht wird; die Qualität in Forschung und Lehre, die geordnete Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule, insbesondere in Forschung, Lehre und Studium sowie in der Krankenversorgung, sind zu gewährleisten. ²Bei der Erprobung neuer Studiengänge und -methoden, bei der Neuordnung von Studiengängen und Fachbereichen und beim Aus- oder Aufbau der Hochschulen können Zulassungszahlen abweichend von Satz 1 festgesetzt werden.

(3) ¹Die jährliche Aufnahmekapazität wird auf der Grundlage des Lehrangebots, des Ausbildungsaufwands und weiterer kapazitätsbestimmender Kriterien ermittelt. ²Dem Lehrangebot liegen die Stellen für das hauptamtlich tätige wissenschaftliche Personal, soweit ihm Lehraufgaben übertragen sind, die Lehraufträge und die dienstrechtlichen Lehrverpflichtungen zugrunde unter Berücksichtigung festgelegter Reduzierungen, insbesondere im medizinischen Bereich für Krankenversorgung und diagnostische Leistungen. ³Der Ausbildungsaufwand ist durch studiengangspezifische Normwerte festzusetzen, die den Aufwand festlegen, der für die ordnungsgemäße Ausbildung einer oder eines Studierenden in dem jeweiligen Studiengang erforderlich ist. ⁴Bei der Festsetzung von Normwerten sind ausbildungsrechtliche Vorschriften sowie der Ausbildungsaufwand in gleichartigen und vergleichbaren Studiengängen zu beachten. ⁵Die Normwerte haben eine gleichmäßige und erschöpfende Auslastung der Hochschulen zu gewährleisten; in diesem Rahmen sind die Hochschulen bei der Gestaltung von Lehre und Studium frei. ⁶Die Normwerte werden durch Rechtsverordnung nach Artikel 12 festgesetzt. ⁷Weitere kapazitätsbestimmende Kriterien sind insbesondere die räumlichen und sächlichen Gegebenheiten, zusätzliche Belastungen auf Grund der bisherigen Entwicklung der Studienanfängerzahl und der Zahl der Studierenden, die Ausstat-

tung mit nichtwissenschaftlichem Personal, das Verbleibeverhalten der Studierenden (Schwund) und die besonderen Gegebenheiten in den medizinischen Studiengängen, insbesondere eine ausreichende Zahl von für die Lehre geeigneten Patientinnen und Patienten.

(4) Vor der Festsetzung von Zulassungszahlen legt die Hochschule der zuständigen Landesbehörde einen Bericht mit ihren Kapazitätsberechnungen vor.

(5) Bei der Feststellung der Aufnahmekapazität gemäß Absatz 3 bleiben Maßnahmen zum Ausgleich zusätzlicher Belastungen auf Grund der bisherigen Entwicklung der Studienanfängerzahl und der Zahl der Studierenden unberücksichtigt; sie sind gesondert auszuweisen.

Artikel 7

Einbeziehung von Studiengängen

¹Die Studiengänge Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin und Pharmazie sind in das Zentrale Vergabeverfahren einbezogen, solange für alle den jeweiligen Studiengang anbietenden Hochschulen Zulassungszahlen festgesetzt sind und zu erwarten ist, dass die Bewerberzahl die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze übersteigt. ²Weitere Studiengänge können unter den Voraussetzungen des Satzes 1 einbezogen werden, soweit nicht wegen der Art der Zugangsvoraussetzungen den Hochschulen die Entscheidung vorbehalten wird. ³Das Gleiche gilt, wenn aus anderen Gründen eine zentrale Vergabe der Studienplätze sinnvoll ist. ⁴Die Einbeziehung eines Studiengangs ist aufzuheben, wenn die Voraussetzungen dafür entfallen sind oder ein Bedarf für eine zentrale Vergabe der Studienplätze nicht mehr besteht.

Artikel 8

Auswahlverfahren

(1) ¹Die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber richtet sich nach den Artikeln 9 und 10 sowie nach den Bestimmungen dieses Artikels. ²Ein Zulassungsantrag nach Artikel 2 Absatz 2 ermöglicht im Verfahren nach Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 Bewerbungen an allen Studienorten eines Studiengangs; dieser Zulassungsantrag zählt als ein Antrag im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1. ³Unbeschadet der Regelungen in Artikel 10 Absatz 6 Halbsatz 2 kann die Teilnahme in den Verfahren nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 durch Rechtsverordnung nach Artikel 12 je Studiengang beschränkt werden; die Teilnahmemöglichkeit an sechs Hochschulen darf nicht unterschritten werden.

(2) Wer geltend macht, aus nicht selbst zu vertretenden Umständen daran gehindert gewesen zu sein, einen für die Berücksichtigung bei der Auswahl nach dem Ergebnis der Hochschulzugangsbeurteilung (Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1

und 3) besseren Wert zu erreichen, wird mit dem nachgewiesenen Wert an der Vergabe der Studienplätze in diesen Quoten beteiligt.

(3) ¹Den Bewerberinnen und Bewerbern dürfen keine Nachteile entstehen

1. aus der Erfüllung von Dienstpflichten nach Artikel 12a des Grundgesetzes und der Übernahme solcher Dienstpflichten und entsprechender Dienstleistungen auf Zeit bis zur Dauer von drei Jahren,
2. aus der Ableistung eines freiwilligen Wehrdienstes als besonderes staatsbürgerliches Engagement nach dem Soldatengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2387), in der jeweils geltenden Fassung,
3. aus der Ableistung eines Bundesfreiwilligendienstes nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 687), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), in der jeweils geltenden Fassung,
4. aus dem Entwicklungsdienst nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz vom 18. Juni 1969 (BGBl. I S. 549), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228), in der jeweils geltenden Fassung,
5. aus der Ableistung eines Jugendfreiwilligendienstes im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes vom 16. Mai 2008 (BGBl. I S. 842), geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854), in der jeweils geltenden Fassung oder im Rahmen eines von der Bundesregierung geförderten Modellprojektes,
6. aus der Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder einer pflegebedürftigen Person aus dem Kreis der sonstigen Angehörigen bis zur Dauer von drei Jahren.

²Bewerberinnen und Bewerber nach Satz 1 werden nach Maßgabe einer Rechtsverordnung nach Artikel 12 aufgrund eines früheren Zulassungsanspruchs vor der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber nach Artikel 9 und 10 zugelassen. ³Sofern mehr Bewerberinnen und Bewerber nach Satz 1 zuzulassen sind als Plätze zur Verfügung stehen, entscheidet das Los. ⁴Stehen nach Zulassung der Bewerberinnen und Bewerber nach Satz 1 nicht genügend Plätze für alle Quoten nach Artikel 9 Absatz 1 zur Verfügung, werden die Plätze in der Reihenfolge des Artikels 9 Absatz 1 vergeben.

(4) Wer zum Bewerbungstichtag das 55. Lebensjahr vollendet hat, wird an einem Auswahlverfahren nur beteiligt, wenn für das beabsichtigte Studium unter Berücksichtigung der persönlichen Situ-

ation schwerwiegende wissenschaftliche oder berufliche Gründe sprechen.

(5) Studienplätze nach Artikel 11 Absatz 3, bei denen die Zulassung auf den ersten Teil des Studiengangs beschränkt ist, weil das Weiterstudium an einer deutschen Hochschule nicht gewährleistet ist, können auch durch das Los vergeben werden.

Artikel 9 Vorabquoten

(1) ¹In einem Auswahlverfahren sind bis zu 20 Prozent der zur Verfügung stehenden Studienplätze vorzubehalten für:

1. Bewerberinnen und Bewerber, für die die Ablehnung des Zulassungsantrages eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde,
2. Bewerberinnen und Bewerber, die sich auf Grund entsprechender Vorschriften verpflichtet haben, ihren Beruf in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs auszuüben,
3. ausländische Staatsangehörige und Staatenlose, soweit sie nicht Deutschen gleichgestellt sind,
4. Bewerberinnen und Bewerber, die bereits ein Studium in einem anderen Studiengang abgeschlossen haben (Bewerberinnen und Bewerber für ein Zweitstudium).

²Ferner kann nach Maßgabe des Landesrechts im Rahmen der Kapazität nach Satz 1 eine Quote für in der beruflichen Bildung Qualifizierte, die über keine sonstige Studienberechtigung verfügen, vorgesehen werden; wird die Quote nicht gebildet, erfolgt eine Beteiligung am Verfahren nach Artikel 10.

(2) ¹Die Quoten nach Absatz 1 werden für die Studienplätze je Studienort gebildet; je gebildeter Quote ist mindestens ein Studienplatz zur Verfügung zu stellen. ²Daneben kann bestimmt werden, dass der Anteil der Studienplätze für die Bewerbergruppen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und Satz 2 an der Gesamtzahl der Studienplätze je Bewerbergruppe nicht größer sein darf als der Anteil der jeweiligen Bewerbergruppe an der Bewerbergesamtheit. ³Nicht in Anspruch genommene Studienplätze aus den Quoten nach Absatz 1 werden nach Artikel 10 Absatz 1 vergeben.

(3) Eine außergewöhnliche Härte liegt vor, wenn besondere, vor allem soziale und familiäre Gründe in der Person der Bewerberin oder des Bewerbers die sofortige Aufnahme des Studiums zwingend erfordern.

(4) Bewerberinnen und Bewerber nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 werden nach den Prüfungsergebnissen des Erststudiums und nach den für die Bewerbung für ein weiteres Studium maßgeblichen Gründen ausgewählt.

(5) Bewerberinnen und Bewerber nach Absatz 1 Satz 2 werden nach Maßgabe des Landesrechts

nach dem Grad der Eignung für den gewählten Studiengang und die sich typischerweise anschließenden Berufstätigkeiten ausgewählt.

(6) Wer den Quoten nach Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 bis 4 und Satz 2 unterfällt, kann nicht im Verfahren nach Artikel 10 zugelassen werden; Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 bleibt unberührt.

(7) ¹Besteht in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummern 1, 2 und 4 sowie Satz 2 Ranggleichheit, wird vorrangig ausgewählt, wer dem Personenkreis nach Artikel 8 Absatz 3 Satz 1 angehört; im Falle des Absatzes 1 Satz 2 können durch Rechtsverordnung nach Artikel 12 weitere Kriterien vorgesehen werden. ²Besteht danach noch Ranggleichheit, entscheidet das Los.

Artikel 10 Hauptquoten

(1) ¹Im Auswahlverfahren werden die nach Abzug der Studienplätze nach Artikel 8 Absatz 3 Satz 2 und Artikel 9 verbleibenden Studienplätze an jeder Hochschule nach folgenden Grundsätzen vergeben:

1. zu 30 Prozent durch die Stiftung nach dem Ergebnis der Hochschulzugangsberechtigung,
2. zu 10 Prozent durch die Hochschulen nach dem Ergebnis eines Auswahlverfahrens nach Absatz 2,
3. im Übrigen von den Hochschulen nach dem Ergebnis eines Auswahlverfahrens nach Absatz 3.

²Die Länder tragen dafür Sorge, dass die Abiturdurchschnittsnoten innerhalb eines Landes und im Verhältnis der Länder untereinander hinsichtlich der jeweiligen Anforderungen und Bewertungen annähernd vergleichbar sind. ³Solange deren annähernde Vergleichbarkeit im Verhältnis der Länder untereinander nicht gewährleistet ist, erfolgt ein entsprechender Ausgleich bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber auf Basis von Prozentrangverfahren und unter Bildung von Landesquoten. ⁴Die Quote eines Landes bemisst sich zu einem Drittel nach seinem Anteil an der Gesamtzahl der Bewerberinnen und Bewerber für die nach Artikel 7 einbezogenen Studiengänge (Bewerberanteil) und zu zwei Dritteln nach seinem Anteil an der Gesamtzahl der Achtzehn- bis unter Einundzwanzigjährigen (Bevölkerungsanteil); für die Länder Berlin, Bremen und Hamburg werden die sich danach ergebenden Quoten um dreißig Prozent erhöht. ⁵Bei der Berechnung des Bewerberanteils werden nur Personen berücksichtigt, die eine Hochschulzugangsberechtigung besitzen, die von allen Ländern gegenseitig anerkannt ist.

(2) ¹In der Quote nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 vergibt die jeweilige Hochschule die Studienplätze nach Maßgabe des Landesrechts insbesondere

1. nach dem Ergebnis eines fachspezifischen Studieneignungstests,
2. nach dem Ergebnis eines Gesprächs oder anderer mündlicher Verfahren, die von der Hochschule mit den Bewerberinnen und Bewerbern durchgeführt werden, um Aufschluss über deren Eignung für das gewählte Studium und den angestrebten Beruf zu erhalten,
3. nach der Art einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder Berufstätigkeit in einem anerkannten Ausbildungsberuf, die über die fachspezifische Eignung Auskunft gibt,
4. nach besonderen Vorbildungen, praktischen Tätigkeiten, außerschulischen Leistungen oder außerschulischen Qualifikationen, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben.

² Das Ergebnis der Hochschulzugangsberechtigung und deren Einzelnoten werden nicht berücksichtigt.

³Durch Landesrecht kann der Kriterienkatalog nach Satz 1 eingeschränkt werden.

(3) ¹In der Quote nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 vergibt die jeweilige Hochschule die Studienplätze nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts insbesondere

1. nach folgenden Kriterien der Hochschulzugangsberechtigung:
 - a. Ergebnis der Hochschulzugangsberechtigung für das gewählte Studium (Note und Punkte),
 - b. gewichtete Einzelnoten der Hochschulzugangsberechtigung, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben;
2. nach folgenden Kriterien außerhalb der Hochschulzugangsberechtigung:
 - a. Ergebnis eines fachspezifischen Studieneignungstests,
 - b. Ergebnis eines Gesprächs oder anderer mündlicher Verfahren, die von der Hochschule mit den Bewerberinnen und Bewerbern durchgeführt werden, um Aufschluss über deren Eignung für das gewählte Studium und den angestrebten Beruf zu erhalten,
 - c. Art einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder Berufstätigkeit in einem anerkannten Ausbildungsberuf, die über die fachspezifische Eignung Auskunft gibt,
 - d. besondere Vorbildungen, praktische Tätigkeiten, außerschulische Leistungen oder außerschulische Qualifikationen, die über die fachspezifische Eignung Auskunft geben.

²In die Auswahlentscheidung ist neben dem Ergebnis der Hochschulzugangsberechtigung nach Satz 1 Nummer 1 mindestens ein schulnotenunabhängiges Kriterium einzubeziehen; im Studiengang Medizin ist zusätzlich mindestens ein weiteres schulno-

tenunabhängiges Kriterium zu berücksichtigen.³Mindestens ein schulnotenunabhängiges Kriterium ist erheblich zu gewichten.⁴In die Auswahlentscheidung fließt mindestens ein fachspezifischer Studieneignungstest nach Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a ein.

(4) ¹Das jeweilige Landesrecht kann in den Quoten nach Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 Unterquoten zulassen oder festsetzen. ²Im Umfang von bis zu 15 Prozent der Quote nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 kann das Landesrecht abweichend von Absatz 3 Sätze 2 bis 4 zulassen oder festsetzen, dass in einer Unterquote nach Satz 1 ein Kriterium oder mehrere Kriterien ausschließlich nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 oder ausschließlich nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 verwendet werden.

(5) ¹Die Kriterien nach den Absätzen 2 und 3 sind jeweils in standardisierter, strukturierter und qualitätsgesicherter Weise transparent anzuwenden. ²Sie müssen in ihrer Gesamtheit eine hinreichende Vorhersagekraft für den Studienerfolg und die sich typischerweise anschließenden Berufstätigkeiten gewährleisten. ³Wird ein Kriterium als einziges Kriterium verwendet, muss es eine hinreichende Vorhersagekraft für den Studienerfolg und die sich typischerweise anschließenden beruflichen Tätigkeiten haben.

(6) Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Auswahlverfahren nach den Absätzen 2 und 3 kann nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts begrenzt werden; eine Vorauswahl nach dem Grad der Ortspräferenz darf nur für einen hinreichend beschränkten Anteil der nach den Absätzen 2 und 3 zu vergebenden Studienplätze und nur zur Durchführung aufwändiger individualisierter Auswahlverfahren erfolgen.

(7) ¹Besteht in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 Ranggleichheit, wird vorrangig ausgewählt, wer dem Personenkreis nach Artikel 8 Absatz 3 Satz 1 angehört. ²Besteht danach noch Ranggleichheit, entscheidet das Los. ³In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 erfolgt eine Regelung durch das jeweilige Landesrecht.

(8) ¹Bei der Entscheidung über die Studienplatzvergabe ist zunächst die Quote nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, dann die Quote nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und danach die Quote nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 abzuarbeiten. ²Durch Rechtsverordnung nach Artikel 12 kann für die Quoten nach Absatz 1 Nummern 2 und 3 eine abweichende Reihenfolge festgelegt werden. ³Bewerberinnen und Bewerber, die in einer der Quoten ein Zulassungsangebot angenommen haben oder eine Zulassung erhalten haben, werden von der Teilnahme an weiteren Verfahren in den übrigen Quoten ausgeschlossen.

(9) Nicht in Anspruch genommene Studienplätze aus den Quoten nach Absatz 1 werden anteilig in den übrigen Quoten des Absatzes 1 vergeben.

Artikel 11

Verfahrensvorschriften

(1) ¹In den Fällen des Artikels 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und des Artikels 10 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 werden Zulassungen, Zulassungsangebote und Bescheide von der Hochschule erlassen. ²Ein Widerspruchsverfahren gegen Bescheide der Hochschulen findet nicht statt.

(2) Die Stiftung ermittelt in den Quoten nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1, 2 und 4, Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 sowie in den Fällen des Artikels 8 Absatz 5 auf Grund der Bewerbungsunterlagen nach den jeweiligen Zulassungsbestimmungen, für welchen Zulassungsantrag eine Zulassung oder ein Zulassungsangebot erfolgen kann und erlässt den Zulassungsbescheid.

(3) Soweit an einer Hochschule für den ersten Teil eines Studiengangs eine höhere Ausbildungskapazität als für spätere Teile dieses Studiengangs besteht, wird der Zulassungsbescheid auf den ersten Teil des Studiengangs beschränkt.

(4) Die Hochschule ist verpflichtet, die von der Stiftung Zugelassenen einzuschreiben, wenn die übrigen Einschreibvoraussetzungen vorliegen.

(5) Ein Widerspruchsverfahren gegen Bescheide der Stiftung findet nicht statt.

(6) ¹Beruhet der Zulassungsbescheid der Hochschule oder der Stiftung auf falschen Angaben im Zulassungsantrag, wird er zurückgenommen; ist der Zulassungsbescheid sonst fehlerhaft, kann er zurückgenommen werden. ²Nach Ablauf eines Jahres ist die Rücknahme des Zulassungsbescheides durch die Stiftung ausgeschlossen.

(7) Die Stiftung ist nach Maßgabe der Rechtsverordnungen nach Artikel 12 berechtigt, Versicherungen an Eides statt zu verlangen und abzunehmen.

Abschnitt 4

Verordnungsermächtigung, Beschlussfassung, Staatlich anerkannte Hochschulen

Artikel 12

Verordnungsermächtigung

(1) Die Länder bestimmen durch Rechtsverordnungen die Einzelheiten des Verfahrens und der dabei anzuwendenden inhaltlichen Kriterien, insbesondere:

1. die Auswahlkriterien (Artikel 8 und 9 sowie Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1),
2. das Nähere zu Verfahren und Methoden der Herstellung einer annähernden Vergleichbarkeit der Abiturdurchschnittsnoten (Artikel 10 Absatz 1 Satz 3),

3. die Quoten nach Artikel 9 Absatz 1, insbesondere auch in Bezug auf den Erlass von Zulassungen, Zulassungsangeboten und Bescheiden in der Quote nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 2,
4. im Fall des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 2 den Ablauf des Bewerbungsverfahrens, insbesondere die Fälle, in denen Bewerbungen an die Stiftung zu richten sind, einschließlich der Fristen; dabei kann die Verpflichtung zur elektronischen Antragstellung und ein elektronischer Bescheidversand vorgesehen werden,
5. im Fall des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 2 den Ablauf des Vergabeverfahrens sowie die Vergabe nicht in Anspruch genommener oder aus anderen Gründen frei gebliebener Plätze auch an Bewerberinnen und Bewerber, die die Fristen versäumt haben,
6. die Vergabe der Studienplätze nach Artikel 8 Absatz 5,
7. die Normwerte sowie die Kapazitätsermittlung nach Artikel 6,
8. die Festsetzung von Zulassungszahlen nach Artikel 6, soweit das Landesrecht dafür keine andere Rechtsform vorsieht,
9. die Gleichstellung weiterer Personen mit Deutschen auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen nach Artikel 5 Absatz 2 Satz 3,
10. die Einzelheiten zur Durchführung des Dialogorientierten Serviceverfahrens nach Artikel 2 Absatz 2.

(2) Die Rechtsverordnungen der Länder nach Absatz 1 müssen übereinstimmen, soweit dies für eine zentrale Vergabe der Studienplätze und für den Abgleich von Mehrfachzulassungsmöglichkeiten und -studienmöglichkeiten im Dialogorientierten Serviceverfahren notwendig ist.

Artikel 13 **Beschlussfassung**

- (1) Die Stiftung beschließt über
1. Vorschläge für die von den Ländern zu erlassenden Rechtsverordnungen (Artikel 12),
 2. die Einbeziehung von Studiengängen in das Zentrale Vergabeverfahren (Artikel 7 Sätze 2 und 3),
 3. die Aufhebung der Einbeziehung (Artikel 7 Satz 4).
- (2) ¹In diesen Angelegenheiten ist das Entscheidungsorgan der Stiftung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vertreterinnen und Vertreter der Länder anwesend ist. ²Ein Land kann die Vertreterin oder den Vertreter eines anderen Landes zur Ausübung des Stimmrechts ermächtigen.
- (3) Für Beschlüsse nach Absatz 1 ist eine Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen der Ländervertreterinnen und Ländervertreter erforderlich.

Artikel 14 **Staatlich anerkannte Hochschulen**

¹Staatlich anerkannte Hochschulen können auf Antrag des Landes mit Zustimmung des Trägers in das Zentrale Vergabeverfahren einbezogen werden. ²Die Entscheidung trifft die Stiftung.

Abschnitt 5 **Finanzierung, Ordnungswidrigkeiten,** **Übergangs- und Schlussbestimmungen**

Artikel 15 **Finanzierung**

(1) ¹Zur Finanzierung der Aufgaben nach Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 einschließlich der insoweit anteiligen Finanzierung für die Durchführung des Dialogorientierten Serviceverfahrens erhebt die Stiftung von allen Hochschulen Beiträge; ausgenommen sind Hochschulen, die ausschließlich künstlerische Studiengänge, duale Studiengänge oder Fernstudiengänge anbieten, soweit diese Hochschulen nicht die Teilnahme am Verfahren erklären. ²Die Höhe und Fälligkeit der Beiträge legt die Stiftung in einer Beitragsordnung fest.

(2) ¹Zur Durchführung der Aufgaben nach Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 verpflichten sich die Länder, der Stiftung die erforderlichen Mittel einschließlich der insoweit anteiligen Finanzierung für die Durchführung des Dialogorientierten Serviceverfahrens als Zuschuss zur Verfügung zu stellen. ²Der Betrag wird von den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel in der jeweils geltenden Fassung aufgebracht. ³Der Wirtschaftsplan der Stiftung bedarf der Zustimmung der Finanzministerkonferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln. ⁴Die Anteilsbeträge der Länder werden im Laufe eines jeden Haushaltsjahres in zwei Teilbeträgen zum 1. Januar und zum 1. Juli nach den Ansätzen des Wirtschaftsplans fällig. ⁵Über- und Minderzahlungen gegenüber dem sich nach der Jahresrechnung ergebenden Finanzbedarf werden bei dem zweiten Teilbetrag des folgenden Haushaltsjahres ausgeglichen.

Artikel 16 **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer bei einer Bewerbung gegenüber der Stiftung vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben über die für die Vergabe der Studienplätze maßgeblichen Daten macht.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.
- (3) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Stiftung.

Artikel 17 **Auflösung der Zentralstelle**

(1) ¹Mit der Errichtung der Stiftung ist die gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Staatsvertrages über die

Vergabe von Studienplätzen vom 20. Oktober 1972 errichtete Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (im Folgenden: Zentralstelle) aufgelöst worden. ²Aufgaben, Rechte und Verbindlichkeiten der Zentralstelle sind auf die Stiftung übergegangen. ³Die Planstellen der Zentralstelle verbleiben bis zu ihrem Freiwerden als Planstellen ohne Besoldungsaufwand im Haushalt des Sitzlandes, das die darauf geführten Beamtinnen und Beamten zur Tätigkeit bei der Stiftung zuweist. ⁴Die Einzelheiten regelt das Errichtungsgesetz.

(2) Die Stiftung erstattet im Rahmen des jährlichen Wirtschaftsplans die Kosten für bereits vorhandene und zukünftige Versorgungsempfänger.

Artikel 18 **Übergangsregelungen**

(1) ¹In den Vergabeverfahren zum Sommersemester 2020 bis einschließlich Wintersemester 2021/2022 in den Studiengängen Medizin, Zahnmedizin und Tiermedizin wird im Auswahlverfahren nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 für die Bildung der Ranglisten als ein Kriterium zusätzlich die Dauer der Zeit seit dem Erwerb der für den gewählten Studiengang einschlägigen Hochschulzugangsberechtigung (Wartezeit) nach folgenden Maßgaben berücksichtigt:

1. In den Vergabeverfahren zum Sommersemester 2020 und zum Wintersemester 2020/2021 wird eine Wartezeit von 15 Semestern und mehr neben Kriterien nach Artikel 10 Absatz 2 Satz 1 mit 45 Prozent gewichtet.
2. In den Vergabeverfahren zum Sommersemester 2021 und zum Wintersemester 2021/2022 wird eine Wartezeit von 15 Semestern und mehr neben Kriterien nach Artikel 10 Absatz 2 Satz 1 mit 30 Prozent gewichtet.
3. In den Nummern 1 und 2 nimmt die Gewichtung bei einer Wartezeit von weniger als 15 Semestern linear ab.
4. Wer geltend macht, aus nicht selbst zu vertretenden Umständen daran gehindert gewesen zu sein, einen für die Berücksichtigung der Wartezeit besseren Wert zu erreichen, wird mit dem nachgewiesenen Wert an der Vergabe der Studienplätze beteiligt.

²Zeiten eines Studiums an einer deutschen Hochschule werden auf die Wartezeit nach Satz 1 nicht angerechnet; davon ausgenommen sind Zeiten eines Studiums aufgrund einer Zulassung nach Artikel 11 Absatz 3. ³Bei Ranggleichheit gilt Artikel 10 Absatz 7 Sätze 1 und 2 entsprechend.

(2) ¹Für die Zeit, in der die technischen Voraussetzungen für die Anwendung der Kriterien und Verfahrensgrundsätze nach Artikeln 9 und 10 nicht im vollen Umfang gegeben sind, gelten zur Gewährleistung der effizienten und rechtssicheren Durch-

führung der Zulassungsverfahren folgende Regelungen:

1. Die Länder können durch Rechtsverordnung Einschränkungen bei der Anwendung von Kriterien nach Artikeln 9 und 10 Absatz 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 6 festlegen.
2. Abweichend von Artikel 10 Absatz 7 Satz 3 können die Länder durch Rechtsverordnung regeln, dass bei Ranggleichheit die Auswahl nach den Kriterien in Artikel 10 Absatz 7 Sätze 1 und 2 auch für die Verfahren nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 erfolgt.

²Die Länder legen in den Rechtsverordnungen die Dauer der Einschränkungen nach Nummer 1 und der Abweichungen nach Nummer 2 fest.

(3) ¹Für den Studiengang Pharmazie können die Länder durch Rechtsverordnung von der Anwendung des Artikels 10 Absatz 3 Sätze 3 und 4 absehen. ²Für Verfahren nach Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 können sie durch Rechtsverordnung festlegen, dass Studienplätze nach den Regelungen des Artikels 10 Absatz 3 unter Anwendung von Satz 1 vergeben werden. ³Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bleibt unberührt.

Artikel 19 **Schlussvorschriften**

(1) ¹Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die letzte Ratifikationsurkunde bei der Staatskanzlei des Sitzlandes der Stiftung hinterlegt ist. ²Er findet erstmals auf das nach seinem Inkrafttreten unmittelbar nachfolgende Vergabeverfahren, frühestens jedoch auf das Vergabeverfahren zum Sommersemester 2020, Anwendung. ³Der Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008 tritt mit Abschluss des Vergabeverfahrens außer Kraft, das dem Vergabeverfahren nach Satz 2 vorangeht.

(2) Dieser Staatsvertrag kann von jedem Land durch schriftliche Erklärung gegenüber den übrigen vertragschließenden Ländern zum Schluss eines Kalenderjahres mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden.

(3) ¹Nach Außerkrafttreten dieses Staatsvertrages ist die Stiftung aufzulösen. ²Bedienstete, die nach Auflösung der Zentralstelle der Stiftung zugewiesen oder von dieser übernommen wurden und die nicht durch Kündigung entlassen werden können, sind nach Möglichkeit von den Ländern in geeignete Verwaltungsbereiche zu übernehmen. ³Die Vorschriften des Sitzlandes über die beamtenrechtlichen Folgen bei Auflösung von Behörden bleiben unberührt. ⁴Die Länder sind verpflichtet, dem Sitzland alle in Ausführung dieses Staatsvertrages entstehenden Aufwendungen für Verpflichtungen, die über das Ende dieses Staatsvertrages hinaus be-

stehen bleiben, anteilig nach Maßgabe des Königsteiner Schlüssels zu erstatten. ⁵Über die Verwendung des von der Stiftung von der Zentralstelle übernommenen Vermögens beschließen die Kultusministerkonferenz und die Finanzministerkonferenz der Länder mit einer Mehrheit von jeweils zwei Dritteln der Stimmen.

Für das Land Baden-Württemberg

Stuttgart, 4. April 2019

gez. Winfried Kretschmann

Für das Land Bayern

Berlin, 21. März 2019

gez. Markus Söder

Für das Land Berlin

Berlin, 21. März 2019

gez. Michael Müller

Für das Land Brandenburg

Berlin, 21. März 2019

gez. Dietmar Woidke

Für die Freie Hansestadt Bremen

Berlin, 21. März 2019

gez. Carsten Sieling

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

Berlin, 21. März 2019

gez. Peter Tschentscher

Für das Land Hessen

Wiesbaden, 27. März 2019

gez. Volker Bouffier

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern

Berlin, 21. März 2019

gez. Manuela Schwesig

Für das Land Niedersachsen

Berlin, 21. März 2019

gez. Stephan Weil

Für das Land Nordrhein-Westfalen

Berlin, 21. März 2019

gez. Armin Laschet

Für das Land Rheinland-Pfalz

Berlin, 21. März 2019

gez. Malu Dreyer

Für das Saarland

Berlin, 21. März 2019

gez. Tobias Hans

Für den Freistaat Sachsen

Berlin, 21. März 2019

gez. Michael Kretschmer

Für das Land Sachsen-Anhalt

Berlin, 21. März 2019

gez. Reiner Haseloff

Für das Land Schleswig-Holstein

Berlin, 21. März 2019

gez. Daniel Günther

Für das Land Thüringen

Berlin, 21. März 2019

gez. Bodo Ramelow

1800/2019

Gesetz

über die Errichtung eines Sondervermögens für die Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege (Pflegeberufe-Ausbildungsfonds-Errichtungsgesetz – PflBAFondsErG)

Vom 4. September 2019

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2122-10

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Errichtung des Sondervermögens

Das Land Schleswig-Holstein errichtet unter dem Namen „Ausbildungsfonds der Pflegeberufe“ (Ausbildungsfonds) ein zweckgebundenes Sondervermögen.

§ 2

Zweck des Sondervermögens und des Umlageverfahrens

(1) Das Sondervermögen dient als Ausgleichsfonds gemäß § 26 Absatz 1 des Pflegeberufegesetz

(PflIBG) vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2581) der Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege. Das Sondervermögen soll die Finanzierung und das Umlageverfahren gemäß §§ 26 bis 36 PflIBG umsetzen und die Überjährigkeit gewährleisten.

(2) Durch das Umlageverfahren soll sichergestellt werden, dass

1. landesweit eine wohnortnahe, qualitätsgesicherte Ausbildung sichergestellt ist,
2. eine ausreichende Zahl qualifizierter Pflegefachkräfte ausgebildet werden kann,

3. Nachteile im Wettbewerb zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen vermieden werden,
4. die Ausbildung in kleineren und mittleren Einrichtungen gestärkt wird und
5. wirtschaftliche Ausbildungsstrukturen gewährleistet werden.

§ 3

Stellung im Rechtsverkehr

Das Sondervermögen ist nicht rechtsfähig. Es ist vom übrigen Vermögen des Landes, seinen Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten.

§ 4

Finanzierung des Ausbildungsfonds

(1) Dem Sondervermögen fließen die Zahlungen nach § 33 PflBG der Krankenhäuser, stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen, der sozialen Pflegeversicherungen, der privaten Pflegeversicherung und des Landes Schleswig-Holstein zu.

(2) Die Ausbildungsfonds der Pflegeberufe Schleswig-Holstein GmbH erhebt gemäß § 32 Absatz 2 PflBG eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 0,6 Prozent der Summe aller Ausbildungsbudgets gemäß § 32 Absatz 1 Nummer 1 PflBG.

§ 5

Rücklagen

(1) Das Sondervermögen kann zur Erfüllung des gesetzlichen Zwecks Rücklagen bilden.

(2) Die Ausbildungsfonds der Pflegeberufe Schleswig-Holstein GmbH bildet darüber hinaus eine Liquiditätsreserve in Höhe von 3 Prozent nach Maßgabe des § 32 Absatz 1 Nummer 2 PflBG und des § 9 Absatz 1 Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflAFinV) vom 2. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1622).

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 4. September 2019

Daniel Günther
Ministerpräsident

Karin Prien
Ministerin
für Bildung, Wissenschaft und Kultur

§ 6

Verwaltung und Verwaltungskosten

(1) Das Sondervermögen wird von der Ausbildungsfonds der Pflegeberufe Schleswig-Holstein GmbH nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 26 bis 35 PflBG im Auftrag des für Pflege zuständigen Ministeriums verwaltet.

(2) Die Kosten für die Verwaltung des Sondervermögens werden über eine Verwaltungskostenpauschale auf alle fondseinzahlenden Stellen gemäß § 32 Absatz 2 PflBG umgelegt. Die fondsverwaltende Stelle ist berechtigt, die festgesetzten Verwaltungskostenpauschale vorrangig aus den eingehenden Einzahlungen nach § 33 PflBG zu entnehmen.

§ 7

Haftung

Für die Verbindlichkeiten des Sondervermögens haftet nur dieses. Das Sondervermögen haftet nicht für die sonstigen Verbindlichkeiten des Landes Schleswig-Holstein.

§ 8

Auflösung

Das Sondervermögen gilt als aufgelöst mit Ablauf des 31. Dezember des Jahres, in dem seine Mittel nach § 4 für die Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben vollständig verbraucht sind, oder im Falle des Wegfalls der bundesgesetzlichen Grundlage.

§ 9

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Dr. Heiner Garg
Minister
für Soziales, Gesundheit, Jugend,
Familie und Senioren

Monika Heinold
Finanzministerin

1798/2019

Gesetz

**über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern
– Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG**

Vom 13. September 2019

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 206-3

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Zustimmung zum Staatsvertrag

(1) Dem vom Bund und den Ländern am 21. März 2019 unterzeichneten Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG wird zugestimmt.

Anl. (2) Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 13. September 2019

Daniel Günther
Ministerpräsident

Jan Philipp Albrecht
Minister
für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt,
Natur und Digitalisierung

Anlage

Erster Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
sowie die
Bundesrepublik Deutschland (im Weiteren „der Bund“
genannt)
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG

Der Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG vom 20. November 2009 (BGBl. 2010 I S. 662) wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift wird folgende Kurzbezeichnung angefügt:

„(IT-Staatsvertrag)“.

2. Nach der Überschrift wird folgende Inhaltsübersicht eingefügt:

„Inhaltsübersicht

Präambel

**Abschnitt I
Der IT-Planungsrat**

§ 1 Einrichtung, Aufgaben, Beschlussfassung

Abschnitt II

**Gemeinsame Standards und
Sicherheitsanforderungen, Informationsaustausch**

§ 2 Festlegung von IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards

§ 3 Aufgaben im Bereich Verbindungsnetz

§ 4 Informationsaustausch

**Abschnitt III
Gemeinsame Einrichtung zur Unterstützung des
IT-Planungsrats**

§ 5 Errichtung und Aufgaben

§ 6 Trägerschaft, Dienstherrnfähigkeit, anwendbares Recht

§ 7 Organe

§ 8 Aufsicht

§ 9 Finanzierung

§ 10 Unzulässigkeit eines Insolvenzverfahrens

**Abschnitt IV
Schlussbestimmungen**

§ 11 Änderung, Kündigung

§ 12 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung“.

3. In der Präambel werden im ersten Spiegelstrich die Wörter „Artikel 91c Absatz 1 und Absatz 2“ durch die Wörter „Artikel 91c Absatz 1 und 2“ ersetzt.

4. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird der Doppelpunkt gestrichen.

bbb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. koordiniert und unterstützt die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen;“.

ccc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4 und die Wörter „die Projekte zu Fragen“ werden durch die Wörter „Projekte und Produkte“ ersetzt und die Wörter „(E-Government-Projekte)“ werden gestrichen.

ddd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5 und die Wörter „§ 4 dieses Vertrages“ werden durch die Angabe „§ 3“ ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Der IT-Planungsrat bedient sich zu seiner Unterstützung nach Maßgabe der §§ 5 bis 10 einer gemeinsamen Einrichtung.“

b) In Absatz 7 Satz 1 wird die Angabe „11“ durch das Wort „elf“ ersetzt.

5. § 2 wird aufgehoben.

6. § 3 wird § 2 und in Absatz 1 Satz 1 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „, soweit nicht eine spezialgesetzliche Regelungsbefugnis vorliegt.“ ersetzt.

7. Der bisherige § 4 wird § 3 und die Angabe „Grundgesetz“ wird durch die Wörter „des Grundgesetzes“ ersetzt.

8. Der bisherige § 5 wird § 4.

9. Nach § 4 wird folgender Abschnitt III eingefügt:

**„Abschnitt III
Gemeinsame Einrichtung zur Unterstützung des
IT-Planungsrats**

§ 5

Errichtung und Aufgaben

(1) Die Vertragspartner errichten mit Wirkung zum 1. Januar 2020 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (gemeinsame Anstalt). Sie trägt die Bezeichnung „FITKO“ (Föderale IT-Kooperation) und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Die gemeinsame Anstalt hat die Aufgabe, den IT-Planungsrat organisatorisch, fachlich und bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 1 Absatz 1 zu unterstützen. Das Nähere regelt der IT-Planungsrat durch einstimmigen Beschluss und trifft dabei insbesondere Regelungen zu den Aufgaben, Befugnissen, der Wirtschaftsführung und Leitung der gemeinsamen Anstalt und ihrer Organe (Gründungsbeschluss).

(2) Der Gründungsbeschluss soll vorsehen, dass die gemeinsame Anstalt die Aufgaben bestehender Strukturen für Projekte und Produkte des IT-Planungsrats übernimmt. Er kann eine Rechtsnachfolge vorsehen und die hierzu bestehenden Verwaltungsabkommen außer Kraft setzen.

(3) Änderungen des Gründungsbeschlusses bedürfen der Zustimmung aller Mitglieder des IT-Planungsrats.

(4) Zur Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben soll sich die gemeinsame Anstalt Dritter bedienen.

§ 6

Trägerschaft, Dienstherrnfähigkeit,
anwendbares Recht

(1) Träger der gemeinsamen Anstalt sind die Vertragspartner zu gleichen Teilen. Die Anteile an der gemeinsamen Anstalt sind nicht übertragbar.

(2) Die gemeinsame Anstalt besitzt Dienstherrnfähigkeit.

(3) Für die Errichtung und den Betrieb der gemeinsamen Anstalt gilt das hessische Landesrecht, soweit in diesem Staatsvertrag, im Gründungsbeschluss oder in der Satzung der gemeinsamen Anstalt nichts Anderes bestimmt ist. Für die Beamten der gemeinsamen Anstalt findet daneben das Beamtenstatusgesetz Anwendung. Für die Beschäftigten und Auszubildenden der gemeinsamen Anstalt gilt der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) beziehungsweise der Tarifvertrag für Auszubildende des Landes Hessen in Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (TVa-H BBiG) einschließlich der diese Tarifverträge ergänzenden, ändernden und ersetzenden Tarifverträge in der jeweils geltenden Fassung. Beschäftigte nach Satz 3 können in einem außertariflichen Beschäftigungsverhältnis beschäftigt werden, soweit dies für die Durchführung der Aufgaben erforderlich ist und der Stellenplan eine entsprechende Ermächtigung enthält.

(4) Die gemeinsame Anstalt kann mit Zustimmung des Sitzlandes Aufgaben der Personalverwaltung und Personalwirtschaft einschließlich der Verarbeitung der hierfür erforderlichen Personalaktendaten auf Dienststellen des Sitzlandes übertragen. Diesen Stellen dürfen personenbezogene Daten der Beschäftigten übermittelt werden, soweit deren Kenntnis zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben erforderlich ist.

(5) Der Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag über die Verteilung der Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln ist anzuwenden.

§ 7

Organe

(1) Die gemeinsame Anstalt wird von einem Präsidenten geleitet und vertreten. Er wird hierbei vom Verwaltungsrat beaufsichtigt.

(2) Der IT-Planungsrat nimmt die Funktion des Verwaltungsrats wahr. Entscheidungen des IT-Planungsrats, die er als Verwaltungsrat über Angelegenheiten der gemeinsamen Anstalt trifft, erfolgen nach Maßgabe des § 1 Absatz 7 Satz 1, soweit dieser Vertrag oder der Gründungsbeschluss keine abweichende Regelung enthält. Handelt es sich bei diesen Entscheidungen um die Satzung der gemeinsamen Anstalt und ihre Änderungen, so sind diese im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

(3) Der Präsident wird vom IT-Planungsrat für die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Erneute Bestellungen sind zulässig. Der Präsident beruft einen Vertreter für den Fall seiner Abwesenheit.

§ 8

Aufsicht

Die gemeinsame Anstalt unterliegt der Rechtsaufsicht der Vertragspartner. Die Rechtsaufsicht wird vom Sitzland ausgeübt. Das Sitzland stellt vor der Ausübung von aufsichtlichen Maßnahmen mit den Vertragspartnern Einvernehmen her, sofern nicht ein Eilfall entgegensteht. Jeder Vertragspartner kann beim Sitzland aufsichtliche Maßnahmen beantragen. Zuständige Stellen für Angelegenheiten der Rechtsaufsicht durch die Vertragspartner sind die Ministerien oder die Behörden, denen die jeweiligen Vertreter für Informationstechnik als Mitglieder des IT-Planungsrats (§ 1 Absatz 2) angehören.

§ 9

Finanzierung

(1) Die gemeinsame Anstalt erhält zur Erfüllung ihrer Aufgaben von den Vertragspartnern Finanzmittel nach Maßgabe des Wirtschaftsplans und der jeweiligen Haushalte des Bundes und der Länder.

(2) Für die Jahre 2020 bis 2022 verpflichten sich die Vertragspartner darüber hinaus, ein Digitalisierungsbudget im Umfang von bis zu 180 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Mit dem Digitalisierungsbudget sollen Projekte und Produkte für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, die auf allen föderalen Ebenen zum Einsatz kommen, unterstützt werden. Das Digitalisierungsbudget sowie die daraus zu finanzierenden Projekte und Produkte werden im Wirtschaftsplan gesondert ausgewiesen.

(3) Der Wirtschaftsplan und seine Änderungen werden durch den IT-Planungsrat gemäß § 1 Absatz 7 beschlossen. Der Wirtschaftsplan sowie eventuelle Änderungen bedürfen der Zustimmung der Finanzministerkonferenz und des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen. Sie sind der Konferenz des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien nach § 1 Absatz 1 Satz 2 vorzulegen.

(4) Die Finanzierung der gemeinsamen Anstalt und ihrer Aufgaben erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel, erweitert um einen festen Finanzierungsanteil des Bundes in Höhe von 25 Prozent, soweit im Wirtschaftsplan für einzelne Projekte oder Produkte keine abweichende Regelung getroffen wird. Das Sitzland trägt vorweg eine Sitzlandquote. Diese be-

trägt 10 Prozent der Personal- und Verwaltungskosten der FITKO, ohne die auf das Digitalisierungsbudget entfallenden Beträge. Für die über das Digitalisierungsbudget nach Absatz 2 zu finanzierenden Projekte und Produkte wird der Königsteiner Schlüssel mit einem festen Finanzierungsanteil des Bundes in Höhe von 35 Prozent zugrunde gelegt.

(5) Die Ausführung des Wirtschaftsplans steht unter dem Vorbehalt der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung der Vertragspartner.

(6) Die Rechnungshöfe der Vertragspartner prüfen die Haushalts- und Wirtschaftsführung der gemeinsamen Anstalt.

(7) Die Zuweisung der Finanzmittel aus dem Wirtschaftsplan für das erste Halbjahr 2020 erfolgt zum 2. Januar 2020. Zur Sicherstellung der unterbrechungsfreien Auszahlung der Besoldung der Beamten, die zum 1. Januar 2020 von einem Dienstverhältnis bei einem der Vertragspartner in die gemeinsame Anstalt wechseln, wird der abgebende Vertragspartner die Besoldung für den Januar 2020 auszahlen. Er erlangt einen Rückzahlungsanspruch in voller Höhe der geleisteten Zahlungen gegenüber der gemeinsamen Anstalt.

§ 10

Unzulässigkeit eines Insolvenzverfahrens

Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der gemeinsamen Anstalt ist unzulässig.“

10. Der bisherige Abschnitt III wird Abschnitt IV.

11. Der bisherige § 6 wird § 11 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „an die Geschäftsstelle“ durch die Wörter „an die gemeinsame Anstalt“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Mit Wirksamkeit der Kündigung endet die Trägerschaft an der gemeinsamen Anstalt.“

bb) In dem neuen Satz 3 wird die Angabe „§ 7 Absatz 2“ durch die Angabe „§ 12 Absatz 2“ ersetzt.

c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Die gemeinsame Anstalt besteht unter der Trägerschaft der übrigen Vertragspartner weiter. Zwischen den verbleibenden Vertragspartnern und dem kündigenden Vertragspartner wird eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Auseinandersetzung, insbesondere über die Verteilung des Aktivvermögens sowie die Übernahme der bestehenden Verbindlichkeiten und Versorgungslasten, geschlossen. In der Auseinandersetzungsvereinbarung sind auch die Konsequenzen für das Personal der gemeinsamen Anstalt zu regeln. Eine Kündigung nach Absatz 2 wird erst wirksam, wenn die Auseinandersetzungsvereinbarung vorliegt.“

12. Der bisherige § 7 wird § 12 und wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die gemeinsame Anstalt gilt mit dem Wirksamwerden der Kündigung des zuletzt kündigenden Vertragspartners als aufgelöst.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Im Falle des Absatzes 2 gilt § 11 Absatz 4 Satz 2 entsprechend. Die Vertragspartner regeln die Übernahme von Beamten und Versorgungsempfänger der gemeinsamen Anstalt durch einen oder mehrere Vertragspartner im Rahmen der Auseinandersetzungsvereinbarung einvernehmlich, § 6 Absatz 5 ist entsprechend anzuwenden. Es gelten die Regelungen des dritten Abschnitts des Beamtenstatusgesetzes und des Hessischen Beamtengesetzes über den vollständigen Übergang der Aufgaben einer Körperschaft auf mehrere andere entsprechend. Die Vertragspartner sollen den Tarifbeschäftigten (einschließlich der Auszubildenden) der gemeinsamen Anstalt ein Übernahmeangebot zu einem oder mehreren der Vertragspartner stellen. Kündigungen der Vertragspartner, die zur Auflösung der gemeinsamen Anstalt nach Absatz 2 führen, werden erst wirksam, wenn die Auseinandersetzungsvereinbarung vorliegt.“

c) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „Beteiligten“ durch das Wort „Vertragspartner“ ersetzt und wird jeweils nach dem Wort „Vertrages“ sowie dem Wort „widersprechen“ ein Komma eingefügt.

d) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Die nach § 2 des IT-Staatsvertrags in der Fassung vom 1. April 2010 beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eingerichtete Geschäftsstelle wird bis zum 30. Juni 2020 fortgeführt. Danach gehen die Aufgaben der Geschäftsstelle auf die gemeinsame Anstalt über. Die gemeinsame Anstalt tritt insoweit in die Rechtsnachfolge ein.“

Artikel 2 Bekanntmachungserlaubnis

Der Bund und die Länder können den Wortlaut des IT-Staatsvertrags in der am Tag des Inkrafttretens nach Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt und in den jeweiligen Landesgesetzblättern bekannt machen.

Artikel 3 Inkrafttreten

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte Ratifikationsurkunde bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt wurde. Sind bis zum 30. September 2019 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird dieser Staatsvertrag gegenstandslos.

(2) Die Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt Bund und Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Berlin, 19. März 2019

gez. **H o r s t S e e h o f e r**

Für das Land Baden-Württemberg

Berlin, 15. März 2019

gez. **W i n f r i e d K r e t s c h m a n n**

Für den Freistaat Bayern

Berlin, 15. März 2019

gez. **M a r k u s S ö d e r**

Für das Land Berlin

Berlin, 15. März 2019

gez. **M i c h a e l M ü l l e r**

Für das Land Brandenburg

Berlin, 15. März 2019

gez. **D i e t m a r W o i d t k e**

Für die Freie Hansestadt Bremen

Berlin, 15. März 2019

gez. **C a r s t e n S i e l i n g**

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

Berlin, 15. März 2019

gez. **P e t e r T s c h e n t s c h e r**

Für das Land Hessen

Berlin, 15. März 2019

gez. **V o l k e r B o u f f i e r**

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern

Berlin, 21. März 2019

gez. **M a n u e l a S c h w e s i g**

Für das Land Niedersachsen

Berlin, 21. März 2019

gez. **S t e p h a n W e i l**

Für das Land Nordrhein-Westfalen

Berlin, 21. März 2019

gez. **A r m i n L a s c h e t**

Für das Land Rheinland-Pfalz

Berlin, 15. März 2019

gez. **M a l u D r e y e r**

Für das Saarland

Berlin, 15. März 2019

gez. **T o b i a s H a n s**

Für den Freistaat Sachsen

Berlin, 15. März 2019

gez. **M i c h a e l K r e t s c h m e r**

Für das Land Sachsen-Anhalt

Berlin, 15. März 2019

gez. **R e i n e r H a s e l o f f**

Für das Land Schleswig-Holstein

Berlin, 21. März 2019

gez. **D a n i e l G ü n t h e r**

Für den Freistaat Thüringen

Berlin, 21. März 2019

gez. **B o d o R a m e l o w**

**Landesverordnung
zur Änderung der Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung*)**

Vom 1. August 2019

Aufgrund § 26 Absatz 1 des Straßenverkehrsgesetzes in Verbindung mit § 2 der Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung vom 22. Januar 1988 (GVObI. Schl.-H. S. 32), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Juni 2019 (GVObI. Schl.-H. S. 171), verordnet das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Artikel 1

Die Gliederungsnummer 2.9 im Zuständigkeitsverzeichnis der Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung in der Fassung vom 14. September 2004 (GVObI. Schl.-H. S. 358), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Juni 2019 (GVObI. Schl.-H. S. 171), wird wie folgt geändert:

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 1. August 2019

Dr. Bernd Buchholz
Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

1. Nach dem Wort „Fehmarn,“ wird das Wort „Flintbek,“ eingefügt.
2. Nach dem Wort „Hohe Elbgeest,“ wird das Wort „Hüttener Berge,“ eingefügt.

Artikel 2

Für die Verfolgung und Ahndung von vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begangenen Ordnungswidrigkeiten bestimmt sich die Zuständigkeit nach den bisherigen Vorschriften.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2019 in Kraft.

*) Ändert Zuständigkeitsverz. i.d.F. vom 14. September 2004, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 454-1-5

**Landesverordnung
zur Änderung der Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung*)**

Vom 3. September 2019

Aufgrund des § 17 Absatz 1 des Finanzverwaltungsgesetzes (FVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2006 (BGBl. I S. 846, ber. S. 1202), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2522), in Verbindung mit § 8 des Landesverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1992 (GVObI. Schl.-H. S. 243, ber. S. 534), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Februar 2019 (GVObI. Schl.-H. S. 42), und des § 17 Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 und 2 FVG in Verbindung mit § 4 Nummer 1 der Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung vom 6. Juni 2016 (GVObI. Schl.-H. S. 402), geändert durch Verordnung vom 1. November 2016 (GVObI. Schl.-H. S. 848), verordnet das Finanzministerium:

Artikel 1

Die Anlage 1 zu § 1 der Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung wird wie folgt geändert:

1. In der laufenden Nummer 3 werden in der Spalte 5a hinter dem Wort „Körperschaftsteuer²⁾“ das Wort „- Lohnsteuer³⁾“ und dazu in der Spalte 5b das Wort „Flensburg“ eingefügt.
2. In der laufenden Nummer 4 erhält Spalte 3 folgende Fassung:

„Teil des Kreises Pinneberg mit den Städten Barmstedt, Elmshorn, Quickborn, Tornesch und Uetersen sowie den Ämtern Elmshorn-Land, Geest und Marsch Südholstein (ohne die Gemeinde Appen), Hörnerkirchen und Rantzau“.

3. In der laufenden Nummer 5 werden in der Spalte 4a hinter dem Wort „Körperschaftsteuer²⁾“ das Wort „- Lohnsteuer³⁾“ und dazu in der Spalte 4b die Wörter „Eckernförde-Schleswig, Nordfriesland“ eingefügt.
4. In der laufenden Nummer 10 werden in der Spalte 5a hinter dem Wort „Körperschaftsteuer²⁾“ das Wort „- Lohnsteuer³⁾“ und dazu in der Spalte 5b das Wort „Flensburg“ eingefügt.
5. Die Fußnote²⁾ wird wie folgt geändert:
 - a) Im letzten Satz werden die Worte „, jedoch ohne Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer)“ gestrichen.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:
„Die Zuständigkeit nach dieser Fußnote umfasst nicht den Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer).“
6. Nach der Fußnote²⁾ wird folgende Fußnote³⁾ angefügt:

*) Ändert LVO vom 6. Juni 2016, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 200-0-40

„³⁾ Lohnsteuer

Die Zuständigkeit erstreckt sich auf den Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) und umfasst die Aufgaben des Betriebsstättenfinanzamts, die sich aus §§ 38 bis 42g EStG ergeben. Von dieser Zuständigkeitsübertragung bezüglich der Lohnsteuer sind die Wahrnehmung aller Aufgaben des Fünften und Sechsten Teils der Abgabenordnung (Erhebungsverfahren und Vollstreckung einschließlich damit zusammenhängender Folgearbeiten) sowie die Geltendmachung und Durchsetzung von etwaigen Haftungsansprüchen (außerhalb des § 42d EStG) und Anfechtungsansprüchen ausgenommen. Diese Aus-

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 3. September 2019

Monika Heindold
Finanzministerin

**Landesverordnung
über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen¹
Vom 4. September 2019**

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 870-2-1

Aufgrund des § 12f Nummern 4, 5, 6 und 7 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes in der Fassung vom 18. November 2008 (GVObI. Schl.-H. S. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. April 2019 (GVObI. Schl.-H. S. 76), verordnet die Landesregierung:

§ 1

Abwägungsverfahren

Von der barrierefreien Gestaltung dürfen öffentliche Stellen nach § 12a des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes nur dann absehen, soweit sie durch eine barrierefreie Gestaltung im Einzelfall unverhältnismäßig belastet würden. Als eine unverhältnismäßige Belastung in diesem Sinne sind Maßnahmen zu verstehen, die

1. einer öffentlichen Stelle eine übermäßige organisatorische oder finanzielle Last in Hinblick auf Größe, Ressource und Art der öffentlichen Stelle auferlegen,
2. die Fähigkeit einer öffentlichen Stelle ihren Zweck zu erfüllen gefährden würden oder
3. die Möglichkeit zur Veröffentlichung von Informationen, die für ihre Aufgaben und Dienstleistungen erforderlich oder relevant sind, gefährden würden.

¹ Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) Nummer 2102/2016 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen vom 26. Oktober 2016 (ABl. L 327)

nahme gilt jedoch nicht für solche Lohnsteuer-Arbeitgeberfälle, bei denen es sich

- a) um Körperschaften handelt, deren Zuständigkeit nach Maßgabe der Fußnote ²⁾ entsprechend übertragen worden ist,
- b) um Fälle handelt, die bei dem die Zuständigkeit abgebenden Finanzamt anderenfalls ausschließlich als lohnsteuerlicher Arbeitgeberfall (nur Grundkennbuchstabe A) zu führen wären, weil bei diesem Finanzamt für diese lohnsteuerliche Betriebsstätte keine weiteren Besteuerungsaufgaben wahrzunehmen sind.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 2019 in Kraft.

Dabei ist dem voraussichtlich entstehenden Nutzen oder Nachteil für die Bürger, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, Rechnung zu tragen, indem die geschätzten Kosten und sonstigen Auswirkungen für die betreffende öffentliche Stelle im Verhältnis zu den geschätzten Vorteilen für Menschen mit Behinderungen abgewogen werden, wobei die Nutzungshäufigkeit und die Nutzungsdauer der digitalen Auftritte und Angebote zu berücksichtigen sind.

§ 2

Anforderungen und Verfahren zum
Feedbackmechanismus

(1) Die öffentlichen Stellen nach § 12a des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes treffen Maßnahmen, damit in leicht zugänglicher Weise zu den in § 12c Absatz 2 Nummer 2 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes genannten Zwecken Kontakt mit ihnen aufgenommen werden kann. Ergänzend zum verbindlichen Angebot einer elektronischen Möglichkeit der Kontaktaufnahme nach § 12c Absatz 2 Nummer 2 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes sollen die öffentlichen Stellen auch die telefonische, schriftliche und persönliche Kontaktaufnahme anbieten, es sei denn, die Ermöglichung der persönlichen Kontaktaufnahme stellt für die öffentliche Stelle einen unverhältnismäßigen Aufwand dar.

(2) Die öffentlichen Stellen im Land antworten auf Mitteilungen, Anfragen und Anforderungen im Sinne des § 12c Absatz 2 Nummer 2 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes in klarer und

einfacher Sprache, soweit dadurch die Richtigkeit und Vollständigkeit der Antwort nicht beeinträchtigt wird. Die Übermittlung der Informationen erfolgt schriftlich oder, wenn dies durch die anfragende Person gewünscht wird, in elektronischer oder mündlicher Form.

(3) Auf Mitteilungen, Anfragen oder Anforderungen gemäß § 12c Absatz 3 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes antwortet die öffentliche Stelle sobald wie möglich, spätestens jedoch mit Ablauf eines Monats nach Eingang.

(4) Wird die öffentliche Stelle auf die Meldung bestehender Barrieren gemäß § 12c Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes hin nicht tätig, so unterrichtet sie die mitteilende Person innerhalb der Frist nach Absatz 3 über die Gründe hierfür und über die Möglichkeit, bei der Beschwerdestelle für barrierefreie Informationstechnik nach § 12e des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes Beschwerde einzulegen.

§ 3

Überwachungs- und Berichtsverfahren

(1) Die für die Angelegenheiten der ressortübergreifenden Informationstechnik zuständige oberste Landesbehörde führt nach Maßgabe der nach Artikel 8 Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie (EU) 2016/2102² erlassenen Durchführungsrechtsakte das Überwachungsverfahren nach § 12d Absatz 1 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes durch. Sie konsultiert bei der Auswahl der zu überwachenden Websites und mobilen Anwendungen die Verbände und Organisationen von Menschen mit Behinderungen und berücksichtigt Hinweise zu einzelnen Websites und mobilen Anwendungen. Sie berät die öffentlichen Stellen im Land im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Überwachung und der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen.

(2) Die für die Angelegenheiten der ressortübergreifenden IT zuständige oberste Landesbehörde führt auch die Berichterstattung nach § 12d Absatz 2 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes durch.

(3) Die öffentlichen Stellen nach § 12a des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes unterstützen die für die Angelegenheiten der ressortübergreifenden IT zuständige oberste Landesbehörde bei der Erstellung des Berichts nach Absatz 2 und

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 4. September 2019

D a n i e l G ü n t h e r
Ministerpräsident

teilen mit, in welcher Form und in welchem Umfang der Abbau von Barrieren ihrer Informationstechnik bereits erfolgt ist und in welcher Form und in welchem Zeitrahmen der eventuell noch ausstehende Abbau von Barrieren ihrer Informationstechnik umgesetzt werden soll.

§ 4

Beschwerdeverfahren

(1) Die Einreichung einer Beschwerde an die nach § 12e des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes zuständige Stelle kann schriftlich oder elektronisch, aber auch telefonisch oder im Rahmen eines persönlichen Erscheinens in den Räumlichkeiten der Beschwerdestelle erfolgen.

(2) Die Beschwerdestelle antwortet auf die Beschwerde grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang in der zuständigen Stelle nach Absatz 1. Ist die Bearbeitung der Beschwerde umfangreich oder komplex, so kann die Beschwerdestelle die Bearbeitungszeit verlängern. Macht die Beschwerdestelle von der Möglichkeit der Fristverlängerung gemäß Satz 2 Gebrauch, teilt sie dies der Beschwerdeführerin oder dem Beschwerdeführer sobald wie möglich unter Angabe der entsprechenden Gründe und der voraussichtlichen Dauer des Verfahrens mit.

(3) Die öffentlichen Stellen nach § 12a des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes sind verpflichtet, die Beschwerdestelle bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(4) Die Beschwerdestelle kann die gemäß § 3 Absatz 1 für die Angelegenheiten der ressortübergreifenden IT zuständige oberste Landesbehörde über die Beratungspflichten hinaus beteiligen. Sie kann im Einzelfall die Überprüfung einer Website oder mobilen Anwendung einer öffentlichen Stelle verlangen.

(5) Die für die Angelegenheiten der ressortübergreifenden Informationstechnik zuständige oberste Landesbehörde unterstützt, bei Bedarf in Zusammenarbeit mit der für die Angelegenheiten der Informationstechnik zuständigen Organisationseinheiten der betroffenen öffentlichen Stelle, die Beschwerdestelle.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

D r . H e i n e r G a r g
Minister
für Soziales, Gesundheit, Jugend,
Familie und Senioren

² Richtlinie (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen vom 26. Oktober 2016 (ABl. L 327)

**Landesverordnung
zur Festlegung der Zentralen Orte und Stadtrandkerne einschließlich ihrer
Nah- und Mittelbereiche sowie ihre Zuordnung zu den verschiedenen Stufen
(Verordnung zum Zentralörtlichen System)**

Vom 5. September 2019

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 230-2-4

Aufgrund des § 24 Absatz 3 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung vom 27. Januar 2014 (GVBl. Schl.-H. S. 8), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Mai 2019 (GVBl. Schl.-H. S. 98), verordnet die Landesregierung:

§ 1

Ländliche Zentralorte

Ländliche Zentralorte sind:

Ahrensböök, Berkenthin, Böklund, Erfde, Felde, Garding, Gelting, Grömitz, Grube, Hanerau-Hademarschen, Hennstedt, Hohenlockstedt, Hohn, Horst (Holstein), Krempe, Leezen, Lunden, Nahe/Itzstedt, Neukirchen/Klanxbüll, Owschlag, Sandesneben, Sankt Michaelisdonn, Sankt Peter-Ording, Schafflund, Schenefeld, Schönwalde am Bungsberg, Selent, Silberstedt, Sörup, Steinbergkirche, Steinburg, Süderlügum, Tellingstedt, Viöl, Wacken, Wankendorf und Wesselburen.

§ 2

Unterzentren

Unterzentren sind:

Albersdorf, Bad Bramstedt, Bargteheide, Barmstedt, Bordesholm, Bornhöved/Trappenkamp, Bredstedt, Büchen, Burg (Dithmarschen), Büsum, Fehmarn, Friedrichstadt, Gettorf, Glückstadt, Heiligenhafen, Hohenwestedt, Kellinghusen, Kropp, Lauenburg/Elbe, Leck, Lensahn, Lütjenburg, Marne, Mittelangeln, Nortorf, Preetz, Reinfeld (Holstein), Schönberg (Holstein), Schwarzenbek, Süderbrarup, Tarp, Timmendorfer Strand/Scharbeutz, Trittau, Uetersen, Wilster und Wyk auf Föhr/Nebel.

§ 3

Unterzentren mit Teilfunktionen von Mittelzentren

Unterzentren mit Teilfunktionen von Mittelzentren sind:

Kappeln, Meldorf, Neustadt in Holstein, Niebüll, Oldenburg in Holstein, Plön, Ratzeburg, Sylt und Tönning.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 5. September 2019

D a n i e l G ü n t h e r
Ministerpräsident

§ 4

Mittelzentren

Mittelzentren sind:

Bad Oldesloe, Bad Segeberg/Wahlstedt, Brunsbüttel, Eckernförde, Elmshorn, Eutin, Heide, Husum, Itzehoe, Kaltenkirchen, Mölln, Rendsburg und Schleswig sowie Ahrensburg, Geesthacht, Norderstedt, Pinneberg, Reinbek/Glinde/Wentorf bei Hamburg und Wedel als Mittelzentren im Verdichtungsraum.

§ 5

Oberzentren

Oberzentren sind:

Flensburg, Kiel und Lübeck sowie Neumünster (Teilfunktionen eines Oberzentrums).

§ 6

Stadtrandkerne

(1) Stadtrandkerne I. Ordnung sind:

Bad Schwartau, Heikendorf, Henstedt-Ulzburg, Kiel-Friedrichsort, Kiel-Mettenhof, Lübeck-Moisling, Lübeck-Travemünde, Norderstedt-Garstedt und Quickborn.

(2) Stadtrandkerne II. Ordnung sind:

Altenholz, Barsbüttel, Büdelsdorf, Flintbek, Glücksburg (Ostsee), Großhansdorf, Halstenbek, Harrislee, Kiel-Elmschenhagen, Kiel-Suchsdorf, Kronshagen, Lübeck-Kücknitz, Malente, Ratekau, Schenefeld, Schwentimental, Stockelsdorf, Tornesch.

§ 7

Festlegung der Nah- und Mittelbereiche

Die Zuordnung von Gemeinden zu Nah- und Mittelbereichen erfolgt über die als Anlage beigefügte Tabelle. Die Tabelle ist Bestandteil dieser Verordnung.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 30. September 2019 in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 29. September 2024 außer Kraft.

H a n s – J o a c h i m G r o t e
Minister
für Inneres, ländliche Räume und Integration

Anl.

Anlage
zu § 7 der Verordnung zum Zentralörtlichen System

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|----------------------------------|---------------------|----------------------|
| 1001000 | FLENSBURG, Stadt | Flensburg | Flensburg |
| 1002000 | KIEL, Landeshauptstadt | Kiel | Kiel |
| 1003000 | LÜBECK, Hansestadt | Lübeck | Lübeck |
| 1004000 | NEUMÜNSTER, Stadt | Neumünster | Neumünster |
| Kreis Dithmarschen | | | |
| 01051001 | Albersdorf | Albersdorf | Heide |
| 01051002 | Arkebek | Albersdorf | Heide |
| 01051003 | Averlak | Brunsbüttel | Brunsbüttel |
| 01051004 | Bargenstedt | Meldorf | Meldorf |
| 01051005 | Barkenholm | Hennstedt | Heide |
| 01051006 | Barlt | Sankt Michaelisdonn | Meldorf |
| 01051008 | Bergewöhrden | Hennstedt | Heide |
| 01051010 | Brickeln | Burg (Dithmarschen) | Brunsbüttel |
| 01051011 | Brunsbüttel, Stadt | Brunsbüttel | Brunsbüttel |
| 01051012 | Buchholz | Burg (Dithmarschen) | Brunsbüttel |
| 01051013 | Büsum | Büsum | Heide |
| 01051014 | Büsumer Deichhausen | Büsum | Heide |
| 01051015 | Bunsoh | Albersdorf | Heide |
| 01051016 | Burg (Dithmarschen) | Burg (Dithmarschen) | Brunsbüttel |
| 01051017 | Busenwuth | Meldorf | Meldorf |
| 01051019 | Dellstedt | Tellingstedt | Heide |
| 01051020 | Delve | Hennstedt | Heide |
| 01051021 | Diekhusen-Fahrstedt | Marne | Brunsbüttel |
| 01051022 | Dingen | Sankt Michaelisdonn | Brunsbüttel |
| 01051023 | Dörpling | Tellingstedt | Heide |
| 01051024 | Eddelak | Sankt Michaelisdonn | Brunsbüttel |
| 01051026 | Eggstedt | Burg (Dithmarschen) | Meldorf |
| 01051027 | Elpersbüttel | Meldorf | Meldorf |
| 01051028 | Epenwöhrden | Meldorf | Meldorf |
| 01051030 | Fedderingen | Hennstedt | Heide |
| 01051032 | Frestedt | Burg (Dithmarschen) | Meldorf |
| 01051033 | Friedrichsgabekoog | Büsum | Heide |
| 01051034 | Friedrichskoog | Marne | Brunsbüttel |
| 01051035 | Gaushorn | Tellingstedt | Heide |
| 01051036 | Glüsing | Hennstedt | Heide |
| 01051037 | Großenrade | Burg (Dithmarschen) | Meldorf |
| 01051038 | Groven | Lunden | Tönning |
| 01051039 | Gudendorf | Sankt Michaelisdonn | Meldorf |
| 01051043 | Hedwigenkoog | Büsum | Heide |
| 01051044 | Heide, Stadt | Heide | Heide |
| 01051045 | Hellschen-Heringsand-Unterschaar | Wesselburen | Heide |
| 01051046 | Helse | Marne | Brunsbüttel |
| 01051047 | Hemme | Lunden | Heide |
| 01051048 | Hemmingstedt | Heide | Heide |
| 01051049 | Hennstedt | Hennstedt | Heide |
| 01051050 | Hillgroven | Wesselburen | Heide |
| 01051051 | Hochdonn | Burg (Dithmarschen) | Meldorf |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|---------------------|---------------------|----------------------|
| 01051052 | Hövede | Tellingstedt | Heide |
| 01051053 | Hollingstedt | Hennstedt | Heide |
| 01051054 | Immenstedt | Albersdorf | Heide |
| 01051057 | Kaiser-Wilhelm-Koog | Marne | Brunsbüttel |
| 01051058 | Karolinenkoog | Lunden | Tönning |
| 01051060 | Kleve | Hennstedt | Heide |
| 01051061 | Krempel | Lunden | Heide |
| 01051062 | Kronprinzenkoog | Marne | Brunsbüttel |
| 01051063 | Krumstedt | Meldorf | Meldorf |
| 01051064 | Kuden | Burg (Dithmarschen) | Brunsbüttel |
| 01051065 | Lehe | Lunden | Tönning |
| 01051067 | Lieth | Heide | Heide |
| 01051068 | Linden | Hennstedt | Heide |
| 01051069 | Lohe-Rickelshof | Heide | Heide |
| 01051071 | Lunden | Lunden | Tönning |
| 01051072 | Marne, Stadt | Marne | Brunsbüttel |
| 01051073 | Marnerdeich | Marne | Brunsbüttel |
| 01051074 | Meldorf, Stadt | Meldorf | Meldorf |
| 01051075 | Neuenkirchen | Wesselburen | Heide |
| 01051076 | Neufeld | Marne | Brunsbüttel |
| 01051077 | Neufelderkoog | Marne | Brunsbüttel |
| 01051078 | Nindorf | Meldorf | Meldorf |
| 01051079 | Norddeich | Wesselburen | Heide |
| 01051080 | Norderheistedt | Hennstedt | Heide |
| 01051081 | Norderwörden | Heide | Heide |
| 01051082 | Nordhastedt | Heide | Heide |
| 01051083 | Odderade | Meldorf | Meldorf |
| 01051084 | Oesterdeichstrich | Büsum | Heide |
| 01051085 | Offenbüttel | Albersdorf | Heide |
| 01051086 | Osterrade | Albersdorf | Heide |
| 01051087 | Ostrohe | Heide | Heide |
| 01051088 | Pahlen | Tellingstedt | Heide |
| 01051089 | Quickborn | Burg (Dithmarschen) | Brunsbüttel |
| 01051090 | Ramhusen | Marne | Brunsbüttel |
| 01051092 | Rehm-Flehde-Bargen | Lunden | Heide |
| 01051093 | Reinsbüttel | Wesselburen | Heide |
| 01051096 | Sankt Annen | Lunden | Heide |
| 01051097 | Sankt Michaelisdonn | Sankt Michaelisdonn | Brunsbüttel |
| 01051098 | Sarzbüttel | Meldorf | Meldorf |
| 01051099 | Schafstedt | Albersdorf | Meldorf |
| 01051100 | Schalkholz | Tellingstedt | Heide |
| 01051102 | Schlichting | Hennstedt | Heide |
| 01051103 | Schmedeswurth | Marne | Brunsbüttel |
| 01051104 | Schrum | Albersdorf | Heide |
| 01051105 | Schülpe | Wesselburen | Heide |
| 01051107 | Stelle-Wittenwurth | Heide | Heide |
| 01051108 | Strübbel | Wesselburen | Heide |
| 01051109 | Süderdeich | Wesselburen | Heide |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|--------------------------------------|---------------------------|---|---|
| 01051110 | Süderhastedt | Burg (Dithmarschen) | Meldorf |
| 01051113 | Wöhrden | Heide | Heide |
| 01051114 | Tellingstedt | Tellingstedt | Heide |
| 01051117 | Tielenhemme | Tellingstedt | Heide |
| 01051118 | Trennewurth | Marne | Brunsbüttel |
| 01051119 | Volsemenhusen | Marne | Brunsbüttel |
| 01051120 | Wallen | Tellingstedt | Heide |
| 01051121 | Warwerort | Büsum | Heide |
| 01051122 | Weddingstedt | Heide | Heide |
| 01051125 | Welmbüttel | Tellingstedt | Heide |
| 01051126 | Wennbüttel | Albersdorf | Heide |
| 01051127 | Wesselburen, Stadt | Wesselburen | Heide |
| 01051128 | Wesselburener Deichhausen | Wesselburen | Heide |
| 01051129 | Wesselburenerkoog | Wesselburen | Heide |
| 01051130 | Wesseln | Heide | Heide |
| 01051131 | Westerborstel | Tellingstedt | Heide |
| 01051132 | Westerdeichstrich | Büsum | Heide |
| 01051133 | Wiemerstedt | Hennstedt | Heide |
| 01051134 | Windbergen | Meldorf | Meldorf |
| 01051135 | Wolmersdorf | Meldorf | Meldorf |
| 01051136 | Wrohm | Tellingstedt | Heide |
| 01051137 | Nordermeldorf | Meldorf | Meldorf |
| 01051138 | Tensbüttel-Röst | Albersdorf | Meldorf |
| 01051139 | Süderdorf | Tellingstedt | Heide |
| 01051140 | Oesterwurth | Wesselburen | Heide |
| 01051141 | Süderheistedt | Hennstedt | Heide |
| Kreis Herzogtum Lauenburg | | | |
| 01053001 | Albsfelde | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053002 | Alt Mölln | Mölln | Mölln |
| 01053003 | Aumühle | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01053004 | Bäk | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053005 | Bälau | Mölln | Mölln |
| 01053006 | Basedow | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053007 | Basthorst | Schwarzenbek | Mölln |
| 01053008 | Behlendorf | Berkenthin | Ratzeburg |
| 01053009 | Berkenthin | Berkenthin | Ratzeburg |
| 01053010 | Besenthal | Mölln | Mölln |
| 01053011 | Bliestorf | Berkenthin | Lübeck |
| 01053012 | Börnsen | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01053013 | Borstorf | Mölln | Mölln |
| 01053014 | Breitenfelde | Mölln | Mölln |
| 01053015 | Bröthen | Büchen | Mölln |
| 01053016 | Brunsmark | Mölln | Mölln |
| 01053017 | Brunstorf | Schwarzenbek | Geesthacht |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|--------------------|-------------------|---|---------------|
| 01053018 | Buchholz | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053019 | Buchhorst | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053020 | Büchen | Büchen | Mölln |
| 01053021 | Dahmker | Trittau | Mölln |
| 01053022 | Dalldorf | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053023 | Dassendorf | Geesthacht | Geesthacht |
| 01053024 | Düchelsdorf | Berkenthin | Lübeck |
| 01053025 | Duvensee | Mölln | Mölln |
| 01053026 | Einhaus | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053027 | Elmenhorst | Schwarzenbek | Mölln |
| 01053028 | Escheburg | Geesthacht | Geesthacht |
| 01053029 | Fitzen | Büchen | Mölln |
| 01053030 | Fredeburg | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053031 | Fuhlenhagen | Schwarzenbek | Mölln |
| 01053032 | Geesthacht, Stadt | Geesthacht | Geesthacht |
| 01053033 | Giesensdorf | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053034 | Göldenitz | Berkenthin | Ratzeburg |
| 01053035 | Göttin | Mölln | Mölln |
| 01053036 | Grabau | Schwarzenbek | Geesthacht |
| 01053037 | Grambek | Mölln | Mölln |
| 01053038 | Grinau | Berkenthin | Lübeck |
| 01053039 | Groß Boden | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01053040 | Groß Disnack | Berkenthin | Ratzeburg |
| 01053041 | Groß Grönau | Lübeck | Lübeck |
| 01053042 | Groß Pampau | Schwarzenbek | Mölln |
| 01053043 | Groß Sarau | Lübeck | Lübeck |
| 01053044 | Groß Schenkenberg | Lübeck | Lübeck |
| 01053045 | Grove | Schwarzenbek | Geesthacht |
| 01053046 | Gudow | Mölln | Mölln |
| 01053047 | Gülzow | Ortsteile Gülzow, Neu Gülzow: Nahbereich Lauenburg/Elbe; alle übrigen Gemeindeteile: Nahbereich Geesthacht | Geesthacht |
| 01053048 | Güster | Büchen | Mölln |
| 01053049 | Hamfelde | Trittau | Mölln |
| 01053050 | Hamwarde | Geesthacht | Geesthacht |
| 01053051 | Harmsdorf | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053052 | Havekost | Schwarzenbek | Geesthacht |
| 01053053 | Hohenhorn | Geesthacht | Geesthacht |
| 01053054 | Hollenbek | Mölln | Mölln |
| 01053056 | Hornbek | Mölln | Mölln |
| 01053057 | Horst | Mölln | Mölln |
| 01053058 | Juliusburg | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053059 | Kankelau | Schwarzenbek | Mölln |
| 01053060 | Kasseburg | Trittau | Mölln |
| 01053061 | Kastorf | Berkenthin | Lübeck |
| 01053062 | Kittlitz | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053064 | Klein Pampau | Büchen | Mölln |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|------------------------------|---|---|
| 01053066 | Klein Zecher | Mölln | Mölln |
| 01053067 | Klempau | Berkenthin | Lübeck |
| 01053068 | Klinkrade | Sandesneben | Mölln |
| 01053069 | Koberg | Mölln | Mölln |
| 01053070 | Köthel | Trittau | Mölln |
| 01053071 | Kollow | Schwarzenbek | Geesthacht |
| 01053072 | Kröppelshagen-Fahrendorf | Geesthacht | Geesthacht |
| 01053073 | Krüzen | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053074 | Krukow | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053075 | Krummesse | Lübeck | Lübeck |
| 01053076 | Kuddewörde | Trittau | Mölln |
| 01053077 | Kühsen | Mölln | Mölln |
| 01053078 | Kulpin | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053079 | Labenz | Sandesneben | Mölln |
| 01053080 | Langenlehsten | Büchen | Mölln |
| 01053081 | Lankau | Mölln | Mölln |
| 01053082 | Lanze | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053083 | Lauenburg/Elbe, Stadt | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053084 | Lehmrade | Mölln | Mölln |
| 01053085 | Linau | Sandesneben | Mölln |
| 01053086 | Lüchow | Sandesneben | Mölln |
| 01053087 | Lütau | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053088 | Mechow | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053089 | Möhnsen | Schwarzenbek | Mölln |
| 01053090 | Mölln, Stadt | Mölln | Mölln |
| 01053091 | Mühlenrade | Trittau | Mölln |
| 01053092 | Müssen | Büchen | Geesthacht |
| 01053093 | Mustin | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053094 | Niendorf bei Berkenthin | Berkenthin | Ratzeburg |
| 01053095 | Niendorf/Stecknitz | Mölln | Mölln |
| 01053096 | Nusse | Mölln | Mölln |
| 01053097 | Panten | Mölln | Mölln |
| 01053098 | Pogeez | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053099 | Poggensee | Mölln | Mölln |
| 01053100 | Ratzeburg, Stadt | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053101 | Ritzerau | Mölln | Mölln |
| 01053102 | Römnitz | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053103 | Rondeshagen | Berkenthin | Lübeck |
| 01053104 | Roseburg | Büchen | Mölln |
| 1053105 | Sachsenwald, Fortsgutsbezirk | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01053106 | Sahms | Schwarzenbek | Mölln |
| 01053107 | Salem | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053108 | Sandesneben | Sandesneben | Mölln |
| 01053109 | Schiphorst | Sandesneben | Mölln |
| 01053110 | Schmilau | Ratzeburg | Ratzeburg |
| 01053111 | Schnakenbek | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053112 | Schönberg | Sandesneben | Mölln |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|----------------------------|----------------------|---|---|
| 01053113 | Schretstaken | Mölln | Mölln |
| 01053114 | Schürensöhlen | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01053115 | Schulendorf | Büchen | Geesthacht |
| 01053116 | Schwarzenbek, Stadt | Schwarzenbek | Geesthacht |
| 01053117 | Seedorf | Mölln | Mölln |
| 01053118 | Siebenbäumen | Berkenthin | Lübeck |
| 01053119 | Siebeneichen | Büchen | Mölln |
| 01053120 | Sierksrade | Berkenthin | Lübeck |
| 01053121 | Sirksfelde | Sandesneben | Mölln |
| 01053122 | Steinhorst | Sandesneben | Mölln |
| 01053123 | Sterley | Mölln | Mölln |
| 01053124 | Stubben | Steinburg | Bad Oldesloe |
| 01053125 | Talkau | Mölln | Mölln |
| 01053126 | Tramm | Mölln | Mölln |
| 01053127 | Walksfelde | Mölln | Mölln |
| 01053128 | Wangelau | Lauenburg/Elbe | Geesthacht |
| 01053129 | Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01053130 | Wentorf (Sand.-Nus.) | Sandesneben | Mölln |
| 01053131 | Wiershop | Geesthacht | Geesthacht |
| 01053132 | Witzeeze | Büchen | Geesthacht |
| 01053133 | Wohltorf | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01053134 | Woltersdorf | Mölln | Mölln |
| 01053135 | Worth | Geesthacht | Geesthacht |
| 01053136 | Ziethen | Ratzeburg | Ratzeburg |
| Kreis Nordfriesland | | | |
| 01054001 | Achtrup | Leck | Niebüll |
| 01054002 | Ahrenshöft | Bredstedt | Husum |
| 01054003 | Ahrenviöl | Viöl | Husum |
| 01054004 | Ahrenviölfeld | Viöl | Husum |
| 01054005 | Alkersum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054006 | Almdorf | Bredstedt | Husum |
| 01054007 | Arlewatt | Husum | Husum |
| 01054009 | Aventoft | Neukirchen / Klanxbüll | Niebüll |
| 01054010 | Bargum | Bredstedt | Husum |
| 01054011 | Behrendorf | Viöl | Husum |
| 01054012 | Bohmstedt | Bredstedt | Husum |
| 01054013 | Bondelum | Viöl | Husum |
| 01054014 | Bordelum | Bredstedt | Husum |
| 01054015 | Borgsum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054016 | Bosbüll | Süderlügum | Niebüll |
| 01054017 | Braderup | Süderlügum | Niebüll |
| 01054018 | Bramstedtlund | Leck | Niebüll |
| 01054019 | Bredstedt, Stadt | Bredstedt | Husum |
| 01054020 | Brekum | Bredstedt | Husum |
| 01054022 | Dagebüll | Niebüll | Niebüll |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|------------------------------|------------------------|----------------------|
| 01054023 | Drage | Friedrichstadt | Husum |
| 01054024 | Dreisdorf | Bredstedt | Husum |
| 01054025 | Dunsum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054026 | Elisabeth-Sophien-Koog | Husum | Husum |
| 01054027 | Ellhöft | Süderlügum | Niebüll |
| 01054032 | Fresendelf | Friedrichstadt | Husum |
| 01054033 | Friedrichstadt, Stadt | Friedrichstadt | Husum |
| 01054034 | Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog | Neukirchen / Klanxbüll | Niebüll |
| 01054035 | Garding, Kirchspiel | Garding | Tönning |
| 01054036 | Garding, Stadt | Garding | Tönning |
| 01054037 | Goldebek | Bredstedt | Husum |
| 01054038 | Goldelund | Bredstedt | Husum |
| 01054039 | Gröde | Bredstedt | Husum |
| 01054040 | Grothusenkoog | Garding | Tönning |
| 01054041 | Haselund | Viöl | Husum |
| 01054042 | Hattstedt | Husum | Husum |
| 01054043 | Hattstedtermarsch | Husum | Husum |
| 01054045 | Högel | Bredstedt | Husum |
| 01054046 | Hörnum (Sylt) | Sylt | Sylt |
| 01054048 | Holm | Süderlügum | Niebüll |
| 01054050 | Hallig Hooge | Bredstedt | Husum |
| 01054052 | Horstedt | Husum | Husum |
| 01054054 | Hude | Friedrichstadt | Husum |
| 01054055 | Humptrup | Süderlügum | Niebüll |
| 01054056 | Husum, Stadt | Husum | Husum |
| 01054057 | Immenstedt | Viöl | Husum |
| 01054059 | Joldelund | Bredstedt | Husum |
| 01054061 | Kampen (Sylt) | Sylt | Sylt |
| 01054062 | Karlum | Leck | Niebüll |
| 01054063 | Katharinenheerd | Garding | Tönning |
| 01054065 | Klanxbüll | Neukirchen / Klanxbüll | Niebüll |
| 01054068 | Klixbüll | Leck | Niebüll |
| 01054070 | Koldenbüttel | Friedrichstadt | Husum |
| 01054071 | Kolkerheide | Bredstedt | Husum |
| 01054072 | Kotzenbüll | Tönning | Tönning |
| 01054073 | Ladelund | Leck | Niebüll |
| 01054074 | Langeneß | Bredstedt | Husum |
| 01054075 | Langenhorn | Bredstedt | Husum |
| 01054076 | Leck | Leck | Niebüll |
| 01054077 | Lexgaard | Süderlügum | Niebüll |
| 01054078 | List | Sylt | Sylt |
| 01054079 | Löwenstedt | Viöl | Husum |
| 01054080 | Lütjenholm | Bredstedt | Husum |
| 01054083 | Midlum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054084 | Mildstedt | Husum | Husum |
| 01054085 | Nebel | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054086 | Neukirchen | Neukirchen / Klanxbüll | Niebüll |
| 01054087 | Nieblum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|--------------------|----------------------|---|---------------|
| 01054088 | Niebüll, Stadt | Niebüll | Niebüll |
| 01054089 | Norddorf auf Amrum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054090 | Norderfriedrichskoog | Tönning | Tönning |
| 01054091 | Nordstrand | Husum | Husum |
| 01054092 | Norstedt | Viöl | Husum |
| 01054093 | Ockholm | Bredstedt | Husum |
| 01054094 | Oevenum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054095 | Oldenswort | Tönning | Tönning |
| 01054096 | Oldersbek | Husum | Husum |
| 01054097 | Olderup | Husum | Husum |
| 01054098 | Oldsum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054099 | Ostenfeld (Husum) | Husum | Husum |
| 01054100 | Osterhever | Garding | Tönning |
| 01054101 | Oster-Ohrstedt | Viöl | Husum |
| 01054103 | Pellworm | Husum | Husum |
| 01054104 | Poppenbüll | Garding | Tönning |
| 01054105 | Ramstedt | Friedrichstadt | Husum |
| 01054106 | Rantrum | Husum | Husum |
| 01054108 | Reußenköge | Bredstedt | Husum |
| 01054109 | Risum-Lindholm | Niebüll | Niebüll |
| 01054110 | Rodenäs | Neukirchen / Klanxbüll | Niebüll |
| 01054113 | Sankt Peter-Ording | Sankt Peter-Ording | Tönning |
| 01054116 | Schwabstedt | Friedrichstadt | Husum |
| 01054118 | Schwesing | Husum | Husum |
| 01054119 | Seeth | Friedrichstadt | Husum |
| 01054120 | Simonsberg | Husum | Husum |
| 01054121 | Sönnebüll | Bredstedt | Husum |
| 01054123 | Sollwitt | Viöl | Husum |
| 01054124 | Sprakebüll | Leck | Niebüll |
| 01054125 | Stadum | Leck | Niebüll |
| 01054126 | Stedesand | Leck | Niebüll |
| 01054128 | Struckum | Bredstedt | Husum |
| 01054129 | Süderende | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054130 | Süderhöft | Friedrichstadt | Husum |
| 01054131 | Süderlügum | Süderlügum | Niebüll |
| 01054132 | Südermarsch | Husum | Husum |
| 01054134 | Tating | Ortsteile Esing, Ehst, Ehstensiel, Westerhof, Norderhof, Süderhof, Süderdeich: Nahbereich Sankt-Peter-Ording; alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Garding | Tönning |
| 01054135 | Tetenbüll | Garding | Tönning |
| 01054136 | Tinningstedt | Leck | Niebüll |
| 01054138 | Tönning, Stadt | Tönning | Tönning |
| 01054140 | Tümlauer Koog | Garding | Tönning |
| 01054141 | Uelvesbüll | Friedrichstadt | Husum |

| Gemeinde-kennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|--------------------------|------------------------------|---|----------------|
| 01054142 | Uphusum | Süderlügum | Niebüll |
| 01054143 | Utersum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054144 | Viöl | Viöl | Husum |
| 01054145 | Vollerwiek | Garding | Tönning |
| 01054146 | Vollstedt | Bredstedt | Husum |
| 01054148 | Welt | Garding | Tönning |
| 01054149 | Wenningstedt-Braderup (Sylt) | Sylt | Sylt |
| 01054150 | Westerhever | Garding | Tönning |
| 01054152 | Wester-Ohrstedt | Viöl | Husum |
| 01054154 | Westre | Süderlügum | Niebüll |
| 01054156 | Winnert | Husum | Husum |
| 01054157 | Wisch | Friedrichstadt | Husum |
| 01054158 | Witsum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054159 | Wittbek | Husum | Husum |
| 01054160 | Wittdün auf Amrum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054161 | Witzwort | Friedrichstadt | Husum |
| 01054162 | Wobbenbüll | Husum | Husum |
| 01054163 | Wrixum | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054164 | Wyk auf Föhr, Stadt | Wyk auf Föhr / Nebel | Niebüll |
| 01054165 | Galmsbüll | Niebüll | Niebüll |
| 01054166 | Emmelsbüll-Horsbüll | Neukirchen / Klanxbüll | Niebüll |
| 01054167 | Enge-Sande | Leck | Niebüll |
| 01054168 | Sylt | Sylt | Sylt |
| 01055001 | Ahrensböök | Ahrensböök | Lübeck |
| Kreis Ostholstein | | | |
| 01055002 | Altenkrempe | Ortsteile Klaushorst, Hasselburgermühle, Sibstin, Stolpe : Nahbereich Schönwalde am Bungsberg; alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Neustadt i.H. | Neustadt i.H. |
| 01055004 | Bad Schwartau, Stadt | Lübeck | Lübeck |
| 01055006 | Beschendorf | Lensahn | Neustadt i.H. |
| 01055007 | Bosau | Eutin | Eutin |
| 01055010 | Dahme | Grube | Neustadt i.H. |
| 01055011 | Damlos | Lensahn | Oldenburg i.H. |
| 01055012 | Eutin, Stadt | Eutin | Eutin |
| 01055014 | Göhl | Oldenburg i.H. | Oldenburg i.H. |
| 01055015 | Gremersdorf | Ortsteile Dazendorf, Kembs, Neuratjensdorf, Sulsdorf: Nahbereich Heiligenhafen; alle übrigen Ortsteile : Nahbereich Oldenburg i.H. | Oldenburg i.H. |
| 01055016 | Grömitz | Grömitz | Neustadt i.H. |
| 01055017 | Großenbrode | Heiligenhafen | Oldenburg i.H. |
| 01055018 | Grube | Grube | Oldenburg i.H. |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|------------------------|------------------------------|--|----------------|
| 01055020 | Harmsdorf | Lensahn | Oldenburg i.H. |
| 01055021 | Heiligenhafen, Stadt | Heiligenhafen | Oldenburg i.H. |
| 01055022 | Heringsdorf | Oldenburg i.H. | Oldenburg i.H. |
| 01055023 | Kabelhorst | Lensahn | Oldenburg i.H. |
| 01055024 | Kasseedorf | Schönwalde am Bungsberg | Eutin |
| 01055025 | Kellenhusen (Ostsee) | Grube | Neustadt i.H. |
| 01055027 | Lensahn | Lensahn | Oldenburg i.H. |
| 01055028 | Malente | Eutin | Eutin |
| 01055029 | Manhagen | Lensahn | Neustadt i.H. |
| 01055031 | Neukirchen | Oldenburg i.H. | Oldenburg i.H. |
| 01055032 | Neustadt in Holstein, Stadt | Neustadt i.H. | Neustadt i.H. |
| 01055033 | Oldenburg in Holstein, Stadt | Oldenburg i.H. | Oldenburg i.H. |
| 01055035 | Ratekau | Ratekau | Lübeck |
| 01055036 | Riepsdorf | Grube | Oldenburg i.H. |
| 01055037 | Schashagen | Neustadt i.H. | Neustadt i.H. |
| 01055038 | Schönwalde am Bungsberg | Schönwalde am Bungsberg | Eutin |
| 01055039 | Sierksdorf | Neustadt i.H. | Neustadt i.H. |
| 01055040 | Stockelsdorf | Lübeck | Lübeck |
| 01055041 | Süsel | Eutin | Eutin |
| 01055042 | Timmendorfer Strand | Timmendorfer Strand / Scharbeutz | Lübeck |
| 01055043 | Wangels | Ortsteile Karlshof, Neutestorf, Testorferfelde: Nahbereich Schönwalde am Bungsberg; alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Oldenburg i.H. | Oldenburg i.H. |
| 01055044 | Scharbeutz | Timmendorfer Strand / Scharbeutz | Lübeck |
| 01055046 | Fehmarn, Stadt | Fehmarn | Oldenburg i.H. |
| Kreis Pinneberg | | | |
| 01056001 | Appen | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056002 | Barmstedt, Stadt | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056003 | Bevern | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056004 | Bilsen | Quickborn | Norderstedt |
| 01056005 | Bönningstedt | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056006 | Bokel | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056008 | Bokholt-Hanredder | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056009 | Borstel-Hohenraden | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056010 | Brande-Hörnerkirchen | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056011 | Bullenkuhlen | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056013 | Ellerbek | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056014 | Ellerhoop | Uetersen | Elmshorn |
| 01056015 | Elmshorn, Stadt | Elmshorn | Elmshorn |
| 01056016 | Groß Nordende | Uetersen | Elmshorn |
| 01056017 | Groß Offenseth-Aspern | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056018 | Halstenbek | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056019 | Haselau | Uetersen | Wedel |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|--------------------|------------------------------|----------------------|---------------|
| 01056020 | Haseldorf | Uetersen | Wedel |
| 01056021 | Hasloh | Quickborn | Norderstedt |
| 01056022 | Heede | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056023 | Heidgraben | Uetersen | Elmshorn |
| 01056024 | Heist | Uetersen | Wedel |
| 01056025 | Helgoland | | |
| 01056026 | Hemdingen | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056027 | Hetlingen | Wedel | Wedel |
| 01056028 | Holm | Wedel | Wedel |
| 01056029 | Klein Nordende | Elmshorn | Elmshorn |
| 01056030 | Klein Offenseth-Sparrieshoop | Elmshorn | Elmshorn |
| 01056031 | Kölln-Reisiek | Elmshorn | Elmshorn |
| 01056032 | Kummerfeld | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056033 | Seester | Elmshorn | Elmshorn |
| 01056034 | Langeln | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056035 | Lutzhorn | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056036 | Moorrege | Uetersen | Elmshorn |
| 01056037 | Neuendeich | Uetersen | Elmshorn |
| 01056038 | Osterhorn | Barmstedt | Elmshorn |
| 01056039 | Pinneberg, Stadt | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056040 | Prisdorf | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056041 | Quickborn, Stadt | Quickborn | Norderstedt |
| 01056042 | Raa-Besenbek | Elmshorn | Elmshorn |
| 01056043 | Rellingen | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056044 | Schenefeld, Stadt | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056045 | Seestermühe | Elmshorn | Elmshorn |
| 01056046 | Seeth-Ekholt | Elmshorn | Elmshorn |
| 01056047 | Tangstedt | Pinneberg | Pinneberg |
| 01056048 | Tornesch, Stadt | Uetersen | Elmshorn |
| 01056049 | Uetersen, Stadt | Uetersen | Elmshorn |
| 01056050 | Wedel, Stadt | Wedel | Wedel |
| 01056051 | Westerhorn | Barmstedt | Elmshorn |
| Kreis Plön | | | |
| 01057001 | Ascheberg (Holstein) | Plön | Plön |
| 01057002 | Barmissen | Preetz | Kiel |
| 01057003 | Barsbek | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057004 | Behrendorf (Ostsee) | Lütjenburg | Plön |
| 01057005 | Belau | Wankendorf | Plön |
| 01057006 | Bendfeld | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057007 | Blekendorf | Lütjenburg | Plön |
| 01057008 | Bönebüttel | Neumünster | Neumünster |
| 01057009 | Bösdorf | Plön | Plön |
| 01057010 | Boksee | Kiel | Kiel |
| 01057011 | Bothkamp | Preetz | Kiel |
| 01057012 | Brodersdorf | Kiel | Kiel |
| 01057013 | Dannau | Lütjenburg | Plön |
| 01057015 | Dersau | Plön | Plön |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|---------------------|-------------------------|----------------------|
| 01057016 | Dobersdorf | Preetz | Kiel |
| 01057017 | Dörnick | Plön | Plön |
| 01057018 | Fahren | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057020 | Fiefbergen | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057021 | Giekau | Lütjenburg | Plön |
| 01057022 | Grebin | Plön | Plön |
| 01057023 | Großbarkau | Preetz | Kiel |
| 01057024 | Großharrie | Neumünster | Neumünster |
| 01057025 | Heikendorf | Kiel | Kiel |
| 01057026 | Helmstorf | Lütjenburg | Plön |
| 01057027 | Högsdorf | Lütjenburg | Plön |
| 01057028 | Höhndorf | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057029 | Hohenfelde | Schönberg (Holstein) | Plön |
| 01057030 | Hohwacht (Ostsee) | Lütjenburg | Plön |
| 01057031 | Honigsee | Preetz | Kiel |
| 01057032 | Kalübbe | Plön | Plön |
| 01057033 | Kirchbarkau | Preetz | Kiel |
| 01057034 | Kirchnüchel | Schönwalde am Bungsberg | Eutin |
| 01057035 | Klamp | Lütjenburg | Plön |
| 01057037 | Klein Barkau | Preetz | Kiel |
| 01057038 | Kletkamp | Lütjenburg | Plön |
| 01057039 | Köhn | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057040 | Krokau | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057041 | Krummbek | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057042 | Kühren | Preetz | Kiel |
| 01057043 | Laboe | Kiel | Kiel |
| 01057044 | Lammershagen | Selent | Plön |
| 01057045 | Lebrade | Plön | Plön |
| 01057046 | Lehmkuhlen | Preetz | Kiel |
| 01057047 | Löptin | Preetz | Kiel |
| 01057048 | Lütjenburg, Stadt | Lütjenburg | Plön |
| 01057049 | Lutterbek | Kiel | Kiel |
| 01057050 | Martensrade | Selent | Kiel |
| 01057051 | Mönkeberg | Kiel | Kiel |
| 01057052 | Mucheln | Selent | Plön |
| 01057053 | Nehmten | Plön | Plön |
| 01057054 | Nettelsee | Preetz | Kiel |
| 01057055 | Panker | Lütjenburg | Plön |
| 01057056 | Passade | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057057 | Plön, Stadt | Plön | Plön |
| 01057058 | Pohnsdorf | Preetz | Kiel |
| 01057059 | Postfeld | Preetz | Kiel |
| 01057060 | Prasdorf | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057062 | Preetz, Stadt | Preetz | Kiel |
| 01057063 | Probsteierhagen | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057065 | Rantzau | Plön | Plön |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|------------------------------------|----------------------|--|---------------|
| 01057066 | Rastorf | Ortsteile Hanskamp, Hohenberg, Rastorfer Passau, Redderkrug, Sackwisch, Wildenhorst: Nahbereich Selent; alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Preetz | Kiel |
| 01057067 | Rathjensdorf | Plön | Plön |
| 01057068 | Rendswühren | Wankendorf | Neumünster |
| 01057069 | Ruhwinkel | Wankendorf | Neumünster |
| 01057070 | Schellhorn | Preetz | Kiel |
| 01057071 | Schillsdorf | Wankendorf | Neumünster |
| 01057072 | Schlesen | Preetz | Kiel |
| 01057073 | Schönberg (Holstein) | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057074 | Schönkirchen | Kiel | Kiel |
| 01057076 | Schwartbuck | Schönberg (Holstein) | Plön |
| 01057077 | Selent | Selent | Plön |
| 01057078 | Stakendorf | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057079 | Stein | Kiel | Kiel |
| 01057080 | Stolpe | Wankendorf | Plön |
| 01057081 | Stoltenberg | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057082 | Tröndel | Lütjenburg | Plön |
| 01057083 | Tasdorf | Neumünster | Neumünster |
| 01057084 | Wahlstorf | Preetz | Kiel |
| 01057085 | Wankendorf | Wankendorf | Neumünster |
| 01057086 | Warnau | Preetz | Kiel |
| 01057087 | Wendtorf | Kiel | Kiel |
| 01057088 | Wisch | Schönberg (Holstein) | Kiel |
| 01057089 | Wittmoldt | Plön | Plön |
| 01057090 | Fargau-Pratjau | Selent | Kiel |
| 01057091 | Schwentinental,Stadt | Schwentinental | Kiel |
| Kreis Rendsburg-Eckernförde | | | |
| 01058001 | Achterwehr | Ortsteil Schönwohld: Nahbereich Kiel; alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Felde | Kiel |
| 01058003 | Alt Duvenstedt | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058004 | Altenhof | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058005 | Altenholz | Kiel | Kiel |
| 01058007 | Arpsdorf | Neumünster | Neumünster |
| 01058008 | Ascheffel | Owschlag | Eckernförde |
| 01058009 | Aukrug | Neumünster | Neumünster |
| 01058010 | Bargstall | Hohn | Rendsburg |
| 01058011 | Bargstedt | Nortorf | Neumünster |
| 01058012 | Barkelsby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058013 | Beldorf | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| 01058014 | Bendorf | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058015 | Beringstedt | Hohenwestedt | Rendsburg |
| 01058016 | Bissee | Bordesholm | Kiel |
| 01058018 | Blumenthal | Kiel | Kiel |
| 01058019 | Bönnhusen | Kiel | Kiel |
| 01058021 | Bokel | Nortorf | Rendsburg |
| 01058022 | Bordesholm | Bordesholm | Neumünster |
| 01058023 | Borgdorf-Seedorf | Nortorf | Neumünster |
| 01058024 | Borgstedt | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058025 | Bornholt | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058026 | Bovenau | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058027 | Brammer | Nortorf | Rendsburg |
| 01058028 | Bredenbek | Felde | Kiel |
| 01058029 | Breiholz | Hohn | Rendsburg |
| 01058030 | Brekendorf | Owschlag | Eckernförde |
| 01058031 | Brinjahe | Hohenwestedt | Rendsburg |
| 01058032 | Brodersby | Kappeln | Kappeln |
| 01058033 | Brügge | Bordesholm | Kiel |
| 01058034 | Büdelsdorf, Stadt | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058035 | Bünsdorf | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058036 | Christiansholm | Hohn | Rendsburg |
| 01058037 | Dänischenhagen | Kiel | Kiel |
| 01058038 | Dätgen | Nortorf | Neumünster |
| 01058039 | Damendorf | Owschlag | Eckernförde |
| 01058040 | Damp | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058042 | Dörphof | Kappeln | Kappeln |
| 01058043 | Eckernförde, Stadt | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058044 | Ehndorf | Neumünster | Neumünster |
| 01058045 | Eisendorf | Nortorf | Rendsburg |
| 01058046 | Ellerdorf | Nortorf | Rendsburg |
| 01058047 | Elsdorf-Westermühlen | Hohn | Rendsburg |
| 01058048 | Embühren | Hohenwestedt | Rendsburg |
| 01058049 | Emkendorf | Nortorf | Rendsburg |
| 01058050 | Felde | Felde | Kiel |
| 01058051 | Felm | Gettorf | Kiel |
| 01058052 | Fleckeby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058053 | Flintbek | Kiel | Kiel |
| 01058054 | Fockbek | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058055 | Friedrichsgraben | Hohn | Rendsburg |
| 01058056 | Friedrichsholm | Hohn | Rendsburg |
| 01058057 | Gammelby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058058 | Gettorf | Gettorf | Kiel |
| 01058059 | Gnutz | Nortorf | Neumünster |
| 01058061 | Gokels | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058062 | Grael | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058063 | Grevenkrug | Bordesholm | Kiel |
| 01058064 | Groß Buchwald | Bordesholm | Neumünster |
| 01058065 | Groß Vollstedt | Nortorf | Rendsburg |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| 01058066 | Groß Wittensee | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058067 | Güby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058068 | Haale | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058069 | Haby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058070 | Hamdorf | Hohn | Rendsburg |
| 01058071 | Hamweddel | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058072 | Hanerau-Hademarschen | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058073 | Haßmoor | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058074 | Heinkenborstel | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058075 | Hörsten | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058076 | Hoffeld | Bordesholm | Neumünster |
| 01058077 | Hohenwestedt | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058078 | Hohn | Hohn | Rendsburg |
| 01058080 | Holtsee | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058081 | Holzbuge | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058082 | Holzdorf | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058083 | Hütten | Owschlag | Eckernförde |
| 01058084 | Hummelfeld | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058085 | Jahrsdorf | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058086 | Jevenstedt | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058087 | Karby | Kappeln | Kappeln |
| 01058088 | Klein Wittensee | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058089 | Königshügel | Hohn | Rendsburg |
| 01058090 | Kosel | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058091 | Krogaspe | Nortorf | Neumünster |
| 01058092 | Kronshagen | Kiel | Kiel |
| 01058093 | Krummwisch | Felde | Kiel |
| 01058094 | Langwedel | Nortorf | Kiel |
| 01058096 | Lindau | Gettorf | Kiel |
| 01058097 | Lohe-Föhrden | Hohn | Rendsburg |
| 01058098 | Loop | Bordesholm | Neumünster |
| 01058099 | Loose | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058100 | Lütjenwestedt | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058101 | Luhnstedt | Hohenwestedt | Rendsburg |
| 01058102 | Goosefeld | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058103 | Meezen | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058104 | Melsdorf | Kiel | Kiel |
| 01058105 | Mielkendorf | Kiel | Kiel |
| 01058106 | Mörel | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058107 | Molfsee | Kiel | Kiel |
| 01058108 | Mühbrook | Bordesholm | Neumünster |
| 01058109 | Negenharrie | Bordesholm | Neumünster |
| 01058110 | Neudorf-Bornstein | Gettorf | Kiel |
| 01058111 | Neu Duvenstedt | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058112 | Neuwittenbek | Gettorf | Kiel |
| 01058113 | Nienborstel | Hohenwestedt | Rendsburg |
| 01058115 | Nindorf | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058116 | Noer | Gettorf | Kiel |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|-----------------------|----------------------|----------------------|
| 01058117 | Nortorf, Stadt | Nortorf | Neumünster |
| 01058118 | Nübbel | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058119 | Oldenbüttel | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058120 | Oldenhütten | Nortorf | Neumünster |
| 01058121 | Osdorf | Gettorf | Kiel |
| 01058122 | Ostenfeld (Rendsburg) | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058123 | Osterby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058124 | Osterrönfeld | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058125 | Osterstedt | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058126 | Ottendorf | Kiel | Kiel |
| 01058127 | Owschlag | Owschlag | Rendsburg |
| 01058128 | Padenstedt | Neumünster | Neumünster |
| 01058129 | Prinzenmoor | Hohn | Rendsburg |
| 01058130 | Quarnbek | Kiel | Kiel |
| 01058131 | Rade b. Hohenwestedt | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058132 | Rade b. Rendsburg | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058133 | Reesdorf | Bordesholm | Kiel |
| 01058134 | Remmels | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058135 | Rendsburg, Stadt | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058136 | Rickert | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058137 | Rieseby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058138 | Rodenbek | Kiel | Kiel |
| 01058139 | Rumohr | Kiel | Kiel |
| 01058140 | Schacht-Audorf | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058141 | Schierensee | Kiel | Kiel |
| 01058142 | Schinkel | Gettorf | Kiel |
| 01058143 | Schmalstede | Bordesholm | Kiel |
| 01058144 | Schönbek | Bordesholm | Neumünster |
| 01058145 | Schönhorst | Kiel | Kiel |
| 01058146 | Schülldorf | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058147 | Schülp b. Nortorf | Nortorf | Neumünster |
| 01058148 | Schülp b. Rendsburg | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058150 | Schwedeneck | Kiel | Kiel |
| 01058151 | Seefeld | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058152 | Sehestedt | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058153 | Sören | Bordesholm | Kiel |
| 01058154 | Sophienhamm | Hohn | Rendsburg |
| 01058155 | Stafstedt | Hohenwestedt | Rendsburg |
| 01058156 | Steenfeld | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058157 | Strande | Kiel | Kiel |
| 01058158 | Tackesdorf | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058159 | Tappendorf | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058160 | Techelsdorf | Kiel | Kiel |
| 01058161 | Thaden | Hanerau-Hademarschen | Rendsburg |
| 01058162 | Thumby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058163 | Timmaspe | Nortorf | Neumünster |
| 01058164 | Todenbüttel | Hohenwestedt | Rendsburg |
| 01058165 | Tüttendorf | Gettorf | Kiel |

| Gemeinde-kennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|--------------------------------------|--------------------|--------------|---------------|
| 01058166 | Waabs | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058167 | Wapelfeld | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01058168 | Warder | Nortorf | Rendsburg |
| 01058169 | Wasbek | Neumünster | Neumünster |
| 01058170 | Wattenbek | Bordesholm | Neumünster |
| 01058171 | Westensee | Felde | Kiel |
| 01058172 | Westerröfeld | Rendsburg | Rendsburg |
| 01058173 | Windeby | Eckernförde | Eckernförde |
| 01058174 | Winnemark | Kappeln | Kappeln |
| 01058175 | Ahlefeld-Bistensee | Owschlag | Eckernförde |
| Kreis Schleswig-Flensburg | | | |
| 01059001 | Alt Bennebek | Kropp | Schleswig |
| 01059002 | Arnis, Stadt | Kappeln | Kappeln |
| 01059005 | Bergenhusen | Erfde | Schleswig |
| 01059006 | Böel | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059008 | Böklund | Böklund | Schleswig |
| 01059009 | Börm | Kropp | Schleswig |
| 01059010 | Bollingstedt | Silberstedt | Schleswig |
| 01059012 | Borgwedel | Schleswig | Schleswig |
| 01059018 | Busdorf | Schleswig | Schleswig |
| 01059019 | Dannewerk | Schleswig | Schleswig |
| 01059020 | Dörpstedt | Kropp | Schleswig |
| 01059023 | Ellingstedt | Silberstedt | Schleswig |
| 01059024 | Erfde | Erfde | Rendsburg |
| 01059026 | Fahrdorf | Schleswig | Schleswig |
| 01059032 | Geltorf | Schleswig | Schleswig |
| 01059034 | Grödersby | Kappeln | Kappeln |
| 01059035 | Groß Rheide | Kropp | Schleswig |
| 01059037 | Havetoft | Böklund | Schleswig |
| 01059039 | Hollingstedt | Silberstedt | Schleswig |
| 01059041 | Hüsby | Schleswig | Schleswig |
| 01059042 | Idstedt | Schleswig | Schleswig |
| 01059043 | Jagel | Schleswig | Schleswig |
| 01059044 | Jübek | Silberstedt | Schleswig |
| 01059045 | Kappeln, Stadt | Kappeln | Kappeln |
| 01059049 | Klappholz | Böklund | Schleswig |
| 01059050 | Klein Bennebek | Kropp | Schleswig |
| 01059051 | Klein Rheide | Kropp | Schleswig |
| 01059053 | Kropp | Kropp | Schleswig |
| 01059055 | Loit | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059056 | Lottorf | Schleswig | Schleswig |
| 01059057 | Lürschau | Schleswig | Schleswig |
| 01059058 | Meggerdorf | Erfde | Rendsburg |
| 01059060 | Mohrkirch | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059062 | Neuberend | Schleswig | Schleswig |
| 01059063 | Norderbrarup | Süderbrarup | Schleswig |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|----------------------------|-------------------|----------------------|
| 01059065 | Nottfeld | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059067 | Oersberg | Kappeln | Kappeln |
| 01059068 | Rabenkirchen-Faulück | Kappeln | Kappeln |
| 01059070 | Rügge | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059072 | Saustrup | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059073 | Schaalby | Schleswig | Schleswig |
| 01059074 | Scheggerott | Süderbrarup | Kappeln |
| 01059075 | Schleswig, Stadt | Schleswig | Schleswig |
| 01059076 | Schnarup-Thumby | Mittelangeln | Schleswig |
| 01059077 | Schuby | Schleswig | Schleswig |
| 01059078 | Selk | Schleswig | Schleswig |
| 01059079 | Silberstedt | Silberstedt | Schleswig |
| 01059080 | Steinfeld | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059081 | Stolk | Böklund | Schleswig |
| 01059082 | Struxdorf | Böklund | Schleswig |
| 01059083 | Süderbrarup | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059084 | Süderfarenstedt | Böklund | Schleswig |
| 01059086 | Taarstedt | Schleswig | Schleswig |
| 01059087 | Tetenhusen | Kropp | Schleswig |
| 01059088 | Tielen | Erfde | Rendsburg |
| 01059090 | Tolk | Böklund | Schleswig |
| 01059092 | Treia | Silberstedt | Schleswig |
| 01059093 | Uelsby | Böklund | Schleswig |
| 01059094 | Ulsnis | Süderbrarup | Schleswig |
| 01059095 | Wagersrott | Süderbrarup | Kappeln |
| 01059096 | Wohlde | Erfde | Schleswig |
| 01059097 | Twedt | Böklund | Schleswig |
| 01059098 | Nübel | Schleswig | Schleswig |
| 01059101 | Tastrup | Flensburg | Flensburg |
| 01059102 | Ahneby | Steinbergkirche | Flensburg |
| 01059103 | Ausacker | Flensburg | Flensburg |
| 01059105 | Böxlund | Schafflund | Flensburg |
| 01059106 | Dollerup | Sörup | Flensburg |
| 01059107 | Eggebek | Tarp | Flensburg |
| 01059109 | Esgrus | Steinbergkirche | Kappeln |
| 01059112 | Gelting | Gelting | Kappeln |
| 01059113 | Glücksburg (Ostsee), Stadt | Flensburg | Flensburg |
| 01059115 | Großenwiehe | Schafflund | Flensburg |
| 01059116 | Großsolt | Mittelangeln | Flensburg |
| 01059118 | Grundhof | Sörup | Flensburg |
| 01059120 | Harrislee | Flensburg | Flensburg |
| 01059121 | Hasselberg | Gelting | Kappeln |
| 01059123 | Hörup | Schafflund | Flensburg |
| 01059124 | Holt | Schafflund | Flensburg |
| 01059126 | Hürup | Flensburg | Flensburg |
| 01059127 | Husby | Flensburg | Flensburg |
| 01059128 | Janneby | Tarp | Flensburg |
| 01059129 | Jardelund | Schafflund | Flensburg |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|--------------------|-----------------|--|---------------|
| 01059131 | Jerrishoe | Tarp | Flensburg |
| 01059132 | Jörl | Tarp | Flensburg |
| 01059136 | Kronsgaard | Gelting | Kappeln |
| 01059137 | Langballig | Flensburg | Flensburg |
| 01059138 | Langstedt | Tarp | Flensburg |
| 01059141 | Maasbüll | Flensburg | Flensburg |
| 01059142 | Maasholm | Gelting | Kappeln |
| 01059143 | Medelby | Schafflund | Flensburg |
| 01059144 | Meyn | Schafflund | Flensburg |
| 01059145 | Munkbrarup | Flensburg | Flensburg |
| 01059147 | Nieby | Gelting | Kappeln |
| 01059148 | Niesgrau | Ortsteil Koppelheck mit Gelting-Mole: Nahbereich Gelting; alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Steinbergkirche | Kappeln |
| 01059149 | Nordhackstedt | Schafflund | Flensburg |
| 01059151 | Osterby | Schafflund | Flensburg |
| 01059152 | Pommerby | Gelting | Kappeln |
| 01059154 | Rabel | Kappeln | Kappeln |
| 01059155 | Rabenholz | Gelting | Kappeln |
| 01059157 | Ringsberg | Flensburg | Flensburg |
| 01059158 | Schafflund | Schafflund | Flensburg |
| 01059159 | Sieverstedt | Tarp | Flensburg |
| 01059161 | Sörup | Sörup | Flensburg |
| 01059162 | Sollerup | Tarp | Flensburg |
| 01059163 | Stangheck | Gelting | Kappeln |
| 01059164 | Steinberg | Steinbergkirche | Flensburg |
| 01059167 | Sterup | Steinbergkirche | Flensburg |
| 01059168 | Stoltebüll | Ortsteile Gulde, Wittkiel: Nahbereich Kappeln; alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Gelting | Kappeln |
| 01059169 | Süderhackstedt | Tarp | Flensburg |
| 01059171 | Tarp | Tarp | Flensburg |
| 01059173 | Wallsbüll | Schafflund | Flensburg |
| 01059174 | Wanderup | Tarp | Flensburg |
| 01059176 | Wees | Flensburg | Flensburg |
| 01059177 | Weesby | Schafflund | Flensburg |
| 01059178 | Westerholz | Flensburg | Flensburg |
| 01059179 | Lindewitt | Schafflund | Flensburg |
| 01059182 | Freienwill | Flensburg | Flensburg |
| 01059183 | Handewitt | Flensburg | Flensburg |
| 01059184 | Oeversee | Tarp | Flensburg |
| 01059185 | Mittelangeln | Mittelangeln | Flensburg |
| 01059186 | Steinbergkirche | Steinbergkirche | Flensburg |
| 01059187 | Boren | Süderbrarup | Kappeln |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|-----------------------|----------------------------|--------------------------|---------------|
| 01059188 | Stapel | Erfde | Husum |
| 01059189 | Brodersby-Goltoft | Schleswig | Schleswig |
| Kreis Segeberg | | | |
| 01060002 | Alveslohe | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060003 | Armstedt | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060004 | Bad Bramstedt, Stadt | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060005 | Bad Segeberg, Stadt | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060006 | Bahrenhof | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060007 | Bark | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060008 | Bebensee | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060009 | Bimöhlen | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060010 | Blunk | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060011 | Boostedt | Neumünster | Neumünster |
| 01060012 | Bornhöved | Bornhöved / Trappenkamp | Neumünster |
| 01060013 | Borstel | Kellinghusen | Neumünster |
| 1060014 | Buchholz (Forstgutsbezirk) | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060015 | Bühnsdorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060016 | Daldorf | Bornhöved / Trappenkamp | Bad Segeberg |
| 01060017 | Damsdorf | Bornhöved / Trappenkamp | Bad Segeberg |
| 01060018 | Dreggers | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060019 | Ellerau | Quickborn | Norderstedt |
| 01060020 | Fahrenkrug | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060021 | Föhrden-Barl | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060022 | Fredesdorf | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060023 | Fuhlendorf | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060024 | Geschendorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060025 | Glasau | Ahrensböök | Eutin |
| 01060026 | Gönnebek | Bornhöved / Trappenkamp | Neumünster |
| 01060027 | Großenaspe | Neumünster | Neumünster |
| 01060028 | Groß Kummerfeld | Neumünster | Neumünster |
| 01060029 | Groß Niendorf | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060030 | Groß Rönnau | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060031 | Hagen | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060033 | Hardebek | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060034 | Hartenholm | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060035 | Hasenkrug | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060036 | Hasenmoor | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060037 | Heidmoor | Bad Bramstedt | Kaltenkirchen |
| 01060038 | Heidmühlen | Neumünster | Neumünster |
| 01060039 | Henstedt-Ulzburg | Henstedt-Ulzburg | Kaltenkirchen |
| 01060040 | Hitzhusen | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060041 | Högersdorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060042 | Hüttblek | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060043 | Itzstedt | Nahe / Itzstedt | Bad Segeberg |
| 01060044 | Kaltenkirchen, Stadt | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060045 | Kattendorf | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060046 | Kayhude | Nahe / Itzstedt | Norderstedt |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------|---------------------|--------------------------|----------------------|
| 01060047 | Kisdorf | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060048 | Klein Gladebrügge | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060049 | Klein Rönnau | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060050 | Krems II | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060051 | Kükels | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060052 | Latendorf | Neumünster | Neumünster |
| 01060053 | Leezen | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060054 | Lentförden | Bad Bramstedt | Kaltenkirchen |
| 01060056 | Mönkloh | Bad Bramstedt | Kaltenkirchen |
| 01060057 | Mözen | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060058 | Nahe | Nahe / Itzstedt | Bad Segeberg |
| 01060059 | Negernbötel | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060060 | Nehms | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060061 | Neuengörs | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060062 | Neversdorf | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060063 | Norderstedt, Stadt | Norderstedt | Norderstedt |
| 01060064 | Nützen | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060065 | Oering | Nahe / Itzstedt | Bad Segeberg |
| 01060066 | Oersdorf | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060067 | Pronstorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060068 | Rickling | Bornhöved / Trappenkamp | Neumünster |
| 01060069 | Rohlstorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060070 | Schackendorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060071 | Schieren | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060072 | Schmalensee | Bornhöved / Trappenkamp | Bad Segeberg |
| 01060073 | Schmalfeld | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060074 | Schwissel | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060075 | Seedorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060076 | Seth | Nahe / Itzstedt | Bad Segeberg |
| 01060077 | Sievershütten | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060079 | Stipsdorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060080 | Stocksee | Bornhöved / Trappenkamp | Bad Segeberg |
| 01060081 | Strukdorf | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060082 | Struvenhütten | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060084 | Stuvenborn | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060085 | Sülfeld | Nahe / Itzstedt | Bad Segeberg |
| 01060086 | Tarbek | Bornhöved / Trappenkamp | Bad Segeberg |
| 01060087 | Tensfeld | Bornhöved / Trappenkamp | Bad Segeberg |
| 01060088 | Todesfelde | Leezen | Bad Segeberg |
| 01060089 | Trappenkamp | Bornhöved / Trappenkamp | Neumünster |
| 01060090 | Travenhorst | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060091 | Traventhal | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060092 | Wahlstedt, Stadt | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060093 | Wakendorf I | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060094 | Wakendorf II | Henstedt-Ulzburg | Kaltenkirchen |
| 01060095 | Weddelbrook | Bad Bramstedt | Kaltenkirchen |
| 01060096 | Weede | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060097 | Wensin | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|------------------------|-----------------------|--|---------------|
| 01060098 | Westerrade | Bad Segeberg / Wahlstedt | Bad Segeberg |
| 01060099 | Wiemersdorf | Bad Bramstedt | Neumünster |
| 01060100 | Winsen | Kaltenkirchen | Kaltenkirchen |
| 01060101 | Wittenborn | Leezen | Bad Segeberg |
| Kreis Steinburg | | | |
| 01061001 | Aasbüttel | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061002 | Aebtissinwisch | Wilster | Brunsbüttel |
| 01061003 | Agethorst | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061004 | Altenmoor | Horst (Holstein) | Elmshorn |
| 01061005 | Auifer | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061006 | Bahrenfleth | Krempe | Itzehoe |
| 01061007 | Beidenfleth | Wilster | Itzehoe |
| 01061008 | Bekdorf | Wilster | Itzehoe |
| 01061010 | Bekmünde | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061011 | Besdorf | Wacken | Itzehoe |
| 01061012 | Blomesche Wildnis | Glückstadt | Itzehoe |
| 01061013 | Bokelrehm | Wacken | Itzehoe |
| 01061014 | Bokhorst | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061015 | Borsfleth | Orsteile Borsfleth, Borsflether Altendeich, Borsflether Büttel, Ivenfleth: Nahbereich Glückstadt; alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Krempe | Itzehoe |
| 01061016 | Breitenberg | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061017 | Breitenburg | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061018 | Brokdorf | Wilster | Brunsbüttel |
| 01061019 | Brokstedt | Kellinghusen | Neumünster |
| 01061020 | Büttel | Brunsbüttel | Brunsbüttel |
| 01061021 | Christenthal | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061022 | Dägeling | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061023 | Dammfleth | Wilster | Itzehoe |
| 01061024 | Drage | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061025 | Ecklak | Wilster | Brunsbüttel |
| 01061026 | Elskop | Krempe | Itzehoe |
| 01061027 | Engelbr. Wildnis | Glückstadt | Itzehoe |
| 01061028 | Fitzbek | Kellinghusen | Neumünster |
| 01061029 | Glückstadt, Stadt | Glückstadt | Itzehoe |
| 01061030 | Grevenkop | Krempe | Itzehoe |
| 01061031 | Gribbohm | Wacken | Itzehoe |
| 01061033 | Hadenfeld | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061034 | Heiligenstedten | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061035 | Heiligenstedtenerkamp | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061036 | Hennstedt | Kellinghusen | Neumünster |
| 01061037 | Herzhorn | Glückstadt | Itzehoe |
| 01061038 | Hingstheide | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061039 | Hodorf | Itzehoe | Itzehoe |

| Gemeinde- kennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|---------------------------------|-----------------------|-------------------|----------------------|
| 01061040 | Hohenaspe | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061041 | Hohenfelde | Horst (Holstein) | Elmshorn |
| 01061042 | Hohenlockstedt | Hohenlockstedt | Itzehoe |
| 01061043 | Holstenniendorf | Wacken | Itzehoe |
| 01061044 | Horst (Holstein) | Horst (Holstein) | Elmshorn |
| 01061045 | Huje | Wilster | Itzehoe |
| 01061046 | Itzehoe, Stadt | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061047 | Kaaks | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061048 | Kaisborstel | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061049 | Kellinghusen, Stadt | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061050 | Kiebitzreihe | Horst (Holstein) | Elmshorn |
| 01061052 | Kleve | Wilster | Itzehoe |
| 01061053 | Kollmoor | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061054 | Krempdorf | Krempe | Itzehoe |
| 01061055 | Krempe, Stadt | Krempe | Itzehoe |
| 01061056 | Kremperheide | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061057 | Krempermoor | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061058 | Kronsmoor | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061059 | Krummendiek | Wilster | Itzehoe |
| 01061060 | Kudensee | Brunsbüttel | Brunsbüttel |
| 01061061 | Lägerdorf | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061062 | Landrecht | Wilster | Itzehoe |
| 01061063 | Landscheide | Brunsbüttel | Brunsbüttel |
| 01061064 | Lockstedt | Hohenlockstedt | Itzehoe |
| 01061065 | Lohbarbek | Hohenlockstedt | Itzehoe |
| 01061066 | Looft | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061067 | Mehlbek | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061068 | Moordiek | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061070 | Moorhusen | Wilster | Itzehoe |
| 01061071 | Mühlenbarbek | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061072 | Münsterdorf | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061073 | Neuenbrook | Krempe | Itzehoe |
| 01061074 | Neuendorf b. Elmshorn | Elmshorn | Elmshorn |
| 01061076 | Nienbüttel | Wacken | Itzehoe |
| 01061077 | Nortorf | Wilster | Brunsbüttel |
| 01061078 | Nutteln | Wacken | Itzehoe |
| 01061079 | Oelixdorf | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061080 | Oeschebüttel | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061081 | Oldenborstel | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061082 | Oldendorf | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061083 | Ottenbüttel | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061084 | Peissen | Hohenlockstedt | Itzehoe |
| 01061085 | Pöschendorf | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061086 | Poyenberg | Hohenwestedt | Neumünster |
| 01061087 | Puls | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061088 | Quarnstedt | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061089 | Rade | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061091 | Reher | Schenefeld | Itzehoe |

| Gemeindekennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|-----------------------|------------------------|--|---|
| 01061092 | Rethwisch | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061093 | Rosdorf | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061095 | Sankt Margarethen | Brunsbüttel | Brunsbüttel |
| 01061096 | Sarlhusen | Kellinghusen | Neumünster |
| 01061097 | Schenefeld | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061098 | Schlotfeld | Hohenlockstedt | Itzehoe |
| 01061100 | Silzen | Hohenlockstedt | Itzehoe |
| 01061101 | Sommerland | Ortsteile Berghof, Brunsholt, Siethwende, Schönmoor, Grönland: Nahbereich Horst (Holstein); alle übrigen Ortsteile: Nahbereich Krempe | Itzehoe |
| 01061102 | Stördorf | Wilster | Itzehoe |
| 01061103 | Störkathen | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061104 | Süderau | Krempe | Itzehoe |
| 01061105 | Vaale | Wacken | Itzehoe |
| 01061106 | Vaalermoor | Wacken | Itzehoe |
| 01061107 | Wacken | Wacken | Itzehoe |
| 01061108 | Warringholz | Schenefeld | Itzehoe |
| 01061109 | Westermoor | Itzehoe | Itzehoe |
| 01061110 | Wewelsfleth | Wilster | Itzehoe |
| 01061111 | Wiedenborstel | Kellinghusen | Neumünster |
| 01061112 | Willenscharen | Kellinghusen | Neumünster |
| 01061113 | Wilster, Stadt | Wilster | Itzehoe |
| 01061114 | Winseldorf | Hohenlockstedt | Itzehoe |
| 01061115 | Wittenbergen | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061116 | Wrist | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061117 | Wulfsmoor | Kellinghusen | Itzehoe |
| 01061118 | Kollmar | Glückstadt | Itzehoe |
| 01061119 | Neuendorf-Sachsenbande | Wilster | Brunsbüttel |
| Kreis Stormarn | | | |
| 01062001 | Ahrensburg, Stadt | Ahrensburg | Ahrensburg |
| 01062003 | Badendorf | Lübeck | Lübeck |
| 01062004 | Bad Oldesloe, Stadt | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01062005 | Bargfeld-Stegen | Bargteheide | Ahrensburg |
| 01062006 | Bargteheide, Stadt | Bargteheide | Ahrensburg |
| 01062008 | Barnitz | Reinfeld (Holstein) | Bad Oldesloe |
| 01062009 | Barsbüttel | Barsbüttel | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01062011 | Braak | Ahrensburg | Ahrensburg |
| 01062014 | Delingsdorf | Bargteheide | Ahrensburg |
| 01062016 | Elmenhorst | Bargteheide | Ahrensburg |
| 01062018 | Glinde, Stadt | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01062019 | Grabau | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01062020 | Grande | Trittau | Ahrensburg |
| 01062021 | Grönwohld | Trittau | Ahrensburg |

| Gemeinde-kennziffer | Gemeindename | Nahbereich | Mittelbereich |
|----------------------------|----------------------------|---|---|
| 01062022 | Großensee | Trittau | Ahrensburg |
| 01062023 | Großhansdorf | Ahrensburg | Ahrensburg |
| 01062025 | Hamberge | Lübeck | Lübeck |
| 01062026 | Hamfelde | Trittau | Ahrensburg |
| 01062027 | Hammoor | Bargteheide | Ahrensburg |
| 01062031 | Heidekamp | Reinfeld (Holstein) | Bad Oldesloe |
| 01062032 | Heilshoop | Reinfeld (Holstein) | Lübeck |
| 01062033 | Hohenfelde | Trittau | Ahrensburg |
| 01062035 | Hoisdorf | Ahrensburg | Ahrensburg |
| 01062036 | Jersbek | Bargteheide | Ahrensburg |
| 01062039 | Klein Wesenberg | Lübeck | Lübeck |
| 01062040 | Köthel | Trittau | Ahrensburg |
| 01062045 | Lütjensee | Trittau | Ahrensburg |
| 01062046 | Meddewade | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01062048 | Mönkhagen | Lübeck | Lübeck |
| 01062050 | Neritz | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01062051 | Nienwohld | Bargteheide | Ahrensburg |
| 01062053 | Oststeinbek | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01062056 | Pölitz | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01062058 | Rausdorf | Trittau | Ahrensburg |
| 01062059 | Rehhorst | Reinfeld (Holstein) | Bad Oldesloe |
| 01062060 | Reinbek, Stadt | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01062061 | Reinfeld (Holstein), Stadt | Reinfeld (Holstein) | Bad Oldesloe |
| 01062062 | Rethwisch | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01062065 | Rümpel | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01062069 | Siek | Ahrensburg | Ahrensburg |
| 01062071 | Stapelfeld | Ahrensburg | Ahrensburg |
| 01062076 | Tangstedt | Norderstedt | Norderstedt |
| 01062078 | Todendorf | Steinburg | Ahrensburg |
| 01062081 | Tremsbüttel | Bargteheide | Ahrensburg |
| 01062082 | Trittau | Trittau | Ahrensburg |
| 01062083 | Westerau | Reinfeld (Holstein) | Bad Oldesloe |
| 01062086 | Witzhave | Trittau | Ahrensburg |
| 01062087 | Zarpen | Reinfeld (Holstein) | Lübeck |
| 01062088 | Brunsbek | Barsbüttel | Reinbek / Glinde / Wentorf bei Hamburg |
| 01062089 | Lasbek | Steinburg | Bad Oldesloe |
| 01062090 | Ammersbek | Ahrensburg | Ahrensburg |
| 01062091 | Steinburg | Steinburg | Bad Oldesloe |
| 01062092 | Travenbrück | Bad Oldesloe | Bad Oldesloe |
| 01062093 | Feldhorst | Reinfeld (Holstein) | Bad Oldesloe |
| 01062094 | Wesenberg | Reinfeld (Holstein) | Lübeck |

**Landesverordnung
zur Änderung der Verwaltungsgebührenverordnung*)**

Vom 10. September 2019

Aufgrund der §§ 2, 6 und 10 Absatz 1 Satz 2 und 3 in Verbindung mit § 2 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein vom 17. Januar 1974 (GVOBl. Schl.-H. S. 37), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89), Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 18 der Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30), in Verbindung mit § 5 Absatz 1 der Verwaltungsgebührenverordnung vom 26. September 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 476), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. August 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 325), verordnet das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Artikel 1

Der allgemeine Gebührentarif der Verwaltungsgebührenverordnung vom 26. September 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 476), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. August 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 325), wird wie folgt geändert:

1. Die Tarifstelle 18 - Polizeiliche Angelegenheiten - erhält folgende Fassung:

| „18 | Polizeiliche Angelegenheiten | Gebühr Euro |
|------|--|-------------------------|
| | Die Stundensätze errechnen sich nach § 6 Absatz 2 VerwGebVO (Laufbahngruppe 2, erstes Eingangssamt), soweit Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte eingesetzt sind. | |
| 18.1 | Anmeldung und Durchführung von Schwerlasttransporten | |
| | a) Bearbeitungsgebühr je Anmeldung | 2 Stundensätze |
| | b) Bereitstellungspauschale je Polizeifahrzeug | 4 Stundensätze |
| | c) Zusätzlich für jeden begonnenen Begleitkilometer und je Polizeifahrzeug | 6,25 |
| 18.2 | Begleitung von Transportfahrzeugen mit gefährlichen Gütern durch die Polizei | wie zu Tarifstelle 18.1 |
| 18.3 | Begleitung von Transportfahrzeugen mit gefährdeten Gütern (z.B. Geld oder Kunstgegenstände) durch die Polizei | |

- | | |
|--|---------------------------|
| a) Bearbeitungsgebühr je Anmeldung | 5,5 bis 63,5 Stundensätze |
| b) Bereitstellungspauschale je Polizeifahrzeug | 4 Stundensätze |
| c) Zusätzlich für jeden begonnenen Begleitkilometer und je Begleitfahrzeug | 14,60 |

Anmerkung zu Tarifstellen 18.1 bis 18.3:

Wird der Transport aus Gründen, die das Unternehmen zu vertreten hat, nicht durchgeführt, ist in einem Zeitraum vor Begleitbeginn **von weniger als**

48 Stunden die halbe Bearbeitungsgebühr,

24 Stunden die volle Bearbeitungsgebühr und

12 Stunden sowohl die Bearbeitungsgebühr als auch die Bereitstellungspauschale zu erheben.

18.4 Begleitung von Transportfahrzeugen mit gefährlichen und gleichzeitig gefährdeten Gütern (z.B. Nukleartransporte) durch die Polizei

| | |
|----------------------------------|---------------------------|
| a) als Grundbetrag je Begleitung | 11,5 bis 115 Stundensätze |
|----------------------------------|---------------------------|

| | |
|---|---------------|
| b) Zusätzlich für den begleitenden Einsatz jeder Mitarbeiterin oder jedes Mitarbeiters je angefangene Stunde | 1 Stundensatz |
|---|---------------|

Anmerkungen zu Tarifstelle 18.4:

1. Unter „Begleitung“ fallen nicht solche polizeilichen Maßnahmen, die zusätzlich im Hinblick auf mögliche Einwirkungen Dritter zum Schutz des Transportgutes und der sicheren Durchführung des Transportes getroffen werden.

*) Ändert Allg. Gebührentarif vom 26. September 2018, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2013-2-58

| | | | | |
|------|--|----------------|--|--------|
| | 2. Die Anmerkung zu den Tarifstellen 18.1 bis 18.3 gilt entsprechend. | | dd) bis 1472 kw (Rund 2000 PS) | 181,50 |
| 18.5 | Verwahrung sichergestellter Fahrzeuge durch die Polizei- und Ordnungsbehörden nach Wegfall der Sicherstellungs- oder Beschlagnahmegründe aufgrund der Strafprozessordnung für jeden angefangenen Tag | | ee) über 1472 kw (Rund 2000 PS) | 268 |
| | a) für Fahrräder | 0,65 | d) Einsatz eines Diensthundes | 1,00 |
| | b) für Fahrräder mit Hilfsmotor | 0,95 | e) Einsatz eines Spezialdiensthundes | 4,00 |
| | c) für Krafträder | 1,20 | Anmerkungen zu Tarifstelle 18.6: | |
| | d) für Krafträder mit Beiwagen | 2,10 | 1. Ungerechtfertigt ist eine Alarmierung, wenn | |
| | e) für Personenkraftwagen, Zugmaschinen und Anhänger | 3,00 | a) die alarmierende Person nach Lage des Sachverhalts bei zumutbarer Prüfung hätte erkennen können, dass Gründe für ein polizeiliches Einschreiten nicht gegeben waren oder wenn sie aus Unachtsamkeit einen Alarm auslöst, | |
| | f) für Lastkraftwagen | 5,50 | b) der Alarm durch eine technische Anlage ausgelöst wird und kein Grund für ein polizeiliches Einschreiten festgestellt werden kann, es sei denn, dass die oder der Verfügungsberechtigte nachweist, dass der Alarm durch Vorgänge ausgelöst wurde, bei denen nach dem Zweck der Einrichtung Alarm ausgelöst werden soll | |
| | g) für Omnibusse | 5,50 | c) grob fahrlässige Alarmierung vorliegt oder | |
| | Anmerkung zu Tarifstelle 18.5: | | d) missbräuchliche Alarmierung oder Vortäuschen einer Gefahrenlage oder einer Straftat vorliegt. | |
| | Die Gebühr für die Verwahrung darf 50% des Veräußerungswertes nicht übersteigen. Der Veräußerungswert ist von der Polizei- oder Ordnungsbehörde nach billigem Ermessen zu schätzen. | | 2. Die Gebühren können nach § 6 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein erlassen werden, wenn ihre Erhebung offensichtlich unbillig wäre. | |
| 18.6 | Ungerechtfertigte Alarmierung | | | |
| | a) für den Einsatz jeder Mitarbeiterin oder jedes Mitarbeiters je angefangene Stunde | 1 Stunden-satz | | |
| | b) für den Einsatz eines Kraftfahrzeuges für jeden angefangenen Kilometer des Hin-und Rückweges | 0,80 | | |
| | c) für jeden Einsatz von Schiffen, je angefangene Stunde bei einer Motorleistung | | | |
| | aa) bis 118 kw (Rund 160 PS) | 25 | | |
| | bb) bis 295 kw (Rund 400 PS) | 45,50 | | |
| | cc) bis 736 kw (Rund 1000 PS) | 100 | | |

| | | | | | |
|----------|--|------------------------------------|---------|---|---------------------------|
| 18.7 | Verbesserung der Sicherheit in den schleswig-holsteinischen Hafenanlagen | | 18.9 | Aktenauskunft bei Verkehrsunfällen je angefangene 15 Minuten | 0,25 Stunden- sätze |
| 18.7.1 | Plan zur Gefahrenabwehr nach § 8 Absatz 3 des Hafensicherheitsgesetzes (HaSiG) vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S.18), geändert durch Gesetz vom 9. März 2010 (GVOBl. Schl.-H. S.356) | | | Anmerkung zu Tarifstelle 18.9: Mit den Verwaltungsgebühren sind alle Auslagen nach § 10 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein abgegolten. | |
| 18.7.1.1 | Erstmalige Genehmigung des Planes | 17,5 bis 55,5 Stunden- sätze | 18.10 | BOS Objektfunkversorgungsanlagen | |
| | Jede Folgegenehmigung ist kostenfrei. Die Tarifstelle 18.7.1.2 bleibt unberührt. Anmerkung zu Tarifstelle 18.7.1.1: Mit den Verwaltungsgebühren sind alle Auslagen nach § 10 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein abgegolten. | | 18.10.1 | Anbindungsplanung für baurechtlich auferlegte Objektfunkversorgungsanlagen in baulichen Anlagen gemäß Landesbauordnung | |
| | | | a) | Antragsbearbeitung, Beratung, Überprüfung und Abnahme einschließlich An- und Abfahrt | 3626 |
| | | | b) | für den Einsatz eines Kraftfahrzeuges für jeden angefangenen Kilometer des Hin- und Rückweges | 0,80 |
| 18.7.1.2 | Genehmigung einer wesentlichen Änderung des Planes | | 18.10.2 | Nachabnahme nach jeweils nicht bewilligter Abnahme gemäß Tarifstelle 18.10.1 | |
| a) | für den Einsatz jeder Mitarbeiterin oder jedes Mitarbeiters je angefangene Stunde | 1 Stunden- satz | a) | für den Einsatz jeder Mitarbeiterin oder jedes Mitarbeiters je angefangene Stunde | 98 |
| b) | für den Einsatz eines Kraftfahrzeuges für jeden angefangenen Kilometer des Hin- und Rückweges | 0,80 | b) | für den Einsatz eines Kraftfahrzeuges für jeden angefangenen Kilometer des Hin- und Rückweges | 0,80 |
| 18.7.2 | Erklärung über die Einhaltung der Vorschriften in der Hafenanlage nach § 8 Absatz 5 Satz 2 HaSiG Anmerkung zu Tarifstelle 18.7.2: Mit den Verwaltungsgebühren sind alle Auslagen nach § 10 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein abgegolten. | 2 Stunden- sätze | 18.10.3 | Anbindungsplanung für baurechtlich nicht auferlegte Objektfunkversorgungsanlagen in sonstigen baulichen (Neben-)Anlagen: Antragsbearbeitung, Beratung, Überprüfung, Abnahme und soweit erforderlich eine jeweilige Nachabnahme einschließlich An- und Abfahrt | |
| | | | a) | für den Einsatz jeder Mitarbeiterin oder jedes Mitarbeiters je angefangene Stunde | 98 |
| 18.8 | Anerkennung als Fachrichter und Aufnahme von Errichterunternehmen (mechanisch/elektronisch) in die Adressennachweise | 1 Stunden- satz | | | |

| | | | | | |
|---------|--|---------------|--|---|-----|
| | b) für den Einsatz eines Kraftfahrzeuges für jeden angefangenen Kilometer des Hin- und Rückweges | 0,80 | | 18.11.1 Amtshandlungen auf Antrag | |
| 18.10.4 | Überprüfung und soweit erforderlich, die Behebung von Störungen des Betriebs des BOS-Digitalfunknetzes, bedingt durch die jeweiligen Objektfunkversorgungsanlagen | 0,80 | | 18.11.1.1 Auswertung alliierter Kriegsluftbilder zwecks Überprüfung auf Kampfmittelfreiheit eines Grundstücks einschließlich Mitteilung über das Ergebnis | |
| | a) für den Einsatz jeder Mitarbeiterin oder jedes Mitarbeiters je angefangene Stunde | 98 | | je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 |
| | b) für den Einsatz eines Kraftfahrzeuges für jeden angefangenen Kilometer des Hin- und Rückweges | 0,80 | | 18.11.1.2 Beratungsleistung, gutachterliche Stellungnahme wie z.B. Gefährdungsbeurteilungen, Räumkonzepte | |
| | | | | je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 |
| 18.10.5 | Bearbeitung von Störungen des Betriebs des BOS-Digitalfunknetzes bedingt durch die jeweiligen Objektfunkversorgungsanlagen durch Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Autorisierten Stelle Schleswig-Holstein | | | 18.11.2 Amtshandlungen von Amts wegen oder auf Antrag | |
| | a) für den Einsatz jeder Mitarbeiterin oder jedes Mitarbeiters je angefangene Stunde | 1 Stundensatz | | 18.11.2.1 Systematisches Absuchen einer Verdachtsfläche auf Kampfmittel, Vermessungsarbeiten, Baustellenaufsicht | |
| | b) für den Einsatz eines Kraftfahrzeuges für jeden angefangenen Kilometer des Hin- und Rückweges | 0,80 | | a) je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 |
| | Anmerkung zu Tarifstelle 18.10: | | | b) Zuschlag für Nacharbeit zwischen 21.00 Uhr und 6.00 Uhr je angefangene Stunde | 9 |
| | Mit den Verwaltungsgebühren sind alle Auslagen nach § 10 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein abgegolten. | | | 18.11.2.2 Kosten für Spezialgerät zur Erstellung von Bohrlöchern für die Sondierung eines Verdachtsobjektes | |
| 18.11 | Kampfmittelbeseitigung auf Grundlage der Kampfmittelverordnung vom 7. Mai 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 539), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. März 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 222), Ressortbezeichnungen ersetzt durch Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30) | | | a) Kellerbohrgerät/Tagespauschale | 150 |
| | | | | b) Kleinbohrgerät/Tagespauschale | 200 |
| | | | | c) Bagger mit Bohrkopf/Tagespauschale | 350 |
| | | | | d) je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 |
| | | | | 18.11.2.3 Überprüfung eines Verdachtspunktes oder eines Verdachtsobjektes mit Spezialgerät | |
| | | | | a) je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 |
| | | | | b) je nach tatsächlich anfallenden Kosten für Spezialgerät (Anmietung von z.B. Saugbagger, Blasenschleier, Kräne usw.) | |

| | | | |
|--|------------------------------|--|------|
| 18.11.2.4 Freilegen/Bergen eines Verdachtsobjektes oder anschließende Wiederherstellungsarbeiten | | b) in Sonderfällen, in denen die Entschärfung eines Sprengkörpers ein außergewöhnliches Gefahrenmoment in sich birgt oder eine Entschärfung oder Sprengung am Fundort nicht möglich ist und der Sprengkörper zur Sprengung abtransportiert werden muss, zusätzlich eine zu zahlende Sonderprämie | |
| a) je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 | | |
| b) Einsatz eines Baggers/ Tagespauschale | 300 | | |
| c) Einsatz eines Kleinradladers/ Tagespauschale | 200 | | |
| d) Einsatz einer Schmutzwasserpumpe je Stunde | 5 | | |
| e) Einsatz von Spezialgerät zur Bodenverdichtung je Stunde | 5 | | |
| f) Baustellenabsicherung je lfd. Meter | 4,20 | | |
| | | für Tarifbeschäftigte | 738 |
| | | für Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamte | 256 |
| 18.11.2.5 Taucharbeiten | | 18.11.3.3 Maßnahmen der Kampfmittelbeseitigung im Zusammenhang mit einer unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) | |
| a) je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 | a) je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 |
| b) Einsatz eines Schlauchbootes je angefangene Stunde | 25 | b) Einsatz eines Fernlenkmanipulators (einmalig) | 1000 |
| c) Einsatz eines Festrumpfschlauchbootes je angefangene Stunde | 50 | c) Einsatz einer Bombentransportkugel (einmalig) | 500 |
| d) Einsatz eines Aluminium-Einsatzbootes/ Tagespauschale | 500 | d) Einsatz eines Bombenschutzanzuges (einmalig) | 143 |
| e) Einsatz von Spezialgerät je angefangene Stunde | 50 | e) Einsatz eines mobilen Röntgengerätes (einmalig) | 216 |
| f) Anmietung eines Schiffes | je nach tatsächlichen Kosten | f) Einsatz eines Beschussystems (pro Schuss) | 200 |
| 18.11.3 Amtshandlungen aufgrund schuldhaften Verhaltens | | g) je Mitarbeiterin oder Mitarbeiter, die nach Dienstvereinbarung je Einsatz zu zahlende Einsatzprämie bei USBV-Verdacht | 128 |
| 18.11.3.1 Beseitigung und Transport von Gegenständen mit Explosivstoff | je nach tatsächlichen Kosten | h) in Sonderfällen, in denen die Entschärfung eines Sprengkörpers ein außergewöhnliches Gefahrenmoment in sich birgt oder eine Entschärfung oder Sprengung am Fundort nicht möglich ist und der Sprengkörper zur Sprengung abtransportiert werden muss, zusätzlich eine zu zahlende Sonderprämie | |
| 18.11.3.2 Entschärfen oder Vernichten eines Kampfmittels | | | |
| a) je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 | | |

| | | |
|-----------|---|------|
| | für Tarifbeschäftigte | 738 |
| | für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte | 256 |
| 18.11.4 | Im Zusammenhang mit einer gebührenpflichtigen Amtshandlung nach den Tarifstellen 18.11.2, 18.11.3.1 und 18.11.3.3 werden im Einzelfall zusätzlich erhoben für | |
| 18.11.4.1 | vor- und nachbereitende Arbeiten bei der jeweiligen Maßnahme der Kampfmittelbeseitigung, Abtransport, An- und Abfahrt | |
| | je angefangene Stunde einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters | 71 |
| 18.11.4.2 | Einsatz eines Kraftfahrzeuges für jeden angefangenen Kilometer des Hin- und Rückweges eines | |
| | a) Personenkraftwagens | 0,80 |
| | b) Lastkraftwagens | 1,60 |
| | Anmerkung zu Tarifstelle 18.11.4.2: Bei Betrieb mit Anhänger ist ein Aufschlag von 25 % zu zahlen.“ | |

2. Die Tarifstelle 27.5 wird gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 10. September 2019

H a n s - J o a c h i m G r o t e
Minister
für Inneres, ländliche Räume und Integration

**Landesverordnung
zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur Straßenwärtermeisterin
oder zum Straßenwärtermeister und zur Meisterin oder zum Meister kommunaler Bauhof
in Schleswig-Holstein
(Bauhof/Straßenwärter-Meisterprüfungsverordnung - BHStrwPrüfungsVO SH)**

Vom 13. September 2019

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 91-1-1

Aufgrund des § 54 in Verbindung mit § 79 Absatz 4 des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I 2005 S. 931), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2581), in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 der Berufsrechtzuständigkeitsverordnung vom 3. Dezember 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 556), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. März 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 98), Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30), verordnet der Ministerpräsident auf Beschluss des Berufsbildungsausschusses:

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Gemeinsame Vorschriften

- § 1 Ziel der Verordnung und Gliederung der Meisterprüfungen
- § 2 Anwendungsbereich
- § 3 Ziel der Meisterprüfungen und Berufsbild

Abschnitt 2

Meisterprüfung in den Teilen III und IV

- § 4 Anforderungen an die Teile III und IV

Abschnitt 3

Prüfungsausschüsse für die Teile I und II der Meisterprüfungen

- § 5 Errichtung
- § 6 Zusammensetzung und Berufung
- § 7 Ausschluss und Befangenheit
- § 8 Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung
- § 9 Geschäftsführung
- § 10 Verschwiegenheit

Abschnitt 4

Vorbereitung der Prüfungen

- § 11 Prüfungstermine
- § 12 Zulassungsvoraussetzungen
- § 13 Anmeldung zur Prüfung
- § 14 Entscheidung über die Zulassung
- § 15 Regelungen für Menschen mit Behinderung

Abschnitt 5

Durchführungen der Prüfungen

- § 16 Prüfungsanforderungen im fachpraktischen Teil (Teil I)

§ 17 Prüfungsanforderungen im fachtheoretischen Teil (Teil II)

§ 18 Prüfungsaufgaben

§ 19 Nichtöffentlichkeit

§ 20 Leitung, Aufsicht, Niederschrift, Störungen und Anonymität

§ 21 Ausweispflicht und Belehrung

§ 22 Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße

§ 23 Rücktritt und Nichtteilnahme

§ 24 Korrektur der schriftlichen Prüfungsarbeiten und der Meisterarbeit und mündliche Ergänzungsprüfung

Abschnitt 6

Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses

§ 25 Bewertung

§ 26 Bestehen der Prüfung der Teile I und II

§ 27 Feststellung, Bekanntgabe und Niederschrift des Prüfungsergebnisses für die Teile I und II

§ 28 Bescheinigungen

§ 29 Prüfungszeugnis, Meisterbrief und Meisterprüfungsverfahren

§ 30 Meistertitel

§ 31 Nicht bestandene Prüfung

Abschnitt 7

Wiederholungsprüfung

§ 32 Wiederholungsprüfung der Teile I und II

Abschnitt 8

Schlussbestimmungen

§ 33 Prüfungsunterlagen

§ 34 Genehmigung, Inkrafttreten

Abschnitt 1

Gemeinsame Vorschriften

§ 1

Ziel der Verordnung und Gliederung der Meisterprüfungen

(1) Es wird eine Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss „Straßenwärtermeisterin oder Straßenwärtermeister“ durchgeführt.

(2) Gleichmaßen wird eine Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss „Meisterin oder Meister kommunaler Bauhof“ für Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter kommunaler Bauhöfe durchgeführt, die eine Gesellenprüfung in einem nach dem Verzeichnis im Sinne von § 90 Absatz 3 Nummer 3 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23. März 2005 (BGBl. I 2005 S. 931), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2581) anerkannten Ausbildungsberuf erfolgreich abgelegt haben.

(3) Die jeweilige Meisterprüfung umfasst folgende Teile:

1. die meisterhafte Verrichtung der wesentlichen Tätigkeiten im fachpraktischen Teil (Teil I) nach § 16,
2. einen fachtheoretischen Teil (Teil II) nach § 17,
3. einen betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen und rechtlichen Teil (Teil III) und
4. einen berufs- und arbeitspädagogischen Teil (Teil IV).

§ 2

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt den Inhalt, den Ablauf und die Zuständigkeiten für die Durchführung der Teile I und II und nach Vorliegen der Teile III und IV die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der Meisterprüfung sowie die Ausstellung des Meisterprüfungszeugnisses und des Meisterbriefes.

(2) Für die Prüfung zur Meisterin oder zum Meister kommunaler Bauhof gelten die nachfolgenden Vorschriften entsprechend, soweit keine abweichenden Regelungen für diesen Abschluss getroffen wurden.

(3) Soweit diese Verordnung keine Regelungen trifft, gelten ergänzend die Vorschriften der Landesverordnung über die Durchführung von Abschluss-, Fortbildungs- und Umschulungsprüfungen in Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes nach dem Berufsbildungsgesetz sowie über die Durchführung von Prüfungen nach der Ausbilder-Eignungsverordnung vom 6. November 1980 (GVOBl. Schl.-H. S. 327), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 3. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 21), Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30).

§ 3

Ziel der Meisterprüfungen und Berufsbild

(1) Durch die Prüfung zur Straßenwärtermeisterin oder zum Straßenwärtermeister sowie zur Meisterin oder zum Meister kommunaler Bauhof wird festgestellt, dass der Prüfling befähigt ist, in einer Straßenmeisterei, in einem kommunalen Bauhof oder in einer vergleichbaren Einrichtung, Leitungsaufgaben zu übernehmen, insbesondere in den Bereichen Technik, Betriebswirtschaft, Personalführung und Personalentwicklung, die Ausbildung durchzuführen sowie seine berufliche Handlungs-

kompetenz selbstständig umzusetzen und an neue Bedarfslagen in diesen Bereichen anzupassen.

(2) Daher sind im Rahmen der jeweiligen Meisterprüfung in den Teilen I und II folgende Kenntnisse und Fähigkeiten nachzuweisen:

1. Gesetze, Rechtsverordnungen und Bestimmungen im jeweiligen Tätigkeitsbereich anwenden,
2. Kundenwünsche ermitteln, Kundenberatung durchführen, Auftragsverhandlungen führen und Auftragsziele festlegen, Leistungen kalkulieren und Angebote erstellen,
3. Leistungsbedarf erkennen, analysieren, beurteilen, bewerten und dokumentieren sowie Leistungsbeschreibungen und Vertragsbedingungen erstellen,
4. Leistungen ausschreiben, Angebote beurteilen, prüfen und bewerten, Arbeitsabläufe mit den Beteiligten abstimmen,
5. Qualität der ausgeführten Bauleistungen kontrollieren, bewerten und dokumentieren, Maßnahmen zur Beseitigung von Fehlern und Mängeln beherrschen,
6. ausgeführte Leistungen aufmessen, ermitteln, abrechnen und Nachkalkulationen durchführen, Auftragsabwicklung auswerten,
7. Aufgaben der technischen und kaufmännischen Betriebsführung, der Betriebsorganisation, der Personalplanung und des Personal-, Fahrzeug- und Geräteeinsatzes wahrnehmen, insbesondere unter Berücksichtigung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung, des Qualitätsmanagements, der Haftung, des Arbeitsschutzes, der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes, des Datenschutzes, des Umweltschutzes sowie der Grundsätze ökologischen Bauens; Informationssysteme nutzen,
8. alle anfallenden Aufträge der Straßenmeistereien unter Berücksichtigung von Arbeits- und Fertigungstechniken, Baumaschinen- und Gerätetechnik, berufsbezogenen Normen und Vorschriften, der allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie des Personalbedarfs, der Auftragsbearbeitung und -abwicklung vertragsgemäß durchführen sowie Baustelleneinrichtungen planen, organisieren und überwachen; für den Fortbildungsabschluss Meisterin oder Meister kommunaler Bauhof gilt dies unter der Maßgabe, dass den nachzuweisenden Kenntnissen und Fähigkeiten alle anfallenden Aufträge kommunaler Bauhöfe zugrunde gelegt werden,
9. Pläne, Skizzen und technische Zeichnungen unter Berücksichtigung baurechtlicher Vorschriften lesen,
10. Vermessungsarbeiten durchführen, kontrollieren und auswerten,

11. Transport und Lagerung von Baustoffen veranlassen und deren Einbautechniken überwachen sowie
12. Beläge aus künstlichen und natürlichen Steinen sowie Platten einschließlich Unterbau planen, herstellen und überwachen.
13. Unterhaltungsmaßnahmen an Ingenieurbauwerken, insbesondere Schäden am Beton, an der Fahrbahn, am Fahrbahnübergang, an der Entwässerung und an den Lagern beurteilen,
14. Bauteile und Bauwerke rückbauen und die umweltgerechte Entsorgung veranlassen,
15. Absicherung von Arbeits- und Unfallstellen durchführen und überwachen, insbesondere das Aufstellen von Warngeräten sowie die Sicherheitskennzeichnung von Fahrzeugen,
16. Einrichtung, Montage, Reparatur und Wartung von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sowie Verkehrssicherungs- und Telematiksysteme planen, organisieren und überwachen,
17. Fahrbahnmarkierungen planen, herstellen und überwachen,
18. Straßenbegleitgrün planen, anlegen und pflegen sowie
19. Winterdienst planen, durchführen und überwachen, einschließlich Räum-, Streu- und Bereitschaftspläne erstellen, Wartung der Geräte, Streustoffbewirtschaftung, Schneeschutz.

(3) Ergänzend im Sinne des Absatzes 2 sind für die Prüfung zur Straßenwärtermeisterin oder zum Straßenwärtermeister folgende Kenntnisse und Fähigkeiten nachzuweisen:

1. Durchführung und Überwachung von Unterhaltungsmaßnahmen an Ingenieurbauwerken sowie
2. Leit- und Schutzeinrichtungen planen, herstellen und überwachen.

(4) Ergänzend im Sinne des Absatzes 2 sind für die Prüfung zur Meisterin oder zum Meister kommunaler Bauhof folgende Kenntnisse und Fähigkeiten nachzuweisen:

1. Spielplatzkontrolle planen, durchführen und überwachen,
2. Parkanlagen planen, anlegen und pflegen sowie
3. Sportplatzpflege und -wartung planen, durchführen und überwachen.

Abschnitt 2

Teile III und IV der Meisterprüfungen

§ 4

Anforderungen an die Teile III und IV

(1) Die Anforderungen an die Teile III und IV der Meisterprüfungen bestimmen sich nach der Allgemeinen Meisterprüfungsverordnung vom 26. Oktober 2011 (BGBl. I S. 2149).

(2) Über die Anerkennung von Prüfungen in den Teilen III und IV, die an einer öffentlichen oder staatlich anerkannten Bildungseinrichtung oder vor einem staatlichen Prüfungsausschuss einer anderen zuständigen Stelle mit Erfolg abgelegt wurden und mindestens die gleichen Anforderungen wie Absatz 1 beinhalten, entscheidet die Leitung der Verwaltungsakademie als zuständige Stelle (§ 3 des Ausbildungszentrumsengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 60), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. Januar 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 2), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30). Hält sie die Voraussetzungen für nicht gegeben, entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Eine in den Teilen III und IV abgelegte Prüfung wird nur als den Anforderungen entsprechend anerkannt, soweit sie im Rahmen einer Meisterprüfung oder vor einer Industrie- und Handelskammer, einer Landwirtschaftskammer oder einer Handwerkskammer abgelegt wurde.

(4) Zur Anerkennung von erbrachten Prüfungsleistungen nach Absatz 2 hat die Prüfungsbewerberin oder der Prüfungsbewerber der zuständigen Stelle Zeugnisse oder Zertifikate vorzulegen, aus denen hervorgeht, dass diese mindestens den Anforderungen nach Absatz 1 entsprechen.

Abschnitt 3

Prüfungsausschüsse für die Teile I und II der Meisterprüfungen

§ 5

Errichtung

(1) Die zuständige Stelle führt zum Nachweis von Kenntnissen, Fertigkeiten und Erfahrungen, die für den jeweiligen Abschluss maßgeblich sind, Prüfungen in den Teilen I und II durch.

(2) Für die Abnahme der Prüfungen errichtet die zuständige Stelle Prüfungsausschüsse.

§ 6

Zusammensetzung und Berufung

(1) Die Prüfungsausschüsse bestehen aus mindestens drei Mitgliedern. Diese haben Stellvertreterinnen oder Stellvertreter und sind hinsichtlich der Beurteilung der Prüfungsleistungen unabhängig und nicht an Weisungen gebunden. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter müssen für die Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet im Sinne von § 56 Absatz 1 in Verbindung mit § 40 Absatz 1 BBiG sein.

(2) Dem Prüfungsausschuss müssen als Mitglieder Beauftragte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl sowie mindestens eine Person als Vertretung der jeweiligen Fortbildungsbildungsein-

richtung angehören. Die Mitglieder haben Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

(3) Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden von der zuständigen Stelle für drei Jahre berufen.

(4) Die Beauftragten der Arbeitgeber und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden auf Vorschlag der im Gebiet der zuständigen Stelle für den Ausbildungsberuf Straßenwärterin und Straßenwärter bestehenden Ausbildungsstellen des öffentlichen Dienstes sowie der gewerblichen Wirtschaft oder deren Vereinigungen berufen. Für den Bereich der kommunalen Bauhöfe werden die Beauftragten der Arbeitgeber und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter aus dem Kreis der Bauhofleiterinnen und Bauhofleiter für den jeweiligen Prüfungsausschuss berufen.

(5) Die Beauftragten der Arbeitnehmer und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden auf Vorschlag der im Gebiet der zuständigen Stelle für den Ausbildungsberuf Straßenwärterin und Straßenwärter bestehenden Gewerkschaften und selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- und berufspolitischer Zwecksetzung berufen. Gleiches gilt für den Bereich kommunaler Bauhöfe.

(6) Die Vertretung der Fortbildungseinrichtung und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden auf Vorschlag der jeweiligen Fortbildungseinrichtung berufen.

(7) Werden Mitglieder und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter nicht oder nicht in ausreichender Zahl innerhalb einer von der zuständigen Stelle gesetzten angemessenen Frist benannt, so beruft die zuständige Stelle insoweit nach pflichtgemäßem Ermessen.

(8) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter können aus wichtigem Grund abberufen werden. Vor einer Abberufung sind diejenigen Personen anzuhören, die an der Berufung beteiligt waren.

(9) Die Tätigkeit im Prüfungsausschuss ist ehrenamtlich. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist, soweit eine Entschädigung nicht von anderer Seite gewährt wird, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, deren Höhe von der zuständigen Stelle mit Genehmigung der obersten Landesbehörde festgesetzt wird.

§ 7

Ausschluss und Befangenheit

(1) Bei der Zulassung und Abnahme jedes Teils der Prüfung dürfen nicht mitwirken:

1. Vorgesetzte und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Prüflings,
2. Angehörige des Prüflings.

(2) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 sind:

1. Verlobte,
2. Ehegattinnen und Ehegatten oder gesetzlich anerkannte Lebenspartnerinnen und Lebenspartner,
3. Verwandte und Verschwägerter in gerader Linie,
4. Geschwister,
5. Kinder der Geschwister,
6. Ehegattinnen und Ehegatten oder gesetzlich anerkannte Lebenspartnerinnen und Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der Ehegatten oder die gesetzlich anerkannten Lebenspartnerinnen und Lebenspartner,
7. Geschwister der Eltern,
8. Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).

Angehörige sind die in Satz 1 aufgeführten Personen auch dann, wenn

1. in den Fällen des Satzes 1 Nummer 2, 3 und 6 die die Beziehung begründende Ehe oder gesetzlich anerkannte Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht;
2. in den Fällen des Satzes 1 Nummer 3 bis 7 die Verwandtschaft oder Schwägerschaft durch Annahme als Kind erloschen ist;
3. im Falle des Satzes 1 Nummer 8 die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht, sofern die Personen weiterhin wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind.

(3) Hält sich ein Mitglied des Prüfungsausschusses nach Absatz 1 für ausgeschlossen oder bestehen Zweifel, ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, ist dies der zuständigen Stelle mitzuteilen. Während der Prüfung erfolgt die Mitteilung gegenüber dem Prüfungsausschuss. Die Entscheidung über den Ausschluss von der Mitwirkung trifft die zuständige Stelle ohne Mitwirkung der betroffenen Person. Während der Prüfung trifft der Prüfungsausschuss die Entscheidung.

(4) Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Prüfertätigkeit zu rechtfertigen oder wird von einem Prüfling das Vorliegen eines solchen Grundes behauptet, hat die betroffene Person dies der zuständigen Stelle, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss mitzuteilen. Die Entscheidung über den Ausschluss von der Mitwirkung trifft die zuständige Stelle ohne Mitwirkung der betroffenen Person. Während der Prüfung trifft der Prüfungsausschuss die Entscheidung. Die betroffene Person darf sich im Falle des Ausschlusses an der weiteren Prüfung nicht mehr beteiligen.

(5) Wenn infolge eines Ausschlusses betroffener Personen eine ordnungsgemäße Besetzung des Prüfungsausschusses nicht möglich ist, kann die zuständige Stelle die Durchführung der Prüfung einem anderen Prüfungsausschuss übertragen.

§ 8

Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung

(1) Der Prüfungsausschuss wählt ein Mitglied, das den Vorsitz führt und ein weiteres Mitglied, das den Vorsitz stellvertretend übernimmt. Der Vorsitz und die Stellvertreterin oder der Stellvertreter sollen verschiedenen Gruppen aus § 6 Absatz 4 bis 6 angehören.

(2) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder mitwirken. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzes den Ausschlag.

§ 9

Geschäftsführung

(1) Die zuständige Stelle regelt im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss dessen Geschäftsführung, insbesondere Einladungen, Protokollführung und Durchführung der Beschlüsse.

(2) Zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses sind alle ordentlichen Mitglieder rechtzeitig einzuladen. Kann ein Mitglied an einer Sitzung nicht teilnehmen, ist dies unverzüglich der zuständigen Stelle mitzuteilen. Für ein verhindertes Mitglied ist das stellvertretende Mitglied einzuladen.

(3) Die Sitzungsprotokolle sind von der protokollführenden Person und dem Vorsitz zu unterzeichnen.

§ 10

Verschwiegenheit

(1) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben auch nach Beendigung ihrer Prüfungstätigkeit über alle Prüfungsvorgänge gegenüber Dritten Verschwiegenheit zu wahren. Ausnahmen bedürfen der schriftlichen Einwilligung der zuständigen Stelle und des Prüfungsausschusses.

(2) Der Berufsbildungsausschuss ist über Zahl und Ergebnisse der durchgeführten Prüfungen sowie der hierbei gewonnenen Erfahrungen zu unterrichten.

Abschnitt 4

Vorbereitung der Prüfungen

§ 11

Prüfungstermine

(1) Die Meisterprüfungen finden nach Bedarf statt. Die zuständige Stelle setzt im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss die Termine für die Durchführung der Meisterprüfungen fest. Diese sollen auf die Vorbereitungskurse zu den Meisterprüfungen abgestimmt sein.

(2) Die zuständige Stelle veröffentlicht die Prüfungstermine einschließlich der Anmeldefristen in geeigneter Weise mindestens einen Monat vor Ablauf der Anmeldefrist. Wird die Anmeldefrist überschritten, kann die zuständige Stelle die Annahme des Antrages verweigern.

§ 12

Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfung

(1) Zur Prüfung Straßenwärtermeisterin oder Straßenwärtermeister ist zuzulassen, wer eine Abschlussprüfung in dem Ausbildungsberuf Straßenwärterin oder Straßenwärter oder die verwaltungseigene Prüfung zum Berufsbild Straßenwärterin oder Straßenwärter mit Erfolg bestanden hat und danach eine mindestens dreijährige, in der Regel zusammenhängende praktische Tätigkeit in diesem Beruf nachweist.

(2) Zur Prüfung Meisterin oder Meister kommunaler Bauhof ist zuzulassen, wer als Bauhofmitarbeiterin oder Bauhofmitarbeiter über einen Gesellenbrief in einem anerkannten Ausbildungsberuf gemäß dem Verzeichnis anerkannter Ausbildungsberufe im Sinne von § 90 Absatz 3 Nummer 3 BBiG verfügt sowie eine mindestens sechsjährige praktische berufliche Tätigkeit auf einem Bauhof oder bei einer Straßenmeisterei nachweisen kann. Bei folgenden bauhofnahen Ausbildungsberufen ist eine mindestens dreijährige praktische berufliche Tätigkeit auf einem Bauhof oder bei einer Straßenmeisterei ausreichend:

1. Gärtnerin oder Gärtner der Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau,
2. Straßenbauerin oder Straßenbauer,
3. Straßenwärterin oder Straßenwärter.

(3) Abweichend von Absatz 2 kann zur Prüfung Meisterin oder Meister kommunaler Bauhof auch zugelassen werden, wer durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise glaubhaft macht, dass er Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen erworben hat, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen.

(4) Über die Gleichwertigkeit ausländischer Bildungsabschlüsse, anzuerkennende Zeiten der Berufstätigkeit und über Ausnahmen entscheidet die zuständige Stelle. Hält sie die Voraussetzungen für nicht gegeben, entscheidet der Prüfungsausschuss.

(5) Als Stichtag für den Nachweis der mindestens dreijährigen beruflichen Tätigkeit gilt der Beginn der Meisterarbeit (§ 16 Absatz 3).

§ 13

Anmeldung zur Prüfung

(1) Die Anmeldung zur Prüfung erfolgt bei der zuständigen Stelle.

(2) Die Anmeldung zur Prüfung hat schriftlich nach den von der zuständigen Stelle bestimmten Anmel-

defristen und Anmeldeformularen durch die Prüfungsbewerberin oder den Prüfungsbewerber zu erfolgen.

(3) Mit der Anmeldung sind der zuständigen Stelle folgende Unterlagen vorzulegen:

1. Lebenslauf,
2. beglaubigte Kopie der Geburtsurkunde,
3. Prüfungszeugnis im Ausbildungsberuf Straßenwärterin oder Straßenwärter oder der Nachweis darüber, dass die verwaltungseigene Prüfung zum Berufsbild Straßenwärterin oder Straßenwärter mit Erfolg bestanden wurde; als Bauhofmitarbeiterin oder Bauhofmitarbeiter ein Gesellenbrief in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Verzeichnis im Sinne von § 90 Absatz 3 Nummer 3 BBiG,
4. Nachweis über eine mindestens dreijährige praktische Tätigkeit im Ausbildungsberuf Straßenwärterin oder Straßenwärter oder über eine mindestens sechsjährige, gegebenenfalls dreijährige praktische berufliche Tätigkeit als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eines kommunalen Bauhofes,
5. und eine Erklärung und ein Nachweis darüber, ob und mit welchem Erfolg die Prüfungsbewerberin oder der Prüfungsbewerber bereits an einer Meisterprüfung in einer dieser Fachrichtungen teilgenommen hat (§ 31),
6. gegebenenfalls Nachweise im Sinne des § 12 Absatz 3.

(4) Für die Anmeldung zur Straßenwärtermeisterin oder zum Straßenwärtermeister ist es ausreichend, dass der öffentliche Arbeitgeber bescheinigt, dass ihm die Unterlagen nach Absatz 3 Nummer 1 bis 4 vorliegen.

§ 14

Entscheidung über die Zulassung

(1) Über die Zulassung zur Meisterprüfung entscheidet die zuständige Stelle. Hält sie die Zulassungsvoraussetzungen für nicht gegeben, entscheidet der Prüfungsausschuss.

(2) Die Entscheidung über die Zulassung ist der Prüfungsbewerberin oder dem Prüfungsbewerber rechtzeitig unter Angabe der Prüfungstage und der Prüfungsorte einschließlich der erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel mitzuteilen.

(3) Die Entscheidung über die Nichtzulassung ist der Prüfungsbewerberin oder dem Prüfungsbewerber unverzüglich schriftlich mit Begründung bekanntzugeben.

(4) Die Zulassung zur Meisterprüfung kann von der zuständigen Stelle im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss bis zur Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses widerrufen werden, wenn sie aufgrund

von gefälschten Unterlagen oder falschen Angaben ausgesprochen wurde.

§ 15

Regelungen für Menschen mit Behinderung

(1) Bei der Durchführung der Prüfung sollen die besonderen Verhältnisse für Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Dauer der Prüfung, die Zulassung von Hilfsmitteln und die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen Dritter.

(2) Auf Antrag sind ihnen die ihrer Behinderung angemessenen Erleichterungen zu gewähren. Art und Umfang der zu gewährenden Erleichterungen sind rechtzeitig zu erörtern.

(3) Die Art und Schwere der Behinderung ist mit der Anmeldung zur Prüfung nachzuweisen.

Abschnitt 5

Durchführung der Prüfungen

§ 16

Prüfungsanforderungen im fachpraktischen Teil (Teil I)

(1) Der fachpraktische Teil (Teil I) besteht aus:

1. einem Fachpraktikum von mindestens drei Wochen,
2. einer Meisterarbeit zu einer fachspezifischen Thematik sowie
3. der mündlichen Präsentation der Meisterarbeit vor dem Prüfungsausschuss mit einem sich daran anschließenden Fachgespräch.

(2) Das Fachpraktikum muss der Prüfling bei einer Straßenmeisterei oder einem Bauhof ableisten, bei der oder dem er regelmäßig nicht beschäftigt ist. Das Fachpraktikum ist mit einem tagesgenauen Tätigkeitsbericht zu dokumentieren.

(3) In Verbindung mit dem Fachpraktikum ist eine Meisterarbeit zu einem fachspezifischen Thema im Umfang von fünfzehn bis dreißig Seiten zu erstellen. Der Themenvorschlag mit einer Kurzbeschreibung ist der zuständigen Stelle bis drei Wochen vor Beginn des Praktikums vorzulegen. Die Genehmigung erfolgt durch den Prüfungsausschuss. Die zuständige Stelle gibt mit der Mitteilung der Genehmigung dem Prüfling den Abgabetermin bekannt.

(4) Genehmigt der Prüfungsausschuss den Themenvorschlag nicht, wird der Prüfling durch die zuständige Stelle aufgefordert, innerhalb einer Woche einen neuen Themenvorschlag einzureichen.

(5) Die Meisterarbeit ist der zuständigen Stelle spätestens zum Abgabetermin in dreifacher Ausfertigung vorzulegen.

(6) Die Präsentation der Meisterarbeit einschließlich des Fachgesprächs ist vom Prüfungsausschuss abzunehmen. Die Präsentation soll nicht länger als zwanzig Minuten dauern. Die verwendeten Unterla-

gen sind dem Prüfungsausschuss zu überlassen. Die Meisterarbeit und die Präsentation sind Ausgangspunkt des anschließenden Fachgesprächs. Das Fachgespräch soll nicht länger als fünfzehn Minuten dauern.

§ 17

Prüfungsanforderungen im fachtheoretischen Teil (Teil II)

(1) Im fachtheoretischen Teil (Teil II) ist in folgenden Fächern zu prüfen:

1. Straßenrecht, Verdingungs- und Bauvertragswesen, Straßenbautechnik einschließlich Verkehrssicherungspflichten,
2. Verkehrszeichen und -einrichtungen, Verkehrssicherung und Grünflächenunterhaltung,
3. Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Unfallverhütung, Gefahrstoffe, Gefahrgüter, Vergaberecht, Haushaltsrecht, Tarifrecht und
4. Straßenunterhaltung, Straßenreinigung und Winterdienst, Beweis- und Dokumentationspflichten, Organisation einer Straßenmeisterei oder eines Bauhofes.

(2) Im Prüfungsfach „Straßenrecht, Verdingungs- und Bauvertragswesen, Straßenbautechnik einschließlich Verkehrssicherungspflichten“ soll der Prüfling nachweisen, dass er die grundlegenden Kenntnisse in nachfolgenden Bereichen sicher beherrscht:

1. Rechtsverhältnisse an Bundes-, Land-, Kreis- und Gemeindestraßen,
2. Straßenrecht (Widmung, Straßenbaulast, Zuständigkeitsregelung, Bundesfernstraßenordnung),
3. Verdingungsordnung, Verdingungsunterlagen, Vergabe an Unternehmer (Leistungsbeschreibung, Wirtschaftlichkeitsberechnung), Überwachung der Bauausführung und
4. Grundlagen des Straßenentwurfs, Ermittlung von Kosten und Massen sowie die Erstellung des Leistungsverzeichnisses für die Durchführung von betrieblichen Straßenunterhaltungsmaßnahmen.

(3) Im Prüfungsfach „Verkehrszeichen und -einrichtungen, Verkehrssicherung und Grünflächenunterhaltung“ soll der Prüfling grundlegende Kenntnisse in folgenden Bereichen nachweisen:

1. Verkehrszeichen benennen nach der Straßenverkehrs-Ordnung,
2. Absicherung der Baustelle und der Gefahrenstelle,
3. Baumpflege, Baumkontrolle, Straßenbegleitgrün und

4.

- a) für die Prüfung zur Straßenwärtermeisterin oder zum Straßenwärtermeister: Schranken, Absperrgeräte, Leitpfosten, Markierungen, Leit- und Schutzeinrichtungen sowie Baustellensicherungen an Bundesautobahnen,
- b) für die Prüfung zur Meisterin oder zum Meister kommunaler Bauhof: Park- und Gartenanlagen und Spielplätze.

(4) Im Prüfungsfach „Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Unfallverhütung, Gefahrstoffe, Gefahrgüter, Vergaberecht, Haushaltsrecht, Tarifrecht“ soll der Prüfling fundierte Kenntnisse in folgenden Bereichen nachweisen:

1. Schutzmaßnahmen: Lärmschutz, Gefährdungsbeurteilung, Persönliche Schutzausrüstung (PSA),
2. sachgerechter Umgang mit Maschinen und Geräten, Aufgaben des Sicherheitsbeauftragten,
3. Erkennen von und sachgerechter Umgang mit Gefahrenstoffen,
4. Vergaberecht und Erstellen einer Leistungsbeschreibung,
5. Haushalts- und Anordnungsrecht,
6. Tarifrecht.

(5) Im Prüfungsfach „Straßenunterhaltung, Straßenreinigung und Winterdienst, Beweis- und Dokumentationspflichten, Organisation einer Straßenmeisterei oder eines Bauhofes“ soll der Prüfling vertiefte Kenntnisse in folgenden Bereichen nachweisen:

1. Bauliche Maßnahmen im Rahmen der Unterhaltung, Vermessungstechnik, Bauverfahren, Schadensmerkmale,
2. Streugut, Fahrzeug-, Werkzeug-, Maschinenpflege, Beschaffung von Materialien,
3. Erstellen von Jahresarbeitsplänen für Personal-, Fahrzeug-, Geräteinsatz, Umweltschutz und Vergabe an Unternehmerinnen oder Unternehmer,
4. rechtliche und organisatorische Grundlagen sowie Planung und Durchführung der Straßenreinigung, des Winterdienstes sowie des Abfallmanagements,
5. Dokumentationspflicht: Arbeitszeiten, Arbeitsunfall, Rechnungen.

(6) In den in Absatz 1 genannten Prüfungsfächern ist schriftlich zu prüfen. Die schriftliche Prüfung soll nicht länger als acht Stunden dauern; sie besteht je Prüfungsfach aus einer unter Aufsicht anzufertigenden Arbeit. Die Mindestzeiten betragen in den Prüfungsfächern:

1. Straßenrecht, Verdingungs- und Bauvertragswesen, Straßenbautechnik einschließlich Verkehrssicherungspflichten:
90 Minuten,

2. Verkehrszeichen und –einrichtungen, Verkehrssicherung und Grünflächenunterhaltung:
90 Minuten,
3. Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Unfallverhütung, Gefahrstoffe, Gefahrgüter, Vergaberecht, Haushaltsrecht, Tarifrecht:
90 Minuten,
4. Straßenunterhaltung, Straßenreinigung und Winterdienst, Beweis- und Dokumentationspflichten, Organisation einer Straßenmeisterei oder eines Bauhofes:
90 Minuten.

§ 18

Prüfungsaufgaben

(1) Der Prüfungsausschuss beauftragt geeignete Personen mit der Erstellung von Prüfungsaufgaben für die schriftliche Prüfung und im Bedarfsfalle für die mündliche Ergänzungsprüfung. Der Prüfungsausschuss beschließt über die Prüfungsaufgaben sowie ihre Lösungs- und Bewertungskriterien und die zulässigen Arbeits- und Hilfsmittel auf der Grundlage der Prüfungsanforderungen.

(2) Zweifelsfrei erkennbare Fehler in den Aufgabenstellungen oder den Musterlösungen sind vom Prüfungsausschuss oder von den von ihm beauftragten Prüferinnen und Prüfern unverzüglich zu beheben und zu dokumentieren. Gleiches gilt für Fehler in den Aufgabenstellungen oder den Musterlösungen, die bei laufender Prüfung festgestellt werden.

§ 19

Nichtöffentlichkeit

(1) Die Prüfungen sind nicht öffentlich. Vertreterinnen oder Vertreter der zuständigen Stelle dürfen anwesend sein.

(2) Der Prüfungsausschuss kann im Einvernehmen mit der zuständigen Stelle andere Personen als Gäste zulassen, soweit diese ein berechtigtes Interesse an der Prüfungsteilnahme nachweisen.

(3) Bei der Beratung über das Prüfungsergebnis dürfen Gäste nicht anwesend sein.

§ 20

Leitung, Aufsicht, Niederschrift, Störungen und Anonymität

(1) Die Verantwortlichkeit für die Abnahme der Prüfungen liegt bei dem jeweiligen Prüfungsausschuss unter Leitung des Vorsitzes.

(2) Über den Ablauf der Prüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen und von der Aufsicht oder den Prüferinnen und Prüfern zu unterzeichnen. Es wird jede Unregelmäßigkeit vermerkt sowie bei der schriftlichen Prüfung nach § 17 Absatz 6 auf jeder Arbeit der Zeitpunkt der Abgabe verzeichnet.

(3) Die zuständige Stelle regelt im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss die Aufsichtsführung für die schriftliche Prüfung nach § 17 Absatz 6. Die Aufsicht stellt sicher, dass die Prüflinge die Arbeiten selbständig und nur mit den erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln ausführen.

(4) Störungen durch äußere Einflüsse müssen von den Prüflingen ausdrücklich gegenüber der Aufsicht oder dem Vorsitz des Prüfungsausschusses gerügt werden. Soweit es dadurch zu erheblichen Beeinträchtigungen kommt, entscheidet der Prüfungsausschuss über Art und Umfang von geeigneten Ausgleichsmaßnahmen.

(5) Die Prüflinge versehen die Meisterarbeit und die Prüfungsarbeiten nach § 17 Absatz 6 mit einer Kennzahl, die ihnen von der zuständigen Stelle vor Beginn der Prüfung zugewiesen wird. Die schriftlichen Prüfungsleistungen dürfen keinen sonstigen Hinweis auf die Person des Prüflings enthalten.

§ 21

Ausweispflicht und Belehrung

Die Prüflinge haben sich auf Verlangen des Vorsitzes des Prüfungsausschusses oder der Aufsicht über ihre Person auszuweisen. Sie sind vor Prüfungsbeginn über den Prüfungsablauf, die zur Verfügung stehende Zeit, die erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel, die Folgen von Täuschungshandlungen und Ordnungsverstößen sowie über Rücktritt und Nichtteilnahme zu belehren.

§ 22

Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße

(1) Unternimmt es ein Prüfling, das Prüfungsergebnis durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Arbeits- und Hilfsmittel zu beeinflussen oder leistet er Beihilfe zu einer Täuschung oder einem Täuschungsversuch, liegt eine Täuschung im Sinne dieser Verordnung vor.

(2) Wird während der Prüfung festgestellt, dass ein Prüfling eine Täuschung begeht oder einen entsprechenden Verdacht hervorruft, ist der Sachverhalt festzustellen und zu protokollieren. Der Prüfling setzt die Prüfung vorbehaltlich der Entscheidung des Prüfungsausschusses über die Täuschung fort.

(3) Liegt eine Täuschung vor, wird das entsprechende Prüfungsfach mit „ungenügend“ (0 Punkte) bewertet. In schweren Fällen, insbesondere bei vorbereiteten Täuschungshandlungen, kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Prüfung ausschließen. Der Ausschluss gilt als Nichtbestehen der Prüfung. Das Gleiche gilt bei Täuschungen, die nachträglich innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung des jeweiligen Prüfungsteils beziehungsweise Prüfungsfaches festgestellt werden.

(4) Behindert ein Prüfling durch sein Verhalten innerhalb der Prüfung nach § 17 Absatz 6 die Prü-

fung so schwer, dass weder seine noch die Prüfung anderer ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, ist er von der Teilnahme auszuschließen. Die Entscheidung hierüber kann von der Aufsicht getroffen werden. Die endgültige Entscheidung über die Folgen für den Prüfling hat der Prüfungsausschuss nach Anhörung des Prüflings zu treffen. Absatz 3 gilt entsprechend.

(5) Die vorsätzliche Nichtbeachtung der Arbeitsschutz- und Sicherheitsvorschriften während des Fachpraktikums steht einer Behinderung nach Absatz 4 gleich.

(6) Vor der Entscheidung des Prüfungsausschusses ist der Prüfling zu hören.

§ 23

Rücktritt und Nichtteilnahme

(1) Der Prüfling kann nach erfolgter Anmeldung bis zum Beginn der Prüfung von jedem Teil der Meisterprüfung durch schriftliche Erklärung zurücktreten. In diesem Fall gilt die Prüfung als nicht abgelegt.

(2) Tritt der Prüfling nach Prüfungsbeginn zurück, gilt dieser Teil der Meisterprüfung als nicht bestanden. Dies gilt auch, wenn der Prüfling nicht oder nicht rechtzeitig zu einer Prüfung erscheint, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt. Liegt ein wichtiger Grund vor, ist Absatz 1 anzuwenden.

(3) Der wichtige Grund ist der zuständigen Stelle oder dem Vorsitz des Prüfungsausschusses unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen. Über das Vorliegen eines wichtigen Grundes entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 24

Korrektur der schriftlichen Prüfungsarbeiten und der Meisterarbeit und mündliche Ergänzungsprüfung

(1) Die Meisterarbeit und die schriftlichen Prüfungsarbeiten nach § 17 Absatz 6 sind von einem beauftragten Mitglied des Prüfungsausschusses (Erstkorrektur) und einer weiteren von der zuständigen Stelle benannten Person (Zweitkorrektur) zu bewerten.

(2) Sind in der schriftlichen Prüfung nach § 17 Absatz 6 die Prüfungsleistungen in bis zu zwei Prüfungsbereichen mit mangelhaft und in den übrigen Prüfungsbereichen mit mindestens ausreichend bewertet worden, ist auf Antrag des Prüflings oder nach Ermessen des Prüfungsausschusses in einem der mit mangelhaft bewerteten Prüfungsbereichen die schriftliche Prüfung durch eine mündliche Prüfung von etwa fünfzehn Minuten zu ergänzen, wenn diese für das Bestehen der Prüfung den Ausschlag geben kann. Der Prüfungsbereich ist vom Prüfungsausschuss zu bestimmen. Bei der Ermittlung des Ergebnisses für diesen Prüfungsbereich sind die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsarbeit und der mündlichen Ergänzungsprüfung im Verhält-

nis zwei zu eins zu gewichten. Bei einer mit ungenügend bewerteten Prüfungsarbeit besteht diese Möglichkeit nicht.

Abschnitt 6

Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses

§ 25

Bewertung

(1) Die einzelnen Prüfungsleistungen sowie die Gesamtleistung sind auf Grund der Entscheidung des Prüfungsausschusses wie folgt zu bewerten:

15 bis 14 Punkte = sehr gut (1)

= eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht,

13 bis 11 Punkte = gut (2)

= eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht,

10 bis 8 Punkte = befriedigend (3)

= eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht,

7 bis 5 Punkte = ausreichend (4)

= eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht,

4 bis 2 Punkte = mangelhaft (5)

= eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können,

1 bis 0 Punkte = ungenügend (6)

= eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

(2) Die schriftlichen Prüfungsleistungen (§ 17 Absatz 6) sind von den beauftragten Mitgliedern des Prüfungsausschusses (Erstkorrektur) und den benannten weiteren Personen (Zweitkorrektur) getrennt und selbständig zu beurteilen und zu bewerten. Nach der Begutachtung haben sich beide auf ein gemeinsames Ergebnis zu einigen. Anschließend stehen die Prüfungsarbeiten allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses zur Einsichtnahme zur Verfügung. Jedes Mitglied ist berechtigt, eine von dem Urteil des Gutachtens abweichende Beurteilung mit Begründung schriftlich zu vermerken. Bei abweichender Beurteilung entscheidet der Prüfungsausschuss als Gremium mehrheitlich (§ 8 Absatz 2).

(3) Die Meisterarbeit steht allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses zur Einsichtnahme zur Verfügung. Vor der Präsentation der Meisterarbeit und dem anschließenden Fachgespräch (§ 16 Absatz 6) geben die beauftragten Mitglieder des Prüfungsausschusses (Erstkorrektur) und die benannten

weiteren Personen (Zweitkorrektur) eine Vorschlagsnote ab. Der Prüfungsausschuss bewertet die Präsentation der Meisterarbeit einschließlich des Fachgesprächs. Der Prüfungsausschuss entscheidet endgültig über die Bewertung der Meisterarbeit unter Berücksichtigung der Vorschlagsnote. Er legt die Gesamtnote für den fachpraktischen Teil (Teil I) fest. Dabei ist die Meisterarbeit mit zwei Dritteln, die Präsentation und das Fachgespräch sind gemeinsam mit einem Drittel zu gewichten.

§ 26

Bestehen der Prüfung der Teile I und II

(1) Die Prüfungsteile gemäß § 17 Absatz 1 sind jeweils gesondert zu bewerten. Die Einzelbewertungen der Prüfungsarbeiten sind bei der Feststellung der Gesamtnote gleich zu gewichten. Die Noten der schriftlichen Prüfungsleistungen sind zu einer Durchschnittsnote zusammenzufassen. § 24 Absatz 2 bleibt unberührt.

(2) Die Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling in der Gesamtnote für den fachpraktischen Teil (Teil I) und in der Gesamtnote für den fachtheoretischen Teil (Teil II) jeweils mindestens ausreichende Leistungen erbracht hat. Die Meisterarbeit (§ 16 Absatz 3) muss mindestens mit ausreichend (fünf Punkte) bewertet worden sein. Andernfalls gilt die Prüfung als nicht bestanden.

§ 27

Feststellung, Bekanntgabe und Niederschrift des Prüfungsergebnisses für die Teile I und II

(1) Der jeweilige Prüfungsausschuss stellt gemeinsam das Gesamtergebnis der Prüfung fest.

(2) Das Gesamtergebnis der Prüfung ist dem Prüfling nach Feststellung durch den Prüfungsausschuss mitzuteilen.

(3) Über den Verlauf der Prüfung einschließlich der Feststellung der einzelnen Prüfungsergebnisse ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen ist.

§ 28

Bescheinigungen

Die Bescheinigung über das Gesamtergebnis der Teile I und II erteilt die zuständige Stelle.

§ 29

Prüfungszeugnis, Meisterbrief und Meisterprüfungsverfahren

(1) Die Feststellung über das Bestehen oder Nichtbestehen der Meisterprüfung insgesamt und die Ausstellung des Prüfungszeugnisses nach Anlage 1 sowie des Meisterbriefes nach Anlage 2 obliegt der zuständigen Stelle im Einvernehmen mit dem jeweiligen Prüfungsausschuss.

(2) Das Meisterprüfungsverfahren ist erfolgreich abgeschlossen, wenn jeder der vier Teile (Teil I bis Teil IV) der Meisterprüfung bestanden ist. Voraus-

setzung für das Bestehen der Meisterprüfung ist, dass der zuständigen Stelle von den Teilen III bis IV Bescheinigungen über das Bestehen oder die Anerkennung dieser Prüfungsbereiche oder Prüfungsteile vorgelegt werden.

(3) Über die Prüfung erhalten die erfolgreichen Prüflinge von der zuständigen Stelle ein Zeugnis und einen Meisterbrief.

(4) Das Prüfungszeugnis enthält:

1. die Bezeichnung der Meisterprüfung,
2. die Personalien des Prüflings,
3. die Ergebnisse der Teile I bis IV,
4. das Datum des Bestehens der Prüfung sowie
5. die Unterschriften des Vorsitzes des Prüfungsausschusses oder seiner Stellvertreterin oder seines Stellvertreters und der oder des Beauftragten der zuständigen Stelle mit Siegel; mit Zustimmung des Vorsitzes des Prüfungsausschusses kann dessen Unterschrift durch die Unterschrift eines anderen Mitglieds des Prüfungsausschusses ersetzt werden.

(5) Der Meisterbrief ist von dem Vorsitz des Prüfungsausschusses oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreters oder einem vom Prüfungsausschuss beauftragten Mitglied sowie von der oder dem Beauftragten der zuständigen Stelle zu unterschreiben und mit Siegel zu versehen. Im Meisterbrief sind keine Noten aufzuführen.

§ 30

Meistertitel

(1) Den Titel „Straßenwärtermeisterin“ oder „Straßenwärtermeister“ darf auch in Bezeichnungen, die auf die Tätigkeit als solche hinweisen, nur führen, wer die Meisterprüfung für den Ausbildungsberuf Straßenwärterin oder Straßenwärter bestanden hat.

(2) Absatz 1 gilt unter der Vorgabe des § 1 Absatz 2 entsprechend für den Titel „Meisterin oder Meister kommunaler Bauhof“.

(3) Der Meistertitel entspricht im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) dem Niveau 6.

§ 31

Nicht bestandene Prüfung

(1) Über das Nichtbestehen der Meisterprüfung erhält der Prüfling von der zuständigen Stelle unmittelbar nach Feststellung durch den Prüfungsausschuss einen rechtmittelfähigen Bescheid. Darin ist anzugeben, in welchem Bereich ausreichende Leistungen nicht erbracht wurden und welche Prüfungsleistungen zu wiederholen sind.

(2) Auf die besonderen Bedingungen der Wiederholungsprüfung gemäß § 32 ist hinzuweisen.

Abschnitt 7 **Wiederholungsprüfung**

§ 32

Wiederholungsprüfung der Teile I und II

- (1) Eine Prüfung, die nicht bestanden ist, kann zweimal wiederholt werden.
- (2) Mit dem Antrag auf Wiederholung der Prüfung wird der Prüfling von der Prüfung in einzelnen Prüfungsteilen und Prüfungsfächern befreit, wenn seine Leistungen darin in einer vorangegangenen Prüfung ausgereicht haben und er sich innerhalb von zwei Jahren, gerechnet vom Tage der Beendigung der nichtbestandenen Prüfung an, zur Wiederholungsprüfung angemeldet hat.
- (3) Die Prüfung kann frühestens zum nächsten Prüfungsdurchgang wiederholt werden.
- (4) Die Vorschriften über die Zulassungsvoraussetzungen für die Meisterprüfung, Anmeldung zur Prüfung und Entscheidung über die Zulassung (§§ 12 bis 14) gelten sinngemäß. Bei der Anmeldung sind die Bescheinigungen der vorausgegangenen Prüfung vorzulegen.

Abschnitt 8 **Schlussbestimmungen**

§ 33

Prüfungsunterlagen

- (1) Auf schriftlichen Antrag ist dem Prüfling bei berechtigtem Interesse innerhalb der Widerspruchsfrist Einsicht in seine Prüfungsunterlagen zu gewähren.
- (2) Die schriftlichen Prüfungsarbeiten und die Anmeldungen sind drei Jahre, die Niederschriften gemäß § 27 Absatz 3 zehn Jahre nach Abschluss bei der zuständigen Stelle aufzubewahren. Der Ablauf der vorgenannten Fristen wird durch das Einlegen eines Rechtsmittels gehemmt.

§ 34

Genehmigung, Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2019 in Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 13. September 2019

D a n i e l G ü n t h e r
Ministerpräsident

Anlage 1
(zu § 29 BHStrwPrüfungsVO SH)

A. Zeugnis über die Fortbildungsprüfung zur/zum Meister/in kommunaler Bauhof

Zeugnis
über die Fortbildungsprüfung zur/zum Meisterin/Meister kommunaler Bauhof

Herr/Frau
geboren am in hat am die Prüfung zur/zum

Meisterin/Meister kommunaler Bauhof

gemäß der Landesverordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur
Straßenwärtermeisterin oder zum Straßenwärtermeister und zur Meisterin oder zum Meister
kommunaler Bauhof in Schleswig-Holstein vom bestanden.

| Ergebnisse der Prüfung | Note |
|---|-------|
| I. Fachpraktischer Teil Meisterarbeit einschließlich Präsentation und Fachgespräch | |
| II. Fachtheoretischer Teil | |
| 1. Straßenrecht, Verdingungs- und Bauvertragswesen, Straßenbautechnik einschl. Verkehrssicherungspflichten | |
| 2. Verkehrszeichen und -einrichtungen, Verkehrssicherung und Grünflächenunterhaltung | |
| 3. Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Unfallverhütung, Gefahrstoffe, Gefahrgüter, Vergaberecht, Haushaltsrecht, Tarifrecht und | |
| 4. Straßenunterhaltung, Straßenreinigung und Winterdienst, Beweis- und Dokumentationspflichten, Organisation eines Bauhofes | |
| III. Betriebswirtschaftlicher, kaufmännischer und rechtlicher Teil | |
| 1. Betriebswirtschaftlicher Teil | |
| 2. Kaufmännischer Teil | |
| 3. Rechtlicher Teil | |
| IV. Berufs- und arbeitspädagogischer Teil Herr/Frauhat nach § 4 Absatz 4 den Nachweis über den Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Eignung durch die Prüfung am ____ vor _____ erbracht. | |

Dieser Abschluss ist im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen dem Niveau 6
zugeordnet; vergl. Bekanntmachung vom 01.08.2013 (BANz AT 20.11.2013 B2)

Ort, Datum

Der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses

Die zuständige Stelle
im Auftrag

B. Zeugnis über die Fortbildungsprüfung zur/zum Straßenwärtermeisterin/ Straßenwärtermeister

Zeugnis

über die Fortbildungsprüfung zur/zum Straßenwärtermeisterin/Straßenwärtermeister

Herr/Frau

geboren am in hat am die Fortbildungsprüfung zur/zum

Straßenwärtermeisterin/Straßenwärtermeister

gemäß der Landesverordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur
Straßenwärtermeisterin oder zum Straßenwärtermeister und zur Meisterin oder zum Meister
kommunaler Bauhof in Schleswig-Holstein vom bestanden.

| Ergebnisse der Prüfung | Note |
|---|-------|
| I. Fachpraktischer Teil Meisterarbeit einschließlich Präsentation und Fachgespräch | |
| II. Fachtheoretischer Teil | |
| 1. Straßenrecht, Verdingungs- und Bauvertragswesen, Straßenbautechnik einschl. Verkehrssicherungspflichten | |
| 2. Verkehrszeichen und -einrichtungen, Verkehrssicherung und Grünflächenunterhaltung | |
| 3. Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Unfallverhütung, Gefahrstoffe, Gefahrgüter, Vergaberecht, Haushaltsrecht, Tarifrecht und | |
| 4. Straßenunterhaltung, Straßenreinigung und Winterdienst, Beweis- und Dokumentationspflichten, Organisation einer Straßenmeisterei | |
| III. Betriebswirtschaftlicher, kaufmännischer und rechtlicher Teil | |
| 1. Betriebswirtschaftlicher Teil | |
| 2. Kaufmännischer Teil | |
| 3. Rechtlicher Teil | |
| IV. Berufs- und arbeitspädagogischer Teil Herr/Frau hat nach § 4 Absatz 4 den Nachweis über den Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Eignung durch die Prüfung am _____ vor _____ erbracht. | |

Dieser Abschluss ist im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen dem Niveau 6
zugeordnet; vergl. Bekanntmachung vom 01.08.2013 (BAnz AT 20.11.2013 B2)

Ort, Datum

Der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses

Die zuständige Stelle
im Auftrag

Anlage 2
(zu § 29 BHStrwPrüfungsVO SH)

A. Meisterbrief - Fortbildungsprüfung zur/zum Meisterin/Meister kommunaler Bauhof

Meisterbrief

Herr / Frau

geboren am in

hat vor dem Prüfungsausschuss der Verwaltungsakademie die Prüfung zur Meisterin / zum Meister kommunaler Bauhof bestanden und führt nach der Landesverordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur Straßenwärtermeisterin oder zum Straßenwärtermeister und zur Meisterin oder zum Meister kommunaler Bauhof in Schleswig-Holstein vom

die Berufsbezeichnung

Meisterin/Meister kommunaler Bauhof

Dieser Abschluss ist im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen dem Niveau 6 zugeordnet;
vgl. Bekanntmachung vom 1. August 2013 (BAnz AT 20.11.2013 B2).

Ort, Datum

Der Vorsitzende
Prüfungsausschusses

Der/die Leiter/in
der Verwaltungsakademie

B. Meisterbrief - Fortbildungsprüfung zur/zum Straßenwärtermeisterin/ Straßenwärtermeister

Meisterbrief

Herr / Frau

geboren am in

hat vor dem Prüfungsausschuss der Verwaltungsakademie die Prüfung zum
Straßenwärtermeister/zur Straßenwärtermeisterin bestanden und führt nach der
Landesverordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur Straßenwärtermeisterin
oder zum Straßenwärtermeister und zur Meisterin oder zum Meister kommunaler Bauhof in
Schleswig-Holstein vom

die Berufsbezeichnung

Straßenwärtermeisterin/Straßenwärtermeister

Dieser Abschluss ist im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen dem Niveau 6
zugeordnet;
vgl. Bekanntmachung vom 1. August 2013 (BAnz AT 20.11.2013 B2).

Ort, Datum

Der Vorsitzende
des Prüfungsausschusses

Der/die Leiter/in
der Verwaltungsakademie

**Landesverordnung
zur Änderung der Versammlungsstättenverordnung*)**

Vom 16. September 2019

Aufgrund des § 83 Absatz 1 Nummer 1, 3 bis 5 und Absatz 3 der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein vom 22. Januar 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 6), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. November 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 770), Ressortbezeichnungen ersetzt durch Verordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30), verordnet das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Artikel 1

Die Landesverordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung – VstättVO) vom 11. September 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 245) wird wie folgt geändert:

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 16. September 2019

H a n s – J o a c h i m G r o t e
Minister
für Inneres, ländliche Räume und Integration

1. In § 6 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 36 Absatz 3 Satz 3 LBO“ durch die Angabe „§ 36 Absatz 3 Satz 2 LBO“ ersetzt.
2. § 16 Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 36 Absatz 8 Satz 2 LBO“ durch die Angabe „§ 36 Absatz 8 Satz 2 Nummer 1“ ersetzt.
 - b) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 36 Absatz 8 Satz 3 LBO“ durch die Angabe „§ 36 Absatz 8 Satz 2 Nummer 2“ ersetzt
3. In § 49 wird die Angabe „30. September 2019“ durch die Angabe „29. September 2024“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. September 2019 in Kraft.

*) Ändert LVO vom 11. September 2014, GS Schl.-H. II, GI.Nr. 2130-14-15

Herausgeber und Verleger:

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
des Landes Schleswig-Holstein, Postfach 71 25, 24171 Kiel,
Tel. (0431) 9 88-0.

Bezugsbedingungen:

Fortlaufender Bezug und Einzelverkauf nur bei der Firma Schmidt & Klaunig,
Ringstraße 19, 24114 Kiel; Tel. (0431) 6 60 64-0, Telefax (0431) 6 60 64-24,
e-mail: info@schmidt-klaunig.de;
Abbestellungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf des Halbjahres dort
vorliegen.

Bezugspreis:

Halbj. 44,00 €

Einzelne Ausgaben:

Für die ersten 8 Seiten 1,80 €, für je weitere angefangene
16 Seiten 1,10 € zuzüglich Versandkosten.

Für ggf. beigefügte großformatige Karten werden zuzüglich
zu dem seitenabhängigen Preis 2,30 € erhoben.

Lieferung nur nach schriftlicher oder Telefax-Bestellung bzw. per E-mail oder
durch Abholung.

Preis dieser Ausgabe:

6,20 € zuzüglich Versandkosten.

Schmidt & Klaunig, Kiel 2.500

Hinweis: Die vollständigen Fassungen aller geltenden Gesetze
und Verordnungen können im Internet unter <http://www.schleswig-holstein.de> (→ Landesrecht) abgerufen
werden.

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 25 · 24171 Kiel

Postvertriebsstück · C 3232 A
Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt